



Das fossile System bekämpfen - weltweit!

Etwa 20 Personen stürmen eine Baustelle der Coastal-Gaslink-Pipeline im Westen Kanadas. Sie sind mit Äxten und Brandsätzen bewaffnet, sie bedrohen Mitarbeiter:innen, kapern schwere Baufahrzeuge, zerstören damit die Wohnbaracken der Baustelle und am Ende die Fahrzeuge selbst. Es entsteht ein Schaden in Millionenhöhe. Das war vor einem Jahr. Noch immer ist unklar, wer in der Provinz British Columbia den Bau der Pipeline sabotierte. Durch die Pipeline, die quer durch das Land indigener Bevölkerung verläuft, sollte demnächst Fracking-Gas zur Westküste fließen und von dort aus weiter nach Asien verschifft werden.



Impressum:

Nr. 52 März - Mai 23

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den *Tor-Browser*) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwwy2idef4twi7elozuzm5zt5abqyid.onion>

<http://dvqlamnbbzli62qfyt5faspxunueqdx4c4srslhpc2z3haiflnm6dqd.onion>

indy-spiegel unbekannter Herkunft:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuoq6h2veztdhivoiehflofrzbbwa57xsad.onion/>

<http://bkejih6jkyvn7zognkjwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6xlr3iudsyd.onion/>

barrikade.info

kontrapolis.info

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/>

knack.news

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

tumulte.org

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

20 Jahre anarchistische Buchmesse im Balkan	4
Alljährliches chaotisch-anarchistisches Treffen	5
Blattkritik	6
Lieber ‚Lesekreis‘, (Antwort der Redaktion)	9
Ihr seid die Krise - Amazon-Fuhrpark brennt	11
Brandanschlag auf Siemens	12
Angriff auf die zapatistische Autonomie	12
Der Fecher ist geräumt	14
Haftantritt	15
Revisionsverhandlung	16
Solidarität	16
Unsere Freund*innen in Freiheit	17
Stop Cop City	17
Hausdurchsuchung	18
Tschüss und auf nimmer Wiedersehen!	18
Unziviler Gehorsam	23
Zum Outing durch die IL	26
Der 3. Weltkrieg hat bereits begonnen	28
Mythen über den Krieg in der Ukraine (Teil II)	30
Plädoyer für einen selbstbewussten und offensiven Antimilitarismus!	46
Griechenlands Weg in den Faschismus sabotieren	48

Moin,

Ein Jahr Krieg in der Ukraine und kein Ende in Sicht. Im Gegenteil: es sieht aus, als hätten derzeit alle Krieger_innen Interesse an einem langen Krieg. Alle glauben noch, „gewinnen“ zu können. Die Arroganz der Macht, das kalte Kalkül der Strippenzieher, der Kriegsstrategen und ihrer Propagandist_innen widert uns an. Wir stehen nach wie vor auf der Seite aller Deserteure und Kriegsverweigerer. Es gibt nicht in jeder Hinsicht einfache Positionierungen in diesem Gemetzel, das wissen wir. Aber es gibt immer die Möglichkeit, sich selbst Gedanken zu machen und das Nachplappern von Regierungspropaganda zu vermeiden.

Deswegen findet ihr in dieser Ausgabe den zweiten Teil gegen die Mythen zum Krieg in der Ukraine. Für die Veröffentlichung ist uns nicht wichtig, ob wir alle Positionen teilen. Wir finden, sie regen zum Nachdenken an und ermöglichen ein kritisches Hinterfragen der gängigen Argumentationen aus anarchistischer Sicht. Wir freuen uns, dass sich Leute die Mühe gemacht haben! Ihr findet auch einen Text in dieser Nummer 52, der sich mit der Gefahr eines permanenten globalen Dauerkriegszustandes beschäftigt. Auch den finden wir sehr diskutierenswert.

Allein: es mangelt an militanter antimilitaristischer Praxis – davon würden wir gerne mehr berichten. Und fassen uns an die eigene Nase...

Das Heft ist dünner als sonst. Obwohl uns die Papierpreise Probleme bereiten, liegt der Grund woanders: wir mussten leider sehr kurzfristig wegen der Verzögerung eines zentralen Artikels einen Schwerpunktbeitrag wieder rausnehmen. Wir hoffen, dass wir ihn im nächsten Heft abdrucken können.

Wir vermissen Texte zur Räumung in Lützerath. Damit meinen wir nicht nur einen Bericht über die Geschehnisse, sondern auch eine politische Einschätzung der Ereignisse. Es waren zwar Leute aus unseren Zusammenhängen vor Ort, aber wir machen kein Autonomes Blättchen, um immer nur unsere eigene Meinung zu veröffentlichen. Viele denken, dass die Tage der Räumung zu einer Radikalisierung der Bewegung führen würden. Her mit euren Gedanken und Erfahrungen!

Ansonsten findet ihr in diesem Heft einen bunten Strauß an Themen. Auch Kontroverses findet seinen Platz. So gibt es 2 Texte zu dem umstrittenen Outing eines Aktivisten durch die IL, wegen seiner angeblichen Teilnahme an einem sexistischen Chat.

Wir werden vom ‚Unterstützer:innen- und Lesekreis des Autonomen Blättchens und anderer Medien‘ wegen einer Veröffentlichung in der letzten Ausgabe kritisiert. Die Kritik und eine kurze Antwort von uns findet ihr auch in diesem Heft.

Wir bekommen seit einer Weile viele Briefe von Gefangenen (Gruß an euch!!!). Wir interpretieren diese so, dass sie nicht zur Veröffentlichung gedacht sind. Aber wir sind uns nicht immer sicher. Bitte schreibt in einen Brief dick rein, wenn ihr wollt, dass er im Autonomen Blättchen erscheint. Als Redaktion sind wir nicht in der Lage euch zu antworten.

Aber ihr könnt euch sicher sein, das wir alle Briefe lesen. Viele nehmen uns ganz schön mit, weil vor allem deutlich wird, wie zerstörerisch Knast ist – aber auch wie Widerstand eine_n am Leben halten kann. Zumindest in Gedanken sind wir bei euch!

Wir denken auch an Alfredo Cospito, der seit dem 20. Oktober im Hungerstreik ist. Es sind aus Solidarität viele andere anarchistische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Es gibt viele Aktionen, um Alfredos Kampf zu unterstützen. Der Kampf gegen das mörderische Isolationshaftregime in Italien geht weiter! Weitere Infos und Aktuelles findet ihr unter: <https://lanemesi.noblogs.org>

Danke für die Geldspenden! Die große Spende vom Land ist angekommen. Und es ist gut, dass immer auch viele kleine Beträge gespendet werden. So können wir weiter machen. Das ist schön. Denn wir bekommen nach jeder Ausgabe Briefe und Mails von Leuten, die uns mitteilen, wie wichtig unsere Arbeit für sie ist. Das tut gut.

Wir sehen uns auf den Straßen, in den Wäldern, bei den Plena, im Nirgendwo oder auf einer Party,

euer Blättchen-Kollektiv



20 Jahre anarchistische Buchmesse im Balkan

Über die Mauern von Nationalismus und Krieg!

Wir freuen uns die nächste anarchistische Buchmesse im Balkan (BAB) ankündigen zu können. Sie wird **vom 7. bis zum 9. Juli in Ljubljana, Slowenien** stattfinden. Die Entscheidung hierzu wurde in der Generalversammlung der BAB von 24. bis 26. Juni 2022 in Cluj, Rumänien getroffen. (Die vollständige Stellungnahme dieser Versammlung findest du hier).

Dies wird zum einen die 15. Ausgabe der BAB sein, zum anderen wird es auch das 20 jährige Jubiläum sein, da die erste BAB 2003 in Ljubljana stattfand. Nach dieser ersten Buchmesse reiste sie auf dem Balkan umher (in den Geografien vom sogenannten Kroatien, Serbien, Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Griechenland und Rumänien) und kehrt nun in die Stadt zurück, welche das letzte mal 2013 Austragungsort war.

Wir möchten diesen Jahrestag als Möglichkeit nutzen, ein starkes internationales anarchistisches Treffen zu veranstalten – ein Treffen, auf dem wir wichtige Fragen der Gegenwart kollektiv zum Thema machen und eine Perspektive für zukünftige Organisation und Kämpfe entwickeln. Bei dem Konzept der BAB ging es nie nur um Bücher. Wir haben sie immer auch verstanden als ein Werkzeug unsere Gruppen und Organisationen zu stärken und unsere Beziehungen und Netzwerke lokal, regional und international auszubauen. Wir haben es als Ort verstanden, wo Ideen, Analysen und Perspektiven ausgetauscht werden, wo wir unsere Praxis und Formen der Organisation und Erfahrungen in Auseinandersetzungen, Teilhabe an sozialen Bewegungen und die Verbreitung unserer Ideen in diesen teilen. All dies mit der Absicht, sinnstiftende Vorschläge für Schritte in eine Zukunft zu unternehmen, die uns helfen die Herausforderungen unserer Bewegungen und Gesellschaften im Kontext der politischen, ökonomischen und sozialen Realitäten zu bewältigen und auch revolutionäres Potential zu entwickeln.

Der derzeitige Zustand auf globaler Ebene bestätigt unsere Analyse der Vergangenheit und gibt unserer politischer Agenda des radikalen sozialen Wandels noch mehr Dringlichkeit in der Zukunft. Es ist klar, dass das kapitalistische System – basierend auf Sklaverei, Ausbeutung, Dominanz und in Verbindung mit anderen Formen der Unterdrückung wie Rassismus, Nationalismus, Patriarchat und Sexismus unser Leben zerstört, unsere Gesellschaften und unsere Umwelt. All die jüngsten Krisen, die Intensivierung der Angriffe des Kapitals gegen die arbeitende Klasse, die Radikalisierung der Polizeirepression und Staatsgewalt, und schlussendlich die Militarisierung und Krieg bestätigen unsere Position, dass der Kapitalismus die Krise ist. Es ist klar, dass die Privilegien der herrschenden Klasse, die ungleiche Verteilung des Reichtums, vorhandene Hierarchien und das System selbst nur überleben und weitergetragen werden kann durch die Herrschaft von Zwang und Gewalt. Von diesem Punkt ausgehend können wir unsere vorherige Position ausweiten auf Kapitalismus ist Krieg.

Der Balkan mit seiner speziellen Geschichte ist in dieser Hinsicht nicht anders. Er erlebte in all seiner Brutalität Krieg, Nationalismus und die Umwandlung in eine kapitalistische Wirtschaft im ehemaligen Jugosla-

wien, er wurde gezwungen als Labor neoliberaler Politik zu dienen (besonders offensichtlich erlebbar in der Zeit der ökonomischen Krise von 2008 bis 2012 in Griechenland), ist Zeuge des tödlichen europäischen Grenzregimes und der Migrationspolitik und erlebt die Desintegration der Gesellschaft mit einer Entfremdung und Individualisierung, die sich im sozialen Kannibalismus ausdrückt.

Wir können verschiedene Reaktionen der Bevölkerung auf diese Realität beobachten: vom reaktionären Aufstieg der populistischen, nationalistischen, faschistischen extremen Rechten, den ständigen Ausbrüchen von Unruhen in allen Ecken der Welt, unartikulierten und diffusen Straßenbewegungen, die durch totales Misstrauen in die politische Repräsentation und die staatlichen Institutionen angeheizt werden, bis hin zu fortschrittlichen revolutionären Momenten wie den laufenden Aufständen im Iran oder dem sozialrevolutionären Prozess in Kurdistan. Die anarchistische Bewegung versucht, nicht nur in die oben genannten Reaktionen der Bevölkerung auf kapitalistische Krisen einzugreifen, sondern auch in die gesellschaftliche Realität im Allgemeinen. Unsere eigenen Analysen und Artikulationen bilden die Grundlage für unsere politischen Mobilisierungen und Aktivitäten an den Orten, an denen wir ausgebeutet und unterdrückt werden – in unseren Schulen, an unseren Arbeitsplätzen und in unseren Wohnvierteln. Wir beteiligen uns an sozialen Bewegungen, in denen wir versuchen, unsere antiautoritären Prinzipien und revolutionären Perspektiven umzusetzen, aber wir bauen auch neue Bewegungen, Kampf- und Solidaritätsstrukturen sowie



gemeinschaftliche und autonome Räume auf, in denen wir alternative Praktiken der Organisation und des Lebens entwickeln. Aber tun wir genug und sind wir erfolgreich beim Aufbau von Gegenmacht, die für wirkliche Veränderungen notwendig ist? Wir glauben, dass der Anarchismus als politischer Ausdruck der Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten viele Antworten auf die Fragen unserer Zeit geben kann, aber wir sehen auch, dass es der Bewegung an grundlegendem Einfluss auf die Mechanismen der Geschichte fehlt. Wir möchten das BAB-Treffen nutzen, um über diese und andere Themen nachzudenken, um Strategien zu entwickeln, die unsere Agenden voranbringen und uns neue Energie für unsere zukünftigen Organisationen und Mobilisierungen geben können.

In diesem Sinne laden wir alle Teile der internationalen anarchistischen und antiautoritären Bewegung aus dem Balkan, Europa und anderen Kontinenten ein, sich an der Organisation dieser Veranstaltung auf allen Ebenen zu beteiligen und ihre Teilnahme zu planen. Da es im Juli 2023 ein weiteres großes internationales anarchistisches Treffen in St. Immier geben wird, wollen wir eine organische Verbindung zwischen den beiden schaffen. Wir möchten insbesondere GenossInnen aus anderen Kontinenten, die planen, an dem Treffen in St. Immier teilzunehmen,

einladen, unsere Einladung zu berücksichtigen und auch am BAB-Treffen in Ljubljana teilzunehmen.

Wir werden in den kommenden Monaten weiter über den Prozess und die Einzelheiten des Rahmenprogramms der Veranstaltung informieren. Wir bitten Euch, diesen Aufruf in weitere Sprachen zu übersetzen, in euren Medien zu veröffentlichen und über Kommunikationskanäle zu verbreiten.

Für weitere Informationen, bei Fragen oder Vorschlägen wendet euch via mail an [bab2023\(at\)riseup\(dot\)net](mailto:bab2023@riseup.net) oder schaut auf der Webseite bab2023.avtonomija.org nach.

Über die Mauern von Nationalismus und Krieg hinweg!*
Bauen wir Solidarität und Widerstand auf!

Die Versammlung zur Organisation der anarchistischen Buchmesse im Balkan 2023 (Ljubljana, 27. November 2022)

*ein Slogan der anarchistischen Bewegung des ehemaligen Jugoslawiens, der in Antikriegs- und antinationalistischen Mobilisierungen gegen die Kriege der 1990er Jahre verwendet wurde und der auch der Name einer anarchistischen Zeitung war, die damals von Genoss*innen aus verschiedenen Ländern des ehemaligen Jugoslawien herausgegeben wurde.

Alljährliches chaotisch-anarchistisches Treffen

Zündende Ideen
Diskussionen
Distros
Austausch
Vernetzung

AJZ Bielefeld
13. - 16. April 2023
acat.noblogs.org

Wir wollen die Anarchie. Wir wollen Freiheit und Autonomie für alle ohne Herrschaft und Grenzen. Wir wollen die Umwälzung des Bestehenden. Wir wollen die soziale Revolution.

Damit unser Wollen und unsere Ideen nicht inhaltslose Phrasen bleiben, müssen wir uns immer wieder mit der uns umgebenden Realität konfrontieren: Mit den Bedingungen und der Welt in der wir Hier und Heute zu leben gezwungen sind.

Deshalb schaffen wir einen öffentlichen Raum, um zusammenkommen, um aufeinander zu treffen und in Austausch zu treten. Wir wollen diskutieren. In großen und kleinen Gruppen, mit neuen Gesichtern und alten Bekannten.

Wo stehen wir? Wie kämpfen? Wo wollen wir intervenieren, ohne Kompromisse, Organisationen und ohne in die Fallen der Politik zu tappen? Und mit wem? Was heißt es von Revolte, Aufstand und sozialer Revolution zu sprechen, in einer Welt, die einerseits immer mehr auf den Abgrund zusteuert und die sich andererseits immer weiter in ein digitales Gefängnis verwandelt.

Das Treffen findet vom 13. bis 16. April 2023 im AJZ Bielefeld statt.

Willkommen sind alle Anarchist*innen, alle wilden Herzen, freien Geister, Subversive und Rebell*innen, die sich in dieser Einladung wiedererkennen.

Für Schlafplätze und Verpflegung wird gesorgt. Es gibt aber nicht unendliche viele Schlafplätze. Je früher ihr uns Bescheid gebt, desto besser. Außerdem gibt es nahegelegene Parkplätze in ruhiger Lage, für Leute, die in ihren Gefährten schlafen wollen.

Ein detailliertes Programm und weitere Infos folgen Mitte März auf unserem Blog <https://acat.noblogs.org/>

Bisher sind Diskussionen zu den folgenden Themen angedacht:

- Anarchistische Perspektiven auf Krieg
- Vereinnahmung von Kämpfen durch Parteien, Organisationen und andere autoritäre Sekten

- Anarchistische Perspektiven auf und Interventionen in Sozialen Kämpfe
- Soziale Revolution im Angesicht dystopischer Zustände
- Antipatriarchale Kämpfe
- Umgang mit Repression, Knast und Verfolgung
- Kampf gegen die digitale Einschließung der Welt

Darüber hinaus wird es viel Platz zum Abhängen und Kennenlernen geben. Bringt eure Distros!

Email: acat@supernormal.net

Blattkritik

Offener Brief an das „Autonome Blättchen“

Wir haben einen Artikel zur Bahnsabotage in dem „Autonomen Blättchen #51“ zu dem Thema in unserem Lesezirkel gelesen und haben ihn einer kritischen Analyse unterzogen. Unsere Fragen waren:

- Wer schreibt so einen Artikel?
- Was ist die erkennbare und die dahinterstehende Intention des Artikels?
- Was soll damit erreicht werden?
- Welche politische Position wird darin vertreten?

Unsere Eindrücke in Kurzform waren:

- Der Artikel ist unpolitisch und trägt lediglich öffentliche bekannte Fakten - vermeintlich neutral - zusammen.
- Er bewertet Fakten aus Sicht von Außenstehenden, nicht von Aktivist:innen, von Linken, von Militanten, und verwendet Formulierungen der Gegenseite.
- Den Beitrag hat niemand von „uns“ geschrieben. Der distanzierte Sprachgebrauch und technische Blick auf die Sabotage in Herne und Berlin deckt sich mit dem fehlenden positiven Bezug zu radikaler Widerstandspraxis.
- An einigen Formulierungen blieben wir hängen und haben über die Urheber des Beitrages nachgedacht.
- Der Artikel wirkt wie ein SPIEGEL-Artikel oder wie ein Beitrag einer Behörde mit repressiven Absichten.

Daraus ergaben sich weitere kritische Fragen:

- Warum wird ein Beitrag zu diesem Thema veröffentlicht, wenn er politisch keine erkennbare Aussage trifft?
- Soll der Artikel etwas provozieren, zum Beispiel eine Stellungnahme der Saboteure vom 8.10.2022?
- Soll der Artikel Nebelkerzen werfen und ist Teil hybrider Kriegsführung?
- Wer hat diesen Beitrag geschrieben und ins Autonome Blättchen gesetzt?

- Warum hat niemand von der Redaktion ein Veto eingelegt?

Zur Erinnerung: Am 8.10.22 werden an zwei Stellen (Herne und Berlin) in Deutschland Kabel der Bahn durchtrennt. Darauf hin kommt es zu einem massiven Ausfall von Zügen im Norden Deutschlands.

Überlegungen zu Absicht und Urhebern

Den ganzen Artikel durchzieht eine vermeintliche Objektivität zum Anschlag am 8. Oktober in Herne und Berlin. Er liest sich wie ein voyeuristischer Artikel im SPIEGEL. Dessen Distanz zur militanten Linken ist erkennbar. Hier schreibt jemand von außen mit einem Blick auf Sabotage. Und hier schreibt kein Linker. Keine Aktivist:in. Keine Sympathisant:in linksradikaler Sabotage. Wem der etwas reißerische „Spiegel-Ton“ über den Hergang und die Umstände der Sabotage am Anfang des Beitrages noch wie ein Stilmittel erscheint, stolpert spätestens dann, wenn von Anschlägen der Linken in Berlin geredet wird. Wir gehen Zitate chronologisch durch:

„In den zurückliegenden Jahren hat es in Berlin wiederholt Brandanschläge auf die Bahn gegeben, zu denen sich teilweise die extremistische linksautonome Szene bekannte.“ Die „extremistische linksautonome Szene“ entstammt eher dem Wortschatz des Verfassungsschutzes oder einem Journalisten, der diesem zuarbeitet. Niemand der Leser:innen des „Autonomen Blättchens“ benutzt wahrscheinlich diesen Begriff, niemand der sich dieser „extremistische linksautonome Szene“ verbunden fühlt.

Auffällig war bereits zuvor ein Satz: „Anschläge auf Kabelschächte und Bahnanlagen gab es in früheren Jahren in Berlin schon häufiger. Gegen diese These [dass es Linke waren; Anm. Lesekreis] allerdings spricht: Anders als sonst üblich, wurden zunächst keine Bekennerschreiben gefunden.“

Die letzten Bekenner schreiben, die an Tatorten gefunden wurden, stammten wahrscheinlich aus der Zeit der R.A.F. mit ihren Kommandoerklärungen. Aber bei zweimaliger Überlegung fällt ins Auge: So schreibt in der Regel die Presse und die Polizei, wenn an einem Anschlagort kein Schreiben gefunden wurde. Und es ist auch die Polizei, die am Tatort Spuren oder Schreiben finden will. So kommuniziert sie dies, so wird sie durch die Presse zitiert. Kein Mensch, der für das Blättchen einen Beitrag verfasst, würde sich dieser Sprachformel bedienen.

Es folgt im Beitrag eine Spekulation, die auch niemand aus der „extremistische[n] linksautonome[n] Szene“ so formulieren würde: „Die jetzigen Sabotageakte passen allerdings kaum zu dem Muster der damaligen Attacken, nicht nur weil Bekenner schreiben fehlen. Frühere Anschläge waren im Vergleich offenbar deutlich weniger professionell vorbereitet und setzten weniger Wissen über Bahntechnik voraus.“

Hier wird von „Mustern“ geredet. Wieder haben wir hier den Bullenblick, der Spuren sucht, der Vergleiche anstellt, der Muster miteinander vergleicht, um daraus Rückschlüsse zu ziehen. Der in „damaligen Attacken“, welche bleiben unklar, ein „Muster“ erkennt, das sich jetzt nicht mit dem Ereignis vom 8. Oktober 2022 deckt.

Während der Artikel nun im weiteren Verlauf vorgibt, heise.de zu zitieren, aber keines dieser Zitate kenntlich macht und dann zu Bundesinnenministerin Nancy Faeser springt, um diese erkennbar zu zitieren, gehen wir davon aus, dass der Autor die ganze Zeit für sich spricht, wenn er sagt:

„Gelegenheit zur Zerstörung gibt es im Eisenbahnnetz viele, die meisten erfordern kaum Informationen oder technischen Sachverstand. Insbesondere Oberleitungen, Signale oder Weichen sind ein leichtes Ziel für stumpfe Gewalt, die Ausfälle von mehreren Stunden oder gar Tagen verursachen kann. Aber die Sabotage von Herne und Berlin war eben kein Ausdruck blinder Zerstörungswut. Mit einem solchen präzisen Angriff sendet der Täter das klare Signal: ‚Wir wissen genau, wie das System verwundbar ist und können es gezielt lahmlegen.‘ Vandalismus, etwa gegen die Bahnstromversorgung, hätte möglicherweise einen länger anhaltenden Ausfall verursacht und größeren wirtschaftlichen Schaden angerichtet, die Botschaft wäre aber weniger stark.“

Zwar trägt der Artikel im Folgenden einige Infos über die Sicherheitsstruktur der Bahn zusammen, über deren Verwundbarkeit und den Gegenmaßnahmen. Doch auch dies ist Wischiwaschi. Der Artikel endet im faktenbasierten Nichts, ohne politische Zielrichtung, ohne Position, ohne einen erkennbaren Grund. Die Frage, warum der Beitrag nun im Autonomen Blättchen gelandet ist, bleibt ein Mysterium. Also schauten wir uns die Zitate nochmal an.

„Frühere Anschläge waren im Vergleich offenbar deutlich weniger professionell vorbereitet und setzten weniger Wissen über Bahntechnik voraus.“ Das letzte Zitat wird noch deutlicher: „(...) die meisten Zerstörungen erfordern kaum Informationen oder technischen Sachverstand. Insbesondere Oberleitungen, Signale oder Weichen sind ein leichtes Ziel für stumpfe Gewalt.(...) Die Sabotage von Herne und Berlin war eben kein Ausdruck blinder Zerstörungswut.“

Hier zeigt sich, wer da spricht. Die Wertung in „professionell“ und Anschläge die „weniger professionell vorbereitet“ sind, entstammt dem Hirn von Kriminalisten und jener Kräfte, die gewohnt sind, in Hierarchien zu denken und das auch geil finden. Uns fallen keine Aktivist:innen ein, die militante Aktionen mit politischen Bekundungen und Erklärungen mit dem Maßstab von Professionalität beurteilen. Dafür muss Mensch sehr unpolitisch sein. Oder der Gegenseite angehören.

Es geht militanten Gruppen um Inhalt, um erfolgreiche Durchführung militanter Aktionen. Professionalität kommt aus der Logik der Arbeitswelt, aus einem Leistungsdenken. Wer also bewertet Aktionen (ohne erkennbare politische Absicht) als professionell? Während bisher nur „blinde Zerstörungswut“ gegen „Oberleitungen, Signale und Weichen“, scheinbar ohne ein Ziel, angewandt wurde, wird uns der 8. Oktober als „präziser Angriff“ verkauft.

Wie bereits erwähnt, von welchen Aktionen der „Autor“ da spricht will er uns auch nicht verraten. Er behauptet, dass viele Ziele ein „leichtes Ziel für stumpfe Gewalt“ seien.

Entweder wir überlesen diese Stelle genervt, wundern uns über das „Autonome Blättchen“, legen es weg oder freuen uns, dass jetzt der SPIEGEL im Blättchen eine Rubrik bekommen hat. Oder soll jemand jetzt was schreiben? Und vor allem was?

Das ist eine unserer Lesarten des Beitrags: Eine Provokation wird in der Absicht gesetzt, dass jemand zuckt. Hier klopft einer auf den Busch und schaut ob jemand hervorspringt.

Vielleicht sind die Saboteure von Herne und Berlin gemeint, die geschmeichelt von der Bewertung des „präzisen Angriffs“ eine Erklärung nachreichen. Oder soll jemand darauf anspringen und zum Beispiel eine oder mehrere Aktionen der Vergangenheit verteidigen.

Warum hat sich das Autonome Blättchen unbemerkt einspannen lassen, wäre die nächste naheliegende Frage.

Dieses Vorgehensweise wäre innerhalb der Linken zumindest nicht unbekannt und wurde bei der MG eingesetzt. Die „Militante Gruppe“ im Visier des Staates, war Ziel eines solchen Angriffs. Das autonome Wochenheft in Berlin, die Interim, hatte ohne Wissen der Hintergründe einen eher nichtssagenden Beitrag abgedruckt, der von den Behörden geschrieben wurde und die MG auf die Webseite des BKAs locken sollte. Der Versuch der „Muppets“, wie sich das Papier unterzeichnet hatte, blieb erfolglos. Dies ist keine Verschwörungsgeschichte sondern juristisch belegt.

Wir lesen diesen Beitrag in dem „Autonomen Blättchen“ ähnlich. Allerdings glauben wir nicht, dass Menschen, am besten die dumpfen Saboteure, auf die Webseite von heise.de gelockt werden sollen. Dazu wirkt der Hinweis auf heise.de zu ungezielt eingestreut. Vielmehr scheinen die provokativen Abwertungen militanter Aktionen, bzw. die dadurch bescheinigte Professionalität vom 8.10. das Mittel zum Zweck.

Mittlerweile gibt es eine längere Kontinuität militanter Aktionen auf Infrastruktur und auf die Bahn nicht nur in Berlin, aber eben dort vermehrt, die dem Sicherheitsapparat zu schaffen machen.

Da es kurz vor dieser ominösen Sabotage in Herne und Berlin wachsende militante Angriffe im Zusammenhang mit Klimakämpfen auch auf die Bahn gab, die politisch dezidiert begründet wurden, ist wahrscheinlich die Bahn und auch das BKA heiß gelaufen. Ein Testballon, wie dieser merkwürdige Beitrag, würde da nicht schaden.

Ein weiteres Detail untermauert unter den oben angeführten Überlegungen unsere vermutete Herkunft des Beitrages: „In früheren Fällen waren etwa per Zeitzünder Brandsätze in Kabelschächten gezündet worden“. Wieder bleibt man nebulös und spricht von früheren Fällen der „zurückliegenden Jahren“, aber eines weiß man offensichtlich ganz genau: Brandsätze wurden „per Zeitzünder gezündet“. Es ist wieder der Bullenblick. Vergleichen, bewerten, auswerten, ausschließen, einschließen. Schreibt hier jemand, der die Ermittlungen leitet oder Zugang zu ihnen hat. Bullen. Verfassungsschutz. Bahnsicherheit? Oder ein Journalist mit entsprechender Verbindung? Oder vielleicht ein Hobbybulle? Hier hat jemand den Überblick, oder erweckt den Anschein profunder Sachkenntnis über, genau genommen, unbekannte Aktionen und Vorgehensweise, um mit größter Selbstsicherheit Aussagen über die „Muster“ treffen zu können.

Fazit

Der Artikel stinkt einfach zum Himmel. Also sind wir ins Netz gegangen. Wo ist der Mist schon mal aufgetaucht, wenn ihn nicht das Autonome Blättchen selbst geschrieben haben könnte? Und siehe da, wir werden fündig:

Es ist ein Beitrag, der in der Süddeutschen Zeitung vom 10. Oktober erschienen ist und auch für diese geschrieben wurde. Die ursprüngliche Überschrift: „Wer kannte die Interna?“ und „Wer steckt hinter der Bahn-Sabotage?“ erklärt dann auch schon den Bullenermittlungsstil des Artikels. Investigativ nennt sich das. Die Coproduktion mehrerer Journalist:innen stammt von Klaus Ott, Martin Balsler, Constanze von Bullion und Jannis Brühl.

Nun also bleibt eine Frage im Raum. Warum und wie ist dieser Mist in das Autonome Blättchen gekommen? Wir fühlen uns von der Redaktion des Blättchens hintergangen. Denn der Artikel wurde nicht als ein Beitrag der Süddeutschen kenntlich gemacht, sondern suggerierte durch die Weglassung seiner Herkunft, dass er aus der Redaktion des Blättchens kam oder diesem zugesendet wurde. Er wurde auch mit einer neuen Überschrift versehen, sodass die ausgewechselte Überschrift bei unserer Recherche im Netz zunächst keine Hinweise geboten hat. Auch ein schlechter Fakeartikel ist aber doch ein Fakeartikel.

Für diese Art und Weise der Veröffentlichung haben wir kein Verständnis. Und wir lehnen den Abdruck dieses unpolitischen und inhaltlich fragwürdigen Beitrags im Autonomen Blättchen als einen politischen Fehler ab.

Mit viel Mühe und guten Willen verstehen wir den Wunsch, der die Sabotage am 8. Oktober linken Strukturen zuschreiben will. Vielleicht hat das Autonome Blättchen sich deshalb dazu verleiten lassen, diesen dubiosen Beitrag zu veröffentlichen, weil er die Frage der Durchführung aus linker Ecke offen lässt und ein paar vermeintlich interessante Fakten (alle allerdings auch zugänglich im Netz) mitliefert. Bezüglich der Sprache, des Stils und der Abwertungen in dem Artikel war dieser Beitrag ein Griff in die Kloschüssel.

Die weniger wohlwollende Lesart fragt sich, warum dieser Artikel ohne Quellenangaben im Blättchen gelandet ist? Will jemand das Autonome Blättchen in Misskredit bringen? Will jemand laufende Auseinandersetzung zu militanten Aktionen unterlaufen? Und wieso gab es kein Veto dagegen? Der Abdruck wäre nur gerechtfertigt gewesen, um an ihm die Denkweise politischer Gegenkräfte und deren Gegenpropaganda zu verdeutlichen. So aber vergiftet dieser Beitrag, wenn er unwidersprochen bleibt, die derzeit verstärkt strategischen Überlegungen und Kampagnen diverser militanter Strömungen und wirkt wie eine Desorientierung. Das Autonome Blättchen macht sich so zum Schallraum von Desorientierung und streut diese unpolitische, kriminalistische und denunzierende Denkweise in die Leser*innenschaft ein. Wir würden bei diesem Text auch nicht ausschließen, dass sich hier einer der Journalist:innen bereitwillig von einem staatlichen Dienst instrumentalisieren ließ.

Im Editorial des Autonomen Blättchens #51 wird die Verantwortung betont, die die Redaktion mit der Zeitung und der Auswahl von Beiträgen trägt. Wir begrüßen zwar den Wunsch nach einer diversen Zeitung, die nicht monothematisch sein will, aber Inhalt sollte noch immer das entscheidende Kriterien der Veröffentlichung bleiben. Warum Ihr beispielsweise einen Beitrag, der sich kritisch und Streitbar mit der Sabotage von Herne und Berlin politisch auseinandersetzt, und unseren Wissens nach der einzige ist, (Soziale Revolution gegen (hybride) Kriege) am Ende des Editorials als „draußen geblieben“ markiert, offenbart Ihr ebenso wenig im Editorial, wie den Abdruck des SZ-Artikels. Im Zusammenhang mit dem Abdruck eines Artikels einer wirtschaftsliberalen, bürgerlichen Zeitung und dem Nichtabdruck einer militanten Positionierung zu den Ereignissen am 8.10. kommt die nächste Frage auf. Wollt Ihr eine politische Auseinandersetzung deckeln, die Euch nicht passt? Warum die Intransparenz in Eurer Entscheidung? In dem Beitrag einer militanten Gruppe wurden politische Kriterien zur Durchführung von Aktionen zur Diskussion gestellt, die mit diesen politischen Maßstäben (und nicht mit kriminalistischen) die Sabotage von Herne/Berlin bewerten. Wo, wenn nicht ins Autonome Blättchen, gehört eine solche Diskussion hin?

In Eurem Editorial schreibt Ihr: „(. . .) demütig mit der Macht zu sein, die uns der politische Einfluss, den wir mit dem Blättchen haben, ermöglicht.“ Wir messen Euch an dieser Aussage.

Bisher haben wir das Blättchen sehr geschätzt für unterschiedliche, oft sehr durchdachte Beiträge. Auch für die politische Radikalität und die Dokumentation von Aktionen. Und auch für den internationalen Blick auf Kämpfe. Wir haben es auch dafür geschätzt, nicht alles reinzunehmen, was nicht einem emanzipatorischen, einem anarchistischen Anspruch genügt und für Eure Erklärungen dazu im Editorial. Wir hoffen nun weiterhin, dass Ihr den Mut habt, radikale Auseinandersetzungen zu erkennen und nicht zu unterschlagen, nur weil sie Euch nicht passen

könnten oder nicht Teil Eurer Realität ist. Wir wünschen uns auch, dass Ihr Euch nicht in das Bestehende einrichtet, sondern Teil einer suchenden militanten Kraft bleibt, die auch Neuland betreten muss, wenn sie wirkliche Veränderungen will.

Als Lesekreis fällt uns immer wieder auf, zum Beispiel bei der Berliner Zeitung Interim, dass radikale Publikationen auch zu Dienstleistungsangeboten werden, die sich von realen Kämpfen entkoppeln, und plötzlich sogar konservative Züge annehmen können, weil ihre Macher:innen sich von Bewegungen langsam entfernen, oder den Anschluss verlieren, wenn ihr Lebensschwerpunkt sich hin ins Bürgerliche verlagert. Das ist meist kein Gewinn für die Publikationen, weil bestimmte Radikalität nicht mehr gedacht wird und Denken und Praxis sich entkoppeln.

Eine Zeitung zu machen ist sicherlich ein großer Aufwand. Der unkommentierte Abdruck des SZ-Artikels aber war für uns ein No-Go. Wir möchten darauf in Zukunft gerne verzichten und davor auch sicher sein.

Lieber ‚Lesekreis‘,

wir freuen uns über Kritik an Texten des Autonomen Blättchens. So kann eine Debatte in Gang kommen, die aktionsorientierte Gruppen zum Nachdenken und Überdenken der eigenen Praxis anregt - und uns nötigt, genau hinzugucken. Es stimmt, dass in dem von Euch kritisierten Text unkommentiert die Sprache der bürgerlichen Presse übernommen wird, ohne dass dies als Zitat markiert wird (z.B. "Brandanschläge [...], zu denen sich teilweise die extremistische linksautonome Szene bekannte").

Wir kennen die Autor:innen - vielleicht lässt uns das etwas weniger argwöhnisch auf den Text blicken. Wir kennen also auch die Motivation und wollen deswegen ein paar Kritikpunkten folgendes entgegen.

Bereits in vielen vorherigen Ausgaben (siehe z.B. Autonomes Blättchen #49) wurden Recherchen abgedruckt, die mediale und (sofern zugänglich auch) behördliche Diskussionen u.a. um Vorkehrungen gegen infrastruktureller Sabotage abbilden. Dies haben unterschiedliche Autor:innen in voller Absicht getan, denn aus der medialen Resonanz auf Sabotageaktivitäten lässt sich viel ablesen. Bislang war uns nicht zu Ohren gekommen, ein solches Kondensat medialer Bewertungen sei verwechselt worden mit der eignen Bewertung der jeweiligen Autor:in.

Grundsätzlich ist es gut, wenn die Erarbeitung von Texten präzise mit Quellen kenntlich gemacht wird. In diesem Fall wurden die gefundenen ‚Erkenntnisse‘ aus insgesamt sieben Medienberichten bewusst ohne Link auf die jeweiligen Medienartikel wiedergegeben. Der Grund ist offenbar nicht selbsterklärend: Es sollten keine *honeypots* für die Bullen aufgestellt werden, in denen sich Leute mit hochspezifischem Interesse z.B. an Sicherheitsarchitekturen offenbaren. Aufgrund der dreimonatigen Erscheinung des Blättchens kann der so ausgelöste Leser:innen-Besuch einer Webseite eines mitunter mehrere Wochen oder gar Monate zurückliegenden Ereignisses sehr markant sein und nicht mehr im Rauschen des tagespolitischen Interesses untergehen. *[Generell empfehlen wir dringend!*

Quellen:

- Autonomes Blättchen 51 nachzulesen unter „Bahnsabotage“
- <https://autonomesblaettchen.noblogs.org/ausgaben/>
- <https://autonomesblaettchen.noblogs.org/ausgaben/ausgabe-nr-51/>
- Soziale Revolution gegen (hybride) Kriege, Erfreuliche Nachbetrachtung einer Sabotageaktion zum Schutz des Klimas und gegen Krieg, nachzulesen unter: <https://de.indymedia.org/node/254590> und <https://kontrapolis.info/8559/>

den Besuch auch von vermeintlich alltäglichen Webseiten per Tails und Tor (siehe dazu den Hinweis im Impressum auf Seite 2)]

Noch bedenklicher ist ein ungeschützter Besuch z.B. auf den Seiten der Sicherheitsnetze der Deutschen Bahn. Daher haben wir bisher bei solchen Recherchen, die häufig im Quellen-Mix und ohne direkte Referenz veröffentlicht worden sind, dieses Vorgehen nicht kritisiert.

Bislang haben wir gehofft, dass die geneigte Leser:in uns nicht unterstellen wird, (quasi auf Bullenseite) einer Anti-Sabotage-Prävention das Wort zu reden. Wir bieten irgendwelchen dahergelaufenen Innenminister:innen kein Forum, um ihnen Raum in dieser Szene-Zeitschrift zu schenken, sondern um uns als Aktivist:innen eine Idee von der ausgelösten sicherheitspolitischen Debatte und von den unter Umständen damit veränderten, konkreten Sicherheitsvorkehrungen zu geben. Ob wir in Zukunft solche Texte am Anfang explizit kommentieren und mit einem Hinweis versehen werden, wissen wir (noch) nicht.

In den von Euch kritisierten (und auch in vorherigen ähnlichen) Artikel sind zusätzlich Anregungen für eine eigenständige politische Bewertung der medialen Interpretationen eingeflossen: So schreibt der Text in Anknüpfung an eine über mehrere Ausgaben des Blättchens hinweg geführte Debatte über „Bekennungen“:

„Später wird in der Debatte die Erwägung ergänzt werden, es könne sich auch um einen Testlauf für weitere Aktionen handeln. Dies würde das Ausbleiben einer Bekennung erklären. Vielleicht ein Testlauf mit politisch beabsichtigtem Nebeneffekt? Bezeichnend für das mediale Spekulieren ist, dass das Fehlen einer politischen Erklärung als Urheberchaft außerhalb des linksradikalen Milieus gewertet wird. Dies ist angesichts einer breiten Sabotagepraxis gegen Mobilfunk-Infrastruktur ohne Bekennung (nicht nur im europäischen Ausland) erstaunlich.“

Wir sahen und sehen hier nicht die Gefahr, dass sich mit diesem Statement Aktivist:innen zum ‚Nachreichen‘ einer Erklärung provoziert fühlen könnten - im Gegenteil.

Auch eure Kritik einer etwaigen Herabstufung bisheriger Sabotage-Aktionen über den Hinweis auf die Massivität des Ausfalls bei der Bahnsabotage am 8.10.22 können wir nicht wirklich nachvollziehen. Wenn die Deutsche Bahn mitteilt, dass der Ausfall ‚flächendeckender‘ und die Durchführung ‚zielgerichteter‘ als ‚bei bisherigen Anschlägen‘ war, muss dann im Sinne einer anerkennenden Ausgewogenheit auf andere ebenfalls beträchtliche Sabotageaktionen hingewiesen werden?

Wir finden es ziemlich abwegig, dass sich Aktivist:innen anderer Sabotageaktionen aufgrund dieses Blättchenartikels zur ‚Verteidigung‘ (wie ihr schreibt) der Wirkung ‚ihrer Aktion‘ provoziert fühlen könnten. Werden unsere Dokumentationen und Mediendarstellungen verschiedener Aktionen wirklich in Konkurrenz zueinander gelesen? Wir verstehen das

Wissen um die Wirksamkeit einer Sabotage auch als Entscheidungshilfe für aktivistisches Handeln.

Wir nehmen eure Kritik ernst und werden darüber weiter diskutieren. Uns ärgert ein wenig der denunziatorische Tonfall, in dem uns quasi der Abfall ins Bürgerliche unterstellt wird, weil Ausschnitte aus der SZ (sowie sechs weiteren Zeitungen und Zeitschriften) in einem Text auftauchen.

Es gibt keine Sicherheit vor Zitaten aus der SZ im Blättchen - allerdings gibt es weiterhin eine Sicherheit, dass keine SZ-Positionen im Blättchen veröffentlicht werden. Wir hoffen, das meintet ihr. Das ist erstmal der Stand.

Solidarischen Gruß, die Redaktion



Ihr seid die Krise

Fuhrpark von Klimakiller und Krisenprofiteur AMAZON in Brand gesetzt - Solidarität mit Lützerath und den Gefangenen im Hungerstreik

Dokumentation:

In den frühen Morgenstunden des 16. Januar 2023, haben wir uns Zugang zu einem gut gesicherten Gelände in der Germaniastraße in Berlin-Tempelhof verschafft und 25 Amazon-Prime Fahrzeuge mittels Brandsätzen aus dem Verkehr gezogen. Ein Feuer der Solidarität mit den Besetzer*innen in Lützerath und den Gefangenen im Hungerstreik.

Der Konsumwahn zu Black Friday und das lukrative Weihnachtsgeschäft sind vorüber. Die aufgesetzte Nächstenliebe und das bisschen Besinnlichkeit weicht wieder der gewohnten Routine des Alltags. Die Ellbogen werden erneut ausgefahren, um im Konkurrenzkampf der gegenwärtigen Gesellschaft bestehen zu können. Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten scheinbar trotzend geht der Warenrausch und die damit verbundene Plünderung des Planeten und seiner Ressourcen auch im neuen Jahr unbeirrt weiter und füllt die Kassen der Krisengewinner*innen des Onlinehandels. Amazon hat sich hierbei durch seine Monopolstellung und ein umfangreiches Geschäftsmodell längst als Abhängigkeitsfaktor vieler offenbart. Der Konzern steht aber für weit mehr, als Produkte zu Tiefstpreisen auf den Markt zu spülen.

Deine Gedanken und Gefühle sind Gold wert

Die technologischen Entwicklungen des IT-Riesen weisen in eine düstere Zukunft einer dystopischen Überwachungs- und Kontrollgesellschaft. Amazon, als treibende Kraft bei der Etablierung des digitalen Kapitalismus, verändert nicht nur die Wirtschaft nachhaltig, sondern auch den Alltag, das Sozialverhalten und selbst unsere Denkweisen. Künstliche Intelligenzen und Algorithmen sind in der Lage, Bedürfnisse zu steuern und manipulieren. Berechnungen, die sich daraus ableiten lassen, formen bereits heute was morgen zu Geld gemacht werden soll. Mit einer breiten Palette an Produkten und technologischer Infrastruktur (Server) drängt das Unternehmen in immer weitere Lebensbereiche vor, um seinen unersättlichen Datenhunger zu stillen. Sei es durch die Überwachungssoftware Amazon-Ring, die als all sehendes Auge die Grundstücke der Reichen bewacht und - nun auch in Fahrzeugen verbaut - die Umgebung einer permanenten Kontrolle unterwirft. Durch die Sprachassistentin Alexa, die als Ohren der KI in den Wohn- und Schlafzimmern lauert und selbst den intimsten Momenten beiwohnt. Mittels Gesichtserkennungsprogrammen und Sensoren, die Gefühle deuten sollen und Kund*innen durch die Selbstzahl-Geschäfte von Amazon-Go dirigieren. Oder mit einer Vielzahl an Entwicklungen in den Bereichen Gesundheit und Biotechnologie, um alles Körperliche einzufangen und in Zahlen zu zerlegen. Amazon weiß, wer über große Mengen an Informationen und Daten verfügt und die Gegenwart in mathematische Dimensionen übersetzen kann, hat auch die Macht, zum eigenen Vorteil auf die Zukunft einzuwirken.

Aus dem worldwideweb zum Standort Berlin

Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung der Gesellschaft ist zwar wesentlich diffuser verteilt, doch kommt dem Kon-

zern, neben wenigen anderen Tech-Giganten, bei der Neuordnung der Welt durch die Smartifizierung eine einzigartige Rolle zu. Der Zugriff auf unser Leben ist an vielen Stellen bereits weit größer als wir zu wissen glauben. Dieser beschränkt sich nicht nur auf diejenigen, die ihre Freund*innen schon bereitwillig gegen Alexa eingetauscht haben, mit dem Kauf von Prime-Produkten eine hochgradig vernetzte On-Demand-Ökonomie bedienen, oder sich auf den Plattformen des Onlinehändlers auf Kosten von Arbeiter*innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen dumm kaufen. Im Internet führt mittlerweile kaum noch ein Weg an Amazon vorbei. Damit das auch bald im physischen Raum so ist, pflanzt Jeff Bezos, einen alles überragenden Turm mitten in die Stadt. Mit seiner 140 Meter Höhe ein unmissverständliches Symbol für den weiß-patriarchalen Machtanspruch eines egomanen Arschlochs. Darüber hinaus wird der Bau des Towers einschneidende Folgen für die angrenzenden Kieze haben. Der Zuzug von tausenden IT-Angestellten von Amazon wird weiter an der Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt drehen und Verdrängungsprozesse fortsetzen und beschleunigen. Die Leidtragenden sind wie eh und je die Ausgeschlossenen, die den finanziellen Druck aufgrund steigender Kosten ohnehin schon am stärksten zu spüren kriegen. Es ist also nur ein winzig kleiner Trost, dass der Tower so unverschämt hoch ist, dass sich das Abbrennen des Amazon-Fuhrparks am anderen Ende der Stadt aus den oberen Etagen problemlos hätte bestaunen lassen.

Amazon geht über Leichen

Dass der Amazon-EDGE-Tower mit vermeintlich nachhaltigen Materialien gebaut wird, mag vielleicht fürs Marketing gut klingen, macht das Ganze aber kein bisschen besser. Vielmehr täuscht es darüber hinweg, welche klimatischen Folgen die Herstellung und der Betrieb von abertausenden Servern mit sich bringt und wie verhängnisvoll das Geschäft des Onlinehandels und das Festhalten an der Idee des Massenkonsums im Angesicht der ökologischen Krise ist. Wenn ein Konzern wie Amazon mit Nachhaltigkeit wirbt, dann sicher nicht wegen der Einsicht über die Folgen des eigenen Handelns, sondern aus knallhartem Geschäftskalkül. Mit dem Label des Klimaschutzes lässt sich mittlerweile gut Profit machen. Dabei bleibt unerwähnt, dass der techno-industrielle Komplex erst durch unzählige Verbrechen an Mensch und Natur groß wurde, aus denen die heutigen Krisen hervorgehen. Nur seine gänzliche Zerstörung, mittels der notwendigen befreienden Gewalt, wird dem ein Ende bereiten können.

Nicht zuletzt betrifft die Smartifizierung, die Kontrolle und Überwachung auch die gebeutelten Belegschaften der Amazon-Verteilzentren, welchen, anders als ihren gut ausgebildeten Kolleg*innen der Informatik, unter miesen Arbeitsbedingungen gegen schlechte Bezahlung, Höchstleistungen abverlangt werden. Nicht mal, wenn einer tot umfällt, hat dieser Drecks-Konzern den Anstand den Mitarbeitenden eine Verschnaufpause zu gönnen, um einen Moment inne zu halten, wie es kürzlich in Leipzig geschehen ist. Dieses Feuer ist auch für euch!

- Für den Anarchist Alfredo Cospito, der sich in Isolationshaft in Italien im Kampf gegen das 41bis-Regime seit 89 Tagen im Hungerstreik befindet.
- Für Thanos Chatziangelou, der in den Kerkern Griechenlands für seine Würde kämpft.
- Für Ivan, der in Frankreich im Hungerstreik ist und die 11 Gefangenen aus der Türkei, die sich in den griechischen Knästen im Hungerstreik befinden.
- In Verbundenheit mit den Besetzer*innen Lützeraths.
- Gegen die fortschreitende Plünderung des Planeten - Den techno-industriellen Komplex angreifen.

anonym

Brandanschlag auf Siemens

Dokumentation:

In der Nacht vom 7. auf den 8. Februar 2023 haben wir Brandsätze mit Zeitzündern an vier Fahrzeugen der Firma Siemens in Hannover/Laatzen angebracht. Leider haben nicht alle gezündet, wir wissen jedoch sicher von mindestens einem Auto, das komplett ausgebrannt ist.

Von Lützerath bis Yucatán, bei jeder Sauerei ist Siemens mit dabei! Digitalisierung, Automatisierung, Übertragung von Daten und Signalen, Energieerzeugung, Elektrifizierung, Ausbau des Schienennetzes - Siemens stellt weltweit das Grundgerüst der Infrastruktur für kapitalistische und neokoloniale Ausbeutung bereit.

Konkrete Beispiele gibt es mehr als genug: Instandhaltung und Wartung von Maschinen im Tagebau Garzweiler, Bereitstellung von Signaltechnik für die weltweit größte Kohlemine „Adani“ in Australien oder die Umsetzung von Rüstungsprojekten wie das Laserradarsystem „Albis“, das weltweit in Panzern und Kriegsschiffen eingesetzt wird. Auch an dem Infrastrukturgroßprojekt „Tren Maya“ in Mexiko zeigt Siemens nach wie vor großes Interesse.

Durch den Bau eines gewaltigen Schienennetzes werden verschiedene Ökosysteme unwiederbringlich zerstört. Der Name „Tren Maya“ ist dabei besonders perfide, da er einen vermeintlichen Bezug zu indigenen Gruppe in Mexiko herstellt, die allerdings durch das Projekt ihrer Lebensgrundlagen beraubt und teilweise enteignet werden. Indigene Aktivist_innen,

die sich gegen das Projekt stellen, werden durch die mexikanische Armee und paramilitärische Strukturen ermordet.

Der Konzern Siemens steht für neokoloniale Ausbeutung weltweit. Neokolonialismus bedeutet die im Kolonialismus angelegte Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Umwelt und die Ideologie von Rassismus und Patriarchat heute fortzusetzen.

Wir wollen diese Strukturen auf allen Ebenen bekämpfen, in uns, in unseren Beziehungen und ihnen auch ihre materiellen Grundlagen entziehen.

- Siemens und andere ausbeuterische Konzerne überall angreifen!
- Neokoloniale Infrastruktur zerstören!
- Gegen jede Herrschaft!

Siemens wurde in den vergangenen Jahren schon mehrfach angegriffen, in den Bekenner_innenschreiben dazu finden sich noch weitere Hintergrundinformationen zu einigen von Siemens Machenschaften:

- Mehr zu „Tren Maya“ <https://de.indymedia.org/node/161171>
- Mehr zu Rüstung <https://de.indymedia.org/node/147162>
- weitere Aktionen gegen Siemens in der letzten Zeit: <https://de.indymedia.org/node/252232> <https://de.indymedia.org/node/252253> <https://de.indymedia.org/node/254478>

anonym

Angriff auf die zapatistische Autonomie

in Mexiko durch das Tren Maya-Projekt

Einleitung

Auf ihrer Reise durch Europa besuchte die zapatistische Delegation auch einige Kämpfe gegen große Infrastrukturprojekte. Dies war kein Zufall, denn seit 2018 sind auch die zapatistischen Autonomiegebiete durch ein solches Projekt bedroht, den „Tren Maya“. In Deutschland beschäftigt sich damit vor allem das Ya Basta Netzwerk, wegen des Eingriffs in die Natur aber auch Gruppen wie Greenpeace und Robin Wood. Auch Deutsche Firmen interessieren sich für das Projekt oder sind bereits darin involviert.

In autonomen Kreisen ist das Thema bisher noch nicht so präsent; Grund genug, einmal einen Blick darauf zu werfen.

Der Tren Maya

Der Tren Maya ist ein riesiges Infrastrukturprojekt, das zumindest vordergründig einem Touristischen Interesse dient: Mit ihm soll die Yucatan-Halbinsel, die den Golf von Mexiko vom karibischen Meer trennt,



durch ein insgesamt 1525 km langes Schienennetzwerk verbunden werden; die Zugstrecke soll dabei an traditionellen Maya-Stätten vorbeiführen, um diese touristisch zu erschließen. Dabei soll die Zugstrecke auch die zapatistische Autonomiegebiete durchkreuzen.

Das Projekt ist nicht neu. Schon unter dem früheren Präsidenten Mexikos, Enrique Peña Nieto, sollte ein ähnliches Projekt auf den Weg gebracht werden. Die damals angedachte Strecke war mit 900km deutlich kürzer geplant, zudem fehlte es an einer ansprechenden Image-Kampagne, so dass das Projekt wenig Unterstützung erhielt und letztlich aufgrund von Finanzierungsproblemen im Sande verlief. Erst mit der Wahl des aktuellen Präsidenten, Andrés Manuel López Obrador, im Juni 2018, kam das Projekt nun unter dem neuen Namen „Tren Maya“ voran und dies auch zügig: Schon im September 2018 wurde das Projekt angekündigt. Kurz darauf kündigte die EZLN ihren Widerstand gegen das Projekt an.

Beworben wird das Projekt als „Jobwunder“. Durch die Touristische Erschließung der Yucatan-Halbinsel sollen „hunderttausende Jobs“ entstehen. Auch auf andere Weise wird das Projekt schmackhaft gemacht: Es gehe um ein ökologisches Projekt, dass die Maya-Kultur fördern und erhalten werde.

Dass dies nur Augenwischerei ist, dürfte schnell klar werden. Was das Ökologische an einem Projekt sein soll, für das erwartbar 11 Millionen Bäume gefällt werden müssen und das zur Beschädigung und Zerstörung von 23 Naturschutzgebieten führt, ist kaum vermittelbar, zudem wird der Ausbau des Schienennetzes von einem Ausbau des Autobahnnetzes begleitet. Ebenso ist auch kein Erhalt und keine Förderung der Maya-Kultur zu erwarten, vielmehr wird es darauf hinauslaufen, dass

die Maya-Kultur auf touristische Führungen und Souvenirshops reduziert werden wird.

Dass es bei dem Tren Maya nicht nur um ein touristisches Großprojekt geht, zeigt sich vor allem daran, dass die Verwaltung des Zuges dem mexikanischen Militär zufällt, ebenso der Erhalt der aus dem Zugverkehr resultierende Gewinne. Hiermit sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Zum einen spielt die Region eine wichtige Rolle für die Migration Richtung USA, in deren Bekämpfung das mexikanische Militär eine zunehmend aggressive Rolle spielt, zum anderen bildet es die Grundlage für die militärische Bekämpfung der Zapatistas: Im Rahmen des Ausbaus der Eisenbahnstrecke wurden etliche neue Militärbasen rund um die Zapatistischen Gebiete errichtet.

Deutsche Beteiligung

Um das Megaprojekt zu realisieren, ist die mexikanische Regierung auf internationale Zusammenarbeit angewiesen. Zum einen wird in Mexiko mit der Beteiligung ausländischer Firmen geworben, zum anderen wollen diese sich eine Beteiligung sichern – entweder am Bau, oder am späteren Betrieb.

Aktuell beteiligt sich ein internationales Konsortium mit Beratungen am Bau der Strecke. Das Konsortium besteht aus dem spanischen Eisenbahnunternehmen Renfe und dem dazugehörigen Ingenieurbüro Ineco, sowie der zum Konzern der Deutschen Bahn gehörenden DB Engineering & Consulting. Aufgaben des Konsortiums sind die Beratung über den zukünftigen Betrieb und die Überwachung der Herstellung, Lieferung und Inbetriebnahme der Schienenfahrzeuge und anderer Systeme. Mit einem Auftragswert von 13,5 Millionen Euro fällt der finanzielle Umsatz wohl aktuell eher gering aus (knapp die Hälfte davon entfallen auf die

DB), doch muss davon ausgegangen werden, dass eine weitaus lukrativere und langfristige Absicht dahintersteckt, zumal die Erweiterung des Schienennetzes des Tren Maya nach Süden über die mexikanische Landesgrenze hinaus bereits in Planung ist. In Mexiko wird jedenfalls bereits mit Bildern des ICEs geworben, der als Tren Maya durch die Gegend fahren soll.

Neben der DB hat auch Siemens Mobility Interesse bekundet und bietet sich an in den Bereichen Energieerzeugung und -übertragung, sowie Elektrifizierung, Signaltechnik und Automatisierung bis zu den Zügen an sich – soweit bekannt jedoch bisher erfolglos. Allerdings bleibt auch Siemens – wie auch andere Player im Bereich der Energieerzeugung usw. interessiert, auch wenn erste Zuschlüsse an das französische Unternehmen Alstom gingen.

Als letztes wäre konkret noch der TÜV Rheinland zu nennen, der sich ebenfalls für eine Art von Anfang bis Ende-Überwachung der technischen Umsetzung des Projekts angeboten hat, allerdings auch bisher ohne einen tatsächlichen Auftrag bekommen zu haben.

Angriff auf Autonomie durch Tourismus

Der Tren Maya ist neben den bereits erwähnten Auswirkungen ein Beispiel für einen Angriff auf Autonome Strukturen, der jenseits von Polizei und Militär stattfindet. Gerade der aktuelle Präsident Obrador gibt sich nach vorn heraus betont zurückhaltend, was die zapatistischen Gebiete angeht. Als Ende August 2019 Subcommandante Insurgente Galeano die Erweiterung der EZLN auf 11 neue Distrikte bekanntgab, antwortete Obrador darauf, dass diese Erweiterung „willkommen“ seien, vorausgesetzt, sie würde gewaltlos von statten gehen. Dass es mit der Gewaltlosigkeit nicht ganz so ernst gemeint ist, zeigt sich am aktuellen Ausbau der Militärbasen rund um die Zapatistischen Gebiete.

Trotz allem wird sich um das Bild der Gewaltlosigkeit bemüht, was sich auch in der Wahl der Mittel zeigt. Die Erschließung der Halbinsel Yucatan durch den Tourismus wirkt in den heutigen Tagen weniger als Gewalt, ebenso die damit einhergehende Elektrifizierung der gesamten Region sowie den flächendeckenderen Anschluss an digitale Kommunikationsnetze. In diesem Rahmen werden die Zapatistas, wie auch die gesamte Mayakultur der Region in ein konsumierbares Produkt umgewandelt, dass sich jeder, der genügend Geld zur Verfügung hat, durch das Buchen einer Reise kaufen kann. Dies aber ist ein Prinzip, dass nicht nur die zapatistischen Autonomiegebiete betrifft. Es ist das gleiche Prinzip auf

der ganzen Welt, dass sich immer da zeigt, wo gelebte Autonomie und Widerstand in ein konsumierbares Produkt umgewandelt werden. Derlei Angriffe treffen ungleich heftiger, weil sie schwieriger zu erfassen sind als der konkrete Repressions Schlag oder sonstige Angriff auf autonome Strukturen. Dabei muss es gar nicht nur der Tourismus sein, welcher dann dazu führt, dass in „Szenekneipen“ plötzlich touristische Stadteinführungen ihren Abschluss finden, weil es einfach einer von 10 angesagten Orten ist, die man mal gesehen haben muss, wenn man in der Gegend ist. Angriffe mit ähnlicher Struktur sind etwa Magazine wie die Vice oder Strg-F, die eine gelebte politische Praxis in ein Image, in ein bloßes Abbild davon verwandeln, welches sich dann erst über ein konkretes soziales Verhältnis legt, um es in der Folge zu ersetzen.

Auf gleiche Weise verhält es sich mit dem Tourismus allgemein und mit dem Tren Maya im Konkreten. Gerade der Bezug auf die Maya-Kultur hatte überhaupt erst dazu geführt, dass ein zuvor kaum realisierbares Projekt Fahrt aufnehmen konnte. Um seinem eigenen Bezug auf die Maya-Kultur Ausdruck zu verleihen, veranstaltete im Verbund mit lokalen Unterstützer:innen des Projekts Präsident Obrador ein altes Maya-Ritual, wo er die Natur um Erlaubnis bat, das Projekt durchführen zu lassen. Zugleich aber ist gewiss, dass außer Souvenir-Shops von einer „authentischen“ Maya-Kultur kaum etwas übrigbleiben wird, wenn das touristische Großprojekt ersteinmal Fahrt aufgenommen hat. Kraft bezieht der Zapatismus aus seiner Autonomie; verweigert hat er sich schon immer gegen jede Vereinnahmung, auch von links. Die Erfassung durch linke und alternative Sozialwissenschaftler:innen, die versuchen sich von außen ein Bild von den Zapatistas zu machen, wurden und werden regelmäßig zurückgewiesen. Autonomie und Würde hängen eng zusammen, Autonomie aber bedeutet auch, sich selbst einen Begriff von der Welt zu machen, und nicht sich einem von außen herangetragenem Bild zu entsprechen. Genau dies ist aber die Gefahr, die nun der Tourismus auf eine neue Weise mit sich bringt. Es ist ein Angriff, gegen den sich schwieriger mit Waffen zu wehren ist, als bei einem Angriff durch Militärs und Polizei, insbesondere, weil er durch den guten Willen, die gute Absicht und das Antlitz des milden Fortschritts verschleiert wird.

Die Zapatistas sind bisher nicht müde geworden zu betonen, dass sie weniger auf Unterstützung angewiesen sind, von Menschen die sich aus den wohlhabenden Ländern für sie interessieren, als darauf, dass auch dort der Kampf um Autonomie geführt wird. Der Kampf um Autonomie aber muss von uns im hier und jetzt geführt werden – es ist auch ein Kampf gegen die Feinde der Autonomie.

Der Fecher ist geräumt

Triggerwarning: Polizeigewalt (psychisch und physisch), Knäste, Schusswaffen, lebensgefährliche Situationen

Der Fecher ist geräumt. Ein Ort der für uns und viele andere so viel bedeutet hat. Ein anarchistischer Freiraum, Wohnraum und ein Ort an denen sich nicht nur eingefleischte, durchreflektierte Stadtlinke wohlfühlten, wurde mithilfe eines massiven Polizeiaufgebot geräumt.

Doch von vorne. Am 19. Januar fing die Räumung an. Um 5 Uhr und ohne Licht marschieren hunderte BFE Cops ins Barrio, während sich gleichzeitig die Baumaschinen von Cattau Garten- und Landschaftsbau warmliefen. SEK und Klettercops ließen auch nicht lange auf sich warten. Autobahn und Borsigallee wurden gesperrt und Zäune errichtet. 1800 Cops sollten den ersten Tag der Räumung absichern. Das Vorgehen der Polizei am ersten Tag lies schon nur ein Fazit zu: Ob im Baum oder in

der Gesa, unsere Unversertheit, Sicherheit und unser (Über)leben waren allerhöchstens Nebengedanken. Zum Beispiel wurden Traversen geschnitten auf denen Menschen standen, es wurden Bäume gefällt direkt neben besetzten Strukturen. Auf eine Person, die sich auf einer Traverse befand wurde sogar mit einer Schusswaffe gezielt, mit der Ansage sich den Seilen der Cops nicht zu nähern, sonst würden diese schießen! Das schlimmste aber war, dass einer Person in der Gesa lebenswichtige Medikamente verwehrt wurden, weswegen diese eine Nacht im Krankenhaus verbringen musste. Wer so leichtfertig mit Menschenleben umgeht, erntet garantiert unseren Hass!

Der nächste Tag hielt dann einen neuen Kriminalisierungsversuch bereit: Menschen wurde nun auch Hausfriedensbruch vorgeworfen. Dies bedeutete über 26 Stunden Gesa mit brennenden Licht in der Zelle die ganze Nacht und als Krönung des Psychoterrors, das Vorlegen eines Haftbefehls bis zum Prozessbeginn (also mehrere Monate!) wegen nicht angeben der Personalien.

Die hessische Justiz benutzt hier den zu keinem Zeitpunkt erfüllten Tatbestand des Hausfriedensbruch einzig und allein dazu die Taktik der Personalienverweigerung effektiv zu unterbinden, oder nur verbunden mit mehreren Monaten U-Haft zu zulassen. Eine Person hat deswegen knapp sieben Tage in U-Haft verbracht.

Wir werten all dies als einen gezielten Angriff auf eine Aktionsform und Bewegung die der BRD immer mehr in die Seite sticht und nur weiter wächst. Alle Repressionsorgane arbeiteten hier in voller Harmonie: Von den Cops, die uns gewalttätig räumen, mit psychischer Gewalt zusetzen, die uns einsperren, uns drangsalieren und unsere Leben gefährden. Über die hessische Justiz die ihre eigens konstruierten Gesetze bricht, alles durchwinkt was Polizei und Staat sich aus den Fingern saugen und versucht Menschen für Lappalien monatelang wegzusperren. Bis hin zur

staatseigenen Autobahn GmbH die sich als Antragstellerin des Hausfriedensbruch einreicht in das Spiel.

Früh ließ sich erahnen mit wieviel politischem Druck die Räumung durch Behörden und Gerichte geboxt werden sollte. Zwei abgelehnte Eilklagen, Umweltministerium und Polizei die Druck auf die Forstbehörde ausübten um eine Allgemeinverfügung/Waldsperrung ganz nach ihren Wünschen und Vorstellungen zu bekommen, sind sicherlich die beiden erschreckendsten Fälle.

Am Ende der Räumung bleiben nun Anklagen, Verletzungen, Tränen und Schmerz übrig aber auch ein ungebrochener Wille weiter zu machen gepaart mit der Überzeugung hier genau im wunden Punkt dieses Drecksystems rumzustochern. Es bleibt außerdem den Wald nicht einfach aufgegeben zu haben und den Cops drei ganze Tage alles an Kapazitäten, Geld und Nerven gekostet zu haben. Ihnen auf den Traversen davon gerollt, sie mit dem Wurfhaken ausmanövriert und ordentlich gepöbelt zu haben, lässt uns in diesen Tagen häufig hämisch grinsen und macht Lust auf mehr (Skillshares für alles kommen sicherlich).

Keine Räumung werden wir vergessen, vergessen werden wir auch nicht die Tage in der U-Haft oder Gesa, keine geräumte Struktur und keinen einzigen gefällten Baum. Aus jeder Räumung werden wir neue Besetzungen sprießen lassen. Mit neuen Ideen, neuer Wut, neuen Gefährt*innen und Erfahrungen werden wir in die nächsten Kämpfe gehen. Auf das neue autonome Räume aus dem Asphalt brechen und das unerträgliche Normal dieser Gesellschaft ins Wanken gerät! Auf das die Mauern und Zäune des rassistischen Knastsystems ein für alle mal zur Staub zerfallen!

- Feuer der Repression, Flamme allen Knästen!
- Für Zorn, Liebe und Anarchie!

Haftantritt

für einen anarchistischen Gefährten in Hamburg

Über ein halbes Jahr nach dem Urteilen gegen zwei der drei Anarchist*innen rechtskräftig wurden, die im sogenannten Parkbankverfahren verurteilt wurden, ist nun für den ersten Gefährten der Brief für den Haftantritt am 27.1. gekommen. Er muss jetzt seine letzten 6 Monate absitzen. Der zweite Gefährte wartet noch auf seinen Haftantrittstermin und für die dritte Gefährtin erwarten wir das endgültige Urteil im März. [Anm.d.R.: das Urteil gibt es bereits, siehe nächster Text]

Ihr erreicht den nun inhaftierten Gefährten per Post mit seiner Buchnummer und unter der Adresse:

Buchnummer: 108/23/2
JVA Billwerder
Dweerlandweg 100
22113 Hamburg

Wenn ihr nicht von zu Hause schreiben wollt, wendet euch doch gern an die Infoläden, anarchistischen Bibliotheken eures Vertrauens in euren Städten. In Hamburg könnt ihr gerne auch das LiZ als Absendeadresse mit eurem Alias verwenden und Post dann zu den Öffnungszeiten der anarchistischen Bibliothek Sturmflut (Mittwochs 18-21:00, Samstags 16-19:00) abholen.

- Schickt tausende Briefe!
- Zeigt euch solidarisch!
- Feuer und Flamme für alle Knäste! Freiheit und Glück!

Revisionsverhandlung

gegen die anarchistische Gefährtin im so genannten Parkbankprozess

Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt!

In den vergangenen Wochen hat der Revisionsprozess gegen die Gefährtin im sog. Parkbankprozess am Hamburger Landgericht stattgefunden, in welchem drei Gefährt*innen im Jahr 2021 für die Verabredung zum Verbrechen der Brandstiftung verurteilt wurden. Weitere Infos dazu findet ihr auf <https://parkbanksolidarity.blackblogs.org/>

Der jetzige Revisionsprozess lief über insgesamt 2 Tage, wobei wir uns diesmal dafür entschieden haben, uns den Medientumult zu sparen und den Prozess mit Freund*innen und Gefährt*innen zu begleiten.

Wie zu erwarten war, zeigte sich Generalstaatsanwalt Schakau von seiner gewohnten Seite und zeterte über die Verhandlungstage hinweg vor der Kammer herum was das Zeug hielt.

Die Kammer folgte den Theorien von Staatsanwaltschaft und Bullen insofern nicht, als dass die Haftstrafe von 1 Jahr und 8 Monaten nun für

4 Jahre auf Bewährung ausgesetzt wurde. Zusätzlich muss die Gefährtin innerhalb von 6 Monaten nach Rechtskraft des Urteils 60 Sozialstunden ableisten.

Außerdem sei hier nochmals erwähnt, dass einer der Gefährten im selben Verfahren (dessen Revision bereits 2022 verworfen wurde) seine Reststrafe von 6 Monaten im Januar antreten musste.

Der Haftantritt der dritten Person steht voraussichtlich in diesem Jahr an.

Wir werden auch diesen Weg gemeinsam und solidarisch gehen!

Achtet auch weiterhin auf Ankündigungen

Für die soziale Revolte

Freiheit für alle

Solidarität

mit den verhafteten Antifaschist:innen in Ungarn

Am Sonntag, den 13. Februar 2023 wurden vier Personen in Budapest verhaftet, drei von ihnen befinden sich seither in den Händen des ungarischen Staates in Untersuchungshaft. Den Antifaschist:innen wird vorgeworfen, an mehreren Angriffen auf Faschisten vor Ort beteiligt gewesen zu sein. In diesem Zusammenhang wurden heute, am 15. Februar 2023, zudem zwei Wohnungen bei Antifas in Berlin durchsucht.

Die Verhaftungen in Budapest fanden im Zusammenhang mit dem „Tag der Ehre“ statt, einem der größten Aufmärsche von Faschisten in Europa. Jährlich verherrlichen sie ein Selbstmordkommando der deutschen Wehrmacht, ihren ungarischen Kollaborateuren und Einheiten der Waffen SS gegen die Rote Armee.

Diverse rechte Medien und mittlerweile auch die deutsche Boulevard-Presse berichten über die Vorfälle und sparen nicht damit, Namen und Bilder zu veröffentlichen. Gleichzeitig stellen sie das große Neonazi-Schaulaufen als unpolitische Sport-Veranstaltung dar oder verschweigen den Kontext in Gänze und bezeichnen die angegriffenen Faschisten als einfache Passanten.

In einem Land, in dem die faschistoide Regierung mit rassistischen und antisemitischen Äußerungen die Massen hinter sich vereint, ist die Hetzjagd kaum verwunderlich. Alle großen Medien wiederholen ungefragt die Forderung rechtsradikaler Parteien nach einem Verbot „der Antifa“.

Die politische Lage im Land ist für Antifaschist:innen, Sinti und Roma, Queers und andere diskriminierte Gruppen schon lange schwer aushaltbar.

Hinter Gittern sind die inhaftierten Antifaschist:innen eben dieser feindlichen Stimmung, zusätzlich zur Isolation, auch ausgesetzt. Hinzu kommt der desaströse Zustand der ungarischen Knäste, die nicht nur zu den ältesten, sondern auch überfülltesten in der EU zählen.

Wir solidarisieren uns mit den gefangenen Antifaschist:innen. Wir wünschen allen Genoss:innen vor Ort, die trotz der Umstände die Stellung halten und der faschistischen Basis im Land die Stirn bieten, viel Kraft. Auch sie brauchen unsere Unterstützung, jetzt mehr denn je!

Free them all – Fight Fascism!

Solidaritätsbündnis Antifa Ost

Unsere Freund*innen in Freiheit

In der Nacht von Mittwoch, den 15.02., auf Donnerstag, den 16.02., wurden zwei Gefährt*innen mit dem Vorwurf der Verabredung zu einem Verbrechen (Brandstiftung) festgenommen.

-> <https://kontrapolis.info/9578/>

Donnerstagnachmittag wurde dann die Wohnung eines Gefährten durchsucht. Sie hinterließen ein Chaos ohne jede Notiz, warum oder dass sie es waren, die die Zimmer verwüstet und einiges geklaut haben. Die Hauptstadt- und bundesweite Presse berichtete in der Zwischenzeit skandalheischend: „Linksextremisten gefasst. Bundespolizei verhindert Anschlag auf Bahntrasse“.

Es waren den ganzen Tag über mehr als 50 solidarische Menschen vor Ort, um auf unsere Freund*innen zu warten und den Cops zu zeigen, dass bedingungslose Solidarität unsere Kämpfe prägt. Mit allen Konsequenzen.

Die beiden konnten erst Kontakt zu ihren Anwält*innen aufnehmen, nachdem die Razzia stattgefunden hat. Sie saßen über 40 Stunden in der Gesa am Tempelhofer Damm bis zu ihrer Vorführung vor dem Haftrichter. So richtig glauben konnten wir es nicht, als wir beide auf der Straße wieder in die Arme schließen konnten.

Sie sind in Freiheit!

Für beide wurde eine sogenannte Haftverschonung erlassen, mit der Auflage, dass sie sich zweimal wöchentlich auf der Bullenwache zu melden haben. Die Bullen schreiben in dem Haftbefehl, dass sie davon ausgehen, dass „mindestens“ eine weitere Person am Tatort gewesen sein muss.

Es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass in jedem Fall klar bleibt:

- Anna und Arthur halten's Maul.
- Freiheit für alle Gefangenen!

*Einige Anarchist*innen*

Stop Cop City In Solidarität und Trauer

Übersetzung eines Textes von Black Rose Anarchist Federation / Federación Anarquista Rosa Negra vom 19. Januar 2023.

Der*die Baumbesetzer*in Manuel Paez Teran, auch bekannt als Tortuguita oder Tort, war Teilnehmer*in einer stattfindenden Besetzung des Waldes von Atlanta (Weelannee). Ziel der Waldbesetzung ist die Verhinderung des Baus der „Cop City“, einer modernen, 381 Hektar großen Trainingseinrichtung der Polizei für den Krieg in der Stadt. Die noch nicht gebaute Einrichtung hat bis dato 90 Millionen Dollar an Steuergeldern und Sponsoring privater Unternehmen gekostet.

Seit der Ankündigung des Projektes haben Anwohner*innen von Atlanta demonstriert und ihre Wut über die geheimnistuerische Planung, den wahrscheinlichen Effekt auf die örtlichen Naturgebiete, den Mißbrauch öffentlicher Ressourcen und die mit Sicherheit eintretende Steigerung der Präsenz von schwer bewaffneten Polizist*innen in der Gegend ausgedrückt.

Es wurden bereits mehrere Baumbesetzer*innen wegen Verbrechen festgenommen und angeklagt, die den Zusatz des inländischen Terrorismus haben. Dies steht stellvertretend für eine schwere Eskalation in der Anwendung legaler Gewalt und zeigt wie weit der Staat gewillt ist, sogar gewaltfreien Dissens zu kriminalisieren.

Nach dem massenhaften George Floyd Aufstand und den ihm vorausgehenden zahlreichen Aufständen gegen die Polizei hat der Staat ein klares

Interesse an der Militarisierung seines Sicherheitsapparates. Es steht außer Zweifel, dass die steigende Anwendung militärischer Trainings und Ausrüstung zu einer Intensivierung der Gewalt führen wird, die sich gegen normale Leute und insbesondere Schwarze und Braune richtet. Und derlei Einrichtungen und neue Förderungen werden zu nichts weiter führen als zu Stärkung und Schutz eines Berufsstandes voller Täter misogynen und weißer rassistischer Gewalt.

Außerdem können wir nicht die Zerstörung von fast 400 Hektar Waldland des Volkes der Muscogee ignorieren, während wir geradewegs auf die Klimakatastrophe zusteuern. Dies ist nur ein Beispiel des habgierigen Hangs zum Fortschritt, der den Klimakollaps beschleunigt und der in den Fundamenten der siedlungs-kolonialen Vereinigten Staaten verwurzelt ist.

Als Mitglieder von Black Rose Anarchist Federation / Federación Anarquista Rosa Negra zerbrechen unsere Herzen wegen des Todes von Tort durch Polizistenhand und wegen dem Zoll, den die Verteidigung des Waldes schon gekostet hat. Wir schließen die Stop Cop City und die Defend Atlanta Forest Bewegungen in unsere Solidarität mit ein. Zuletzt wünschen wir Tort's Freund*innen und Familie Kraft und der weiteren Bewegung neue Vitalität.

Der Angriff auf eine Bewegung ist ein Angriff auf uns Alle. Ein ums ander Mal hat populärer Widerstand gezeigt, dass die Pläne der Polizei besiegt werden können. Wir können das erneut schaffen.

Hausdurchsuchung

Die Angst die bleibt

Montagsmorgen, 6 Uhr, es klingelt. Das Jahr war bisher ruhig - ich habe mich zurück gehalten, so wer kann das schon sein? Als dann das LKA mit einem vollbewaffneten Cop und einer „unbeteiligten“ Zeugin vom Staatsschutz, rutschte das Herz in die Hose. Aber das es einem bei der Hausdurchsuchung scheiße geht, brauchen wir nichts diskutieren.

Aber nur wenige reden über das was bleibt - Die Angst. Die Unsicherheit. Die Wut. Meine Hausdurchsuchung ist nun über 8 Monate her und die Cops haben genau das geschafft was sie wollten, sie haben mir das Leben zur Hölle gemacht.

Nur eingeschüchtert haben sie mich nicht. Meine Wut über diesen scheiß Statt und seine ekelhafte Fixion auf „die Ehre“ von irgendwelchen zugekoksten Prügeln ist durch die Hausdurchsuchung gestiegen. Ich bin weiterhin politisch aktiv und werde bei jeder Gelegenheit denen zeigen wie scheiße ich sie finde.

Aber ein Aspekt, über den weniger geredet wird, ist leider auch noch da: meine Angst und Unsicherheit. Ich wache immer noch mindestens 4 mal die Woche punkt 6 Uhr auf und kriege panik, jedes unerwartete Klingeln an der Haustür bereitet mir panik.

Die ersten Monate war es mir unmöglich in meinem Bett irgendwie zum Schlaf zu finden. Ich horche bei jedem Laut im Treppenhaus dreimal hin. Ich bewege mich nur noch schleichend durch meine Wohnung. Die Hausdurchsuchung kam absolut überraschend und so warte ich seit 8 Monaten eigentlich nur auf die nächste. Jeden Tag rechne ich damit, auch wenn es in meinen Augen keinen Grund dafür gäbe - das hat sie bei der ersten ja auch nicht interessiert.

Es gibt Momente, wenn es morgens noch dunkel ist und Leute durch den Hausflur laufen, da greife ich zum Handy und lösche Signal. Automatisiert. Mit flacher Atmung und in absoluter panik - hauptsache mich bemerkt niemand. Der Anruf beim LKA, mit dem Typen, der meine Wohnung gerazt hat, um meine Sachen wieder zu bekommen, fand mit zittern und Tränen in den Augen statt.

Seit der Scheiße ist angst meine beste Freundin. Auch in vielen anderen Aspekten meines Lebens. Die scheiß Cops haben mir nicht nur mein Zuhause kaputt, sondern auch mein Leben nachhaltig beschissener gemacht. Seitdem sie in meiner Bude standen, kann ich mich einfach nicht mehr wohlfühlen, das Gefühl von Zuhause ist weg. Mein Wunsch ist umziehen, aber sie werden mich auch dort finden. Die Angst würde mit umziehen.

Angst braucht zeit. Und ich merke, wie es nach und nach besser wird. Aber ich bezweifle ehrlicherweise ob es jemals wieder „gut“ werden wird. Gerade in Angebetraucht der ständigen Repressionen die in diesem Polizeistaat stattfinden. Letztendlich kann ich euch nur sagen:

- Ihr seid nicht alleine & Solidarität ist unsere Waffe.
- Fragt eure Freund*innen, auch wenn es ihnen vermeintlich gut geht und auch noch längere Zeit danach, wie es ihnen geht und ob sie support brauchen.
- Passt aufeinander auf.

F.

Tschüss und auf nimmer Wiedersehen!

Der Kronzeuge Domhöver vor dem OLG Dresden

*Johannes Domhöver hat zwölf Tage vor dem Oberlandesgericht (OLG) Dresden gegen seine ehemaligen Genoss*innen ausgesagt. Der Preis dafür ist nun ein Verhandlungstag vor dem Landgericht Meiningen am 27. Februar. Anlässlich dessen, hier nun unser Text zu seiner Aussage in Dresden.¹ Wir beschäftigen uns jetzt seit über zwei Jahren mit dem Antifa Ost Verfahren. Im Folgenden werden wir nochmal ausholen. Zunächst kommt ein Überblick über die Aussagen Johannes Domhövers. Daran anschließend ordnen wir das, was er da so von sich gegeben hat, ein. Schließen werden wir den Text mit Überlegungen zu kollektiver Verantwortung und patriarchaler Gewalt. Viel Spaß!*

Die Aussage Domhövers

Johannes Domhöver wurde im März 2022 vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfVS) in Warschau angesprochen. In einem ersten Gespräch wurde ihm eröffnet, dass der VS ihm in seiner derzeitigen Situation das

Angebot macht, ihn an das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen als Zeuge zu vermitteln. Die Entscheidung, das zu tun, ging fix: nach zwei Tagen traf er sich wieder mit dem VS und besprach die weitere Zusammenarbeit.²

Ausschlaggebend für seine Entscheidung, so Domhöver, war, dass er keinen Weg „zurück“ gesehen hat. So führte Domhöver an, dass ihm die Situation mit der linken Szene absolut verfahren erschien. Die Ursachen dafür bezeichnet er andauernd als Meinungsverschiedenheiten. In seiner Deutung gab es unterschiedliche Sichtweisen auf ein mehr oder minder triviales Problem, die er ausdiskutiert hätte, wenn doch jemand mit ihm geredet hätte. Da das niemand tat, hätte er auch keinen Grund gesehen seinerseits auf die Szene zuzugehen. Das ist natürlich Unfug, den wir ihm so nicht abkaufen. Er blendet die Ursachen für seine Situation konsequent aus, um sich hiernach als Opfer darzustellen. Weder die

sexualisierte Gewalt, die er ausübte, noch die Versuche einer Auseinandersetzung kommen in seiner Version der Geschichte vor.

Bis Ende April 2022 traf sich das BfVS 6x mit Johannes Domhöver und tastete in den Gesprächen die Eignung zum Kronzeugen ab: wieviel Wissen hatte er? Eignete er sich generell für den Zeugenschutz? Auch noch im April wurde Domhöver dann seine Arbeitsstelle in einem Kindergarten wegen anonymer elterlicher Beschwerden gekündigt. In seinen Erklärungen dazu meinte Domhöver, dass die Kündigung ja die Schuld derjenigen sei, die ihn geoutet hätten. Im Internet sei sein Name jetzt mit Vergewaltigungsvorwürfen verknüpft gewesen. Die Begründung haut für uns nicht hin. Schon im März 2022 war das Sexualstrafverfahren gegen ihn eingestellt worden.³ Damit hätte Domhöver sich gegen anonyme Internetanschuldigungen wehren können. Vielleicht hatten die lieben polnischen Kindergarteneltern auch keine Lust auf einen Erzieher mit Antifavergangenheit? Das spielt in Domhövers Aussagen keine Rolle. Er weiß, wem er die Schuld geben möchte. Fertig. Zufällig fällt die Kündigung dann ja noch mit der Ansprache durch den VS zusammen. Ups. Blöder Zufall?

Es braucht wenig Phantasie, um sich auszumalen, was die Bullen ihrem Zeugen noch alles vorlegen werden. Bis zum Ende seiner Aussagen vor de (OLG) Dresden hat er wohl 7x mit dem LKA Sachsen zum Antifa Ost Verfahren, 2x mit dem Bundeskriminalamt (BKA) zum § 129a Verfahren Frankfurt am Main (FFM)/ Leipzig⁴ und 6x gleich zu Beginn seiner Anwerbung mit dem BfVS geplauscht. Bei allen Aussagen hat er immer auch Fragen nicht beantwortet, da die Antworten ihn selbst belasten würden. Darüber wollte er sich nach Aussage des Verhörers Daniel Mathe (Soko LinX) erst mit seinem Anwalt besprechen. Egal wie, weitere Aussagen von ihm werden nicht mehr in das Verfahren am OLG Dresden einfließen. Dort ist die Beweisaufnahme so gut wie abgeschlossen.

Von Domhövers Aussagen zum Prozess sind wir enttäuscht. Von einem Kronzeugen hätten wir uns mehr erwartet. Konkret konnte er nur zu einem der vorgeworfenen Straftatenkomplexe, „Eisenach 2“, Personen benennen und Abläufe beschreiben.⁵ Zu allen anderen am OLG angeklagten Taten musste er mehr oder minder wild spekulieren. Nun, dieser Befund kann nicht darüber hinweg trösten, dass die Aussagen für mehrere der Angeklagten Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen bedeuten können. Außerdem gibt es mehrere Ermittlungsverfahren, denen Domhöver abseits des Antifa Ost Verfahrens neuen Stoff geliefert hat.

Zum Tatkomplex „Eisenach 2“ äußerte sich Domhöver umfassend, soweit er konnte: er beschrieb, wie er für die Aktion angesprochen worden sei, mit wem er in Berlin darüber kommuniziert habe und wie die Fahrt nach Eisenach am Abend des 14.12.2019 abgelaufen sei. Er nannte Namen, soweit er sie kannte. Seine Aufgabe vor Ort soll die Auspähung des Neonazis Leon Ringl⁶ gewesen sein, der seine Kneipe, das Bulls Eye, spät nachts verließ und mit seinen Freunden den Heimweg antrat. Als das erledigt war, fuhr Domhöver seinen Aussagen zu Folge, wie geplant davon, merkte aber schnell, dass etwas bei der Aktion schief gegangen sein müsse. In einem Chatgespräch am nächsten Tag sei er dann über die am Abend erfolgten Festnahmen informiert worden.

Domhöver gab an, dass er regelmäßig Trainings in Leipzig besucht habe, bei denen Angriffe auf politische Gegner*innen in verschiedenen Szenarien geübt worden seien. Auch zwei Trainings in größeren Gruppen hätten stattgefunden. Angriffe in der eingeübten Variante jedoch hätte er nie mitgemacht und hätte auch keine Kenntnis, ob andere Teilnehmer*innen diese tatsächlich umgesetzt hätten. Zusammen mit Teilen der am OLG Angeklagten habe er seit mehreren Jahren in unterschiedlicher Besetzung an sogenannten „Ausfahrten“ teilgenommen. Er habe die Zuganreise von Neonazis zu Demonstrationen ausgespäht, damit diese später an Bahnhöfen überfallen werden könnten. Dabei belastete Domhöver vor allem Lina stark, da er ihr eine führende Rolle in der Planung und Kommunikation der Gruppe zuwies und damit das Konstrukt der Generalbundesanwaltschaft (GBA), sie sei „Rädelsführerin“, bestätigte. Zu den anderen Angeklagten habe er weniger Kontakt gehabt und sie auch sehr viel später kennengelernt. Dennoch, Domhöver liefert der GBA die Informationen über ihre kriminelle Vereinigung, die ihr seit zwei Jahren gefehlt haben.⁷

Militante Politik á la Domhöver

Domhövers ganzer Auftritt machte auf uns den Eindruck, dass da einer vor uns sitzt, der zwar ziemlich tief in linken Zusammenhängen drin war, der jedoch mit „unseren“ Inhalten und ihren Konsequenzen für unser Handeln wenig anzufangen wußte. Sicherlich hat Domhöver die Ideen von der Abschaffung des Patriarchats/ des Kapitalismus gehört, sich vielleicht sogar mal irgendwie damit theoretisch beschäftigt, grundsätzlich begriffen hat er dabei allerdings wenig.

Seine Ausführungen dazu, was Politik für ihn war, zeigen das ganz gut. So sagte er sinngemäß aus: „Militante Politik ist für mich der Überbegriff zur politischen Praxis und Ziel“. Ideologische Differenzen seien von geringer Bedeutung dafür. Militanz ist bei Domhöver anscheinend etwas, das allein schon einen Wert oder Sinn für sich selbst besitzt. Nach freier Übersetzung bedeutet dies, alles was unter Draufhauen und Kaputtmachen bleibt, interessiert ihn nicht.

Er sagte aus, dass sich bei ihm ein Wandel vollzog, weg vom klassischen Riot hin zu klandestinen Angriffen auf Neonazis. Motivierend hat dabei gewirkt, dass er bei den Riots anlässlich der EZB-Eröffnung geschnappt und später verurteilt wurde. Das persönliche Risiko erwischte zu werden, war ihm bei militanten Aktionen bei Demos etc. zu hoch. Inhaltliche Erwägungen spielten beim Umdenken keine Rolle. Inhalte waren ihm ja schon bei der Wahl der Kompliz*innen egal: ob Anarchist*in oder Kommunist*in, Feminist*in oder Antideutsche mit ihm unter einer Hassi steckten, war nicht so wichtig. Vielleicht, sagt er, sei er nicht politisch genug, für solche Differenzierungen.

In der Action werden alle gleich, ein kollektives Wir, das sich über die militaristische Konfrontation mit den Bullen konstruieren lässt. Nachdem er von den Bullen in FFM dann also gecastet und verurteilt worden war, musste er sich neue Wege suchen, um nicht aus den militanten Kreisen raus zu fallen. Wenig verwunderlich lag für einen kampfsportaffinen Typen mit seiner Körperstatur die Konfrontation mit Nazis nahe.

Immerhin schien Domhöver schon noch in der Lage zu sein, nach Sinn und Unsinn zu unterscheiden. So gab er auch an, dass ihm durchaus



wichtig war, welche Nazis angegriffen werden sollen. Einfach nur irgendwelche Thor Steinar Träger*innen zu behelligen, erschien ihm nach eigener Aussage nicht zielführend genug. Der letzte Lichtblick an politischem Inhalt, der ihm vor Gericht entfuhr. Allerdings konnte er auch hier nicht so wirken, wie er gerne wollte, denn da war ja noch die Bewährung aus FFM offen.

20

Also begann Domhöver sich in das Scouten (beobachten von An- und Abreise bei Nazidemos oä) akribisch einzuarbeiten. Er wollte unter keinen Umständen eine Haftstrafe riskieren, äußerte vor Gericht einige Angst davor. In Diskussionen mit anderen will er darauf hingewiesen haben, dass die angedachten Aktionen keineswegs so ungefährlich seien. DNA sei bspw. genauso leicht übertragbar bei Schlägereien, wie wenn man

einen Stein werfe. Darum beschäftigte er sich ausführlich mit seiner Sicherheit: wie von wo, wann mit der Bahn fahren, um nicht ins Visier zu geraten, keine Zigarettenstummel irgendwo hinterlassen, Kommunikation immer nur nach hohen Standards führen, mögliche Verfolger*innen durch Umwege abschütteln und so weiter. Vor Gericht äußerte er sogar mit einiger Herablassung, andere hätten sich auf die Klandestinität weniger gut verstanden als er. Alles in allem also ein zuverlässiger und vertrauenswürdiger Genosse?

Für uns nicht. Zunächst mal, Domhöver hat mehrere verheerende Fehler gemacht, die die Bullen zu ihm geführt haben, ohne dass er mit ihnen darüber reden musste. Er hat sich auf dem Weg zu einer Aktion und gleich auch noch auf dem Rückweg blitzen lassen. Sein E-Mail Postfach konnte von den Bullen entschlüsselt werden und wer weiß, was ihm sonst noch an Fehler unterlaufen ist. Davon abgesehen haben wir aber noch wichtigere Einwände gegen sein Verhalten. Zum Ersten sind Militanz und klandestine Organisation kein Selbstzweck: nichts, was wir machen um seiner Selbst willen. Sie sind nur das Mittel, das uns aufgedrängt wird von Neonazis, die Hegemonie auf ostdeutsche Straßen anmelden, Bullen, die Besetzungen räumen, und Bossen, die ihre Produktionsmittel nicht hergeben. Wer keine Lust hat in den Knast oder in Konfrontationen zu gehen, die*der muss das eben auch nicht machen. Es gibt zahlreiche und schöne andere Formen der alltäglichen Scheiße unser „Fick dich“ entgegen zu schleudern: vom politischen Theater über die Küfacrew, Seenotrettung hin zu Bildungs- sowie Gewerkschaftsarbeit und anderes.⁸ Wer für sich entschieden hat, dass Haft aufgrund von politischen Aktionen nicht allzu tragisch und deshalb einzugehen ist, herzlichen Glückwunsch. Das macht die Person aber um keinen Deut cooler oder wichtiger, als diejenige, die sich an anderen Organisationsversuchen beteiligen.

Diese Trennung zwischen coolen Straftaten und langweiliger „legalistischer“ Praxis bei Domhöver, ist infantil wie nur was. Linksradikale Praxis kann sich nicht nur um das Einhauen von Fensterscheiben drehen. Angesichts dieser Herangehensweise wundert uns auch nicht, dass Domhöver an einem bestimmten Punkt von den Aktionen, an denen er teilnahm, ernüchtert war. Er hatte wohl den Eindruck, dass die Aktionen viel weniger wirksam gewesen sind, als er vorher annahm. Als wären ein paar verhaute Neonazis allein die Lösung für den Rechtsruck in der BRD. Gerade die Trennung in die eine und die andere Seite sorgen für die Isolation militanter und klandestiner Organisation, wo sie eigentlich mit anderen Formen des Widerstands zusammen kommen müssten. Stattdessen schlagen sie den Irrweg einer militaristischen Logik ein, bei der es nur noch darum geht, dem Feind noch krassere Verletzungen und Schäden zuzufügen.

Angst vorm Knast

Domhöver scheint große Angst vor Knast und anderer Repression gehabt zu haben. Wer für sich entschieden hat, unter keinen Umständen im Knast landen zu wollen, die*der hat verdammt nochmal auch nichts in Zusammenhängen verloren, die eine entsprechende Politik forcieren. Repression ist dafür die logische Folge und wenn's hart auf hart kommt, müssen alle Beteiligten dafür einstehen wollen. Es geht nicht darum, Superheld*innen herbei zu fantasieren: natürlich spielen Angst und Unsicherheit immer eine große Rolle und niemand ist davor gefeit.

Beziehungsweise, gerade denen, die meinen ihnen könnte nichts was anhaben, begegnen wir lieber mit großer Vorsicht. Also sollten wir uns damit auseinandersetzen, wo Ängste bestehen und wie wir ihnen gemeinsam begegnen können.

Die gegenseitige Versicherung, dass es weiter geht, auch wenn die Bullen mal einen Erfolg haben; dass die Begründung für Aktionen nicht wegbricht, nur weil mal was schief geht, ist ein besserer Schutz gegen Repression, als die akribische, technische Vorbereitung. Solche Auseinandersetzung würden wir als Sorge füreinander bezeichnen und die sollte in Zusammenhängen eine große Rolle spielen!⁹

Hingegen sind wir uns ziemlich sicher, dass wer dabei ist, weil's cool ist, ne Hassi aufzuziehen und ein paar Fäuste zu verteilen, hohe Gefahr läuft, dort zu landen, wo Domhöver jetzt sitzt: als Verräter im Zeugenschutzprogramm. Und sowas muss vorher geklärt werden: sind die Leute dabei, weils ihnen um die politische Auseinandersetzung geht? Wissen alle, warum was gemacht wird und mit welchem Ziel? Oder sind die Leute dabei, weil sie „zu den Krassen“ gehören möchten? Es geht nicht um Coolness, einen kriminellen Lifestyle oder Streetcredibility!

Diese Abwägung zu treffen beinhaltet logischerweise auch, dass bestimmte andere Sachen nicht mehr gehen. Vielleicht hab ich unter Drogeneinfluss nicht immer alle Sinne beisammen und quatsche zu viel. Dann muss ich das lassen, wenn ich Aktionen machen will. Vielleicht werde ich in Zusammenhängen, die öffentlich stark präsent sind, zu auffällig für die Bullen. Das gefährdet anderen Kram, von dem sie nix wissen sollen. Das sind die Rahmenbedingungen von Klandestinität. Aber, und das ist unser letzter Punkt dazu, das darf sich niemals so auswirken, wie Domhöver sich selbst vor Gericht geschildert hat. Die Auseinandersetzung mit Politik hatte er weitgehend aus seinem Alltag gestrichen. Aber der ganze alltägliche Kram, vom Spülbecken bis zum Schreibtisch, ist politisch. Es gibt keinen Ort, an dem wir den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung ausklammern können. Das ist so essentiell wie einfach. Unsere Auseinandersetzung muss sich immer auf all das richten. Nur mal Action machen gehen, reicht nicht.

Tagsüber ein spießiges Leben führen und Nachts die Konfrontation mit den Bullen suchen, so ähnlich wie Domhöver seinen Lebensstil geschildert hat, erscheint uns zumindest ziemlich gewagt. Da zeigt sich die nächste Trennung in seinen Aussagen, diesmal nicht zwischen militant und friedlich, sondern von politisch und privat. Als hätte es die letzten 50 Jahre feministischer Politik nicht gegeben.

Anworten auf Verrat und sexualisierte Gewalt?

Die Reaktionen auf das publik werden, dass Domhöver nun mit den Bullen zusammenarbeitet, waren verständlicher Weise hasserfüllt. Auch uns, die ja in der komfortablen Zuschauer*innenrolle stecken, kommt die Galle hoch bei der Vorstellung, ein langjähriger Mitstreiter könnte zu den Bullen gehen. Nach allem, was davor aber schon klar war – Vergewaltigung, Bedrohung, Erpressung gegen die eigenen Genossinnen – ist sein Überlaufen zu den Bullen nur folgerichtig. Wie oben schon ausgeführt, halten wir Domhöver für einen rückgratloses Arschloch. Doch wir wollen ihn nicht als einen außergewöhnlichen Einzelfall hinstellen.

Es gibt genug Genoss*innen, die ähnlich ticken, wie wir Domhöver oben beschrieben haben: mit großer Fresse und nix dahinter. Genoss*innen, die sich einbilden, ihr Privatkram hätte nix mit Politik zu tun. Genoss*innen, die mit den Bullen reden.¹⁰ Und auch Genoss*innen die sexualisierte Gewalt ausüben. Insofern zeigt uns Domhöver erneut, dass es keine Szenestandard gibt, die alle nur auswendig lernen müssten, um bessere Menschen zu sein. Stattdessen müssen wir immer und immer wieder in die Auseinandersetzung gehen, unsere Grundsätze verteidigen, diskutieren und verbreiten.

Wir wollen, dass Gruppen, Strukturen und Einzelpersonen Verantwortung für den derzeitigen Totalschaden im Antifa Ost Verfahren übernehmen. In unserer Wahrnehmung hat das Verfahren und alles drum herum, extrem viel Lähmung, Resignation und wenig Erfreuliches hervor gebracht. Es liegt an den Personen, die ihn kannten und die mit Domhöver Politik gemacht haben, sich dieser Verantwortung zu stellen. Für den verbockten Mist grade zu stehen, sollte ein wichtiger Aspekt im Leben sein! Explizit fordern wir das von Menschen, die sich in der Causa Domhöver vorwerfen müssen, seine sexualisierte Gewalt verteidigt, gedeckt und relativiert zu haben. Domhöver, der sich hübsch individuell aus der Scheiße ziehen wollte, indem er bei den Bullen vorsprach, setzen wir eine kollektive Organisation entgegen. Letztlich geht es darum, Gruppen, Strukturen und Zusammenhänge zu ersinnen, die sich kollektiv der ganzen Scheiße entgegen stellen, ohne Einzelne unterzubuttern.

Es hilft nicht weiter, jetzt nur mit erhobenem Zeigefinger durch die Gegend zu rennen, sondern wir müssen gemeinsam verhindern, dass es zum nächsten Outcall kommen muss. Das schaffen wir nur, in dem wir langfristig unsere Gruppen und Strukturen verändern. Ein Merkmal der Diskussionen um sexualisierte Gewalt ist ihre ausgesprochene Kurzweiligkeit. Ein paar Wochen, manchmal auch ein paar Monate drehen sich alle um den*die Täter*innen und empören sich nach bestem Wissen. Immer wieder wird den Täter*innen Gewalt als Rache angedroht, wie das auch bei Domhöver der Fall war. Dann herrscht erneut Friedhofsruhe. Dieser Ablauf ist nicht nur der allgemeinen Aufmerksamkeitsspanne geschuldet, sondern kann auch als Teil patriarchaler Abwehr analysiert werden. Wer vom patriarchalen Ist-Zustand profitiert, hat, ob bewusst oder unbewusst, auch ein Interesse daran, dass sich nicht allzu viel verändert.¹¹

Um dieser Kurzweiligkeit zu begegnen, brauchen wir eine langfristige Auseinandersetzung mit patriarchaler Unterdrückung, Strukturen, die diese Auseinandersetzung einklagen können, und proaktive Absprachen zum Umgang mit sexualisierter Gewalt. Nicht erst, wenn es zu spät ist, sondern schon bevor Übergriffe passieren, sollten wir uns austauschen. Dass sie passieren, ist leider alltäglich. Das zu begreifen, hieße, sich nicht auf die Seite der „Unfehlbaren“ zu schlagen, sondern einen Umgang zu entwickeln damit, dass die meisten Menschen – allen voran die meisten cis-Männer – im Laufe ihres Lebens die Grenzen anderer überschreiten und sexualisierte Gewalt ausüben.

Weil die meisten Übergriffe von cis-Männern ausgehen, muss auch die Bewegung aus dieser Richtung kommen. Betroffene und ihre Unterstützer*innen können noch so sehr anklagen, fordern und sich abgrenzen, sie können den patriarchalen Status Quo nicht beenden, wenn sich nicht die andere Seite bewegt. Ein Anknüpfungspunkt hierfür könnte die

profeministische Männerbewegung sein, die sich bspw. rund um den Männerrundbrief¹² in der 1990er Jahren entwickelte. Sich zu bewegen, hieße für cis-Männer also ein wenig Extraarbeit auf sich zu nehmen . . .

- Gruppen bilden zur Auseinandersetzung mit den eigenen Männlichkeiten
- Räume denen überlassen, die vom Patriarchat permanent (negativ) betroffen sind
- die eigene feministische Bildung forcieren
- andere cis-Männer in die Verantwortung nehmen und Auseinandersetzung und Kritik aussprechen

. . . um Flinta* ein wenig Extraarbeit zu ersparen.

Gleichwohl wünschen wir uns als Gruppe aber, dass die Auseinandersetzung mit dem Patriarchat nicht zur immer kleinteiligeren Aufspaltung anhand identitätspolitischer Linien kommt. Wir brauchen auch die Räume, in denen wir alle gemeinsam streiten, diskutieren und aktiv werden.

Wo es keine gefestigten feministischen Gruppen gibt, kein feministisches Verständnis sozialer Zusammenhänge und keine feministische Herrschaftskritik, da können cis-Männer, respektive Arschlöcher, weiter ihre patriarchalen Bündeleien durchziehen. Dieses Verhalten wird der Grund für den nächsten Outcall sein.

Der Kampf gegen das Patriarchat heißt auch immer Kampf gegen den Kapitalismus. Eine befreite Gesellschaft beinhaltet alle Menschen.

ermittlungsausschuss dresden

1 Ankündigung auf der Seite der Gerichte: https://gerichte.thueringen.de/media/tmmjv_gerichte/Oberlandesgericht/Aktuelles/Verhandlungstermine/Dokumente/pressemitteilungen_lgmgn_02-23.pdf

2 Die Aussage Domhövers zu glauben, heißt belogen zu werden. Ganz offensichtlich sollten wir seinen Aussagen mit Misstrauen begegnen. In diesem Sinne berichten wir hier, was er vor Gericht ausgesagt hat und bewerten es für uns. Offensichtlich gibt es zu jeder seiner Aussage auch eine andere mögliche Deutung. Außerdem können wir natürlich gar nicht einordnen, wie sein jetziges Auftreten sich mit seinem früheren Verhalten deckt oder nicht, wie er sich entwickelt hat und so weiter. Für eine ausführliche Darstellung der Aussagen des Kronzeugen Domhöver und der Tatkomplexe verweisen wir auf die Berichte 60 bis 63 und 66 bis 70 des Solibündnis Antifa Ost. Wir wissen leider noch nicht, wann sie, aber, dass sie erscheinen werden.

3 Dazu der Text „Zum Sexualstrafverfahren gegen den Kronzeugen Johannes Domhöver“ <https://de.indymedia.org/node/212459>

4 Zum § 129a Verfahren FFM/Leipzig: <https://www.129a.info>

5 Vgl. Abschnitt Tatkomplex Eisenach II“ im Zwischenstandsbericht des Bündnis Soli Antifa Ost <https://www.soli-antifa-ost.org/zwischenstand-03-22/>

6 Infos zu Leon Ringl findet ihr hier: <https://www.soli-antifa-ost.org/neonazis/>

7 Vgl. Pressemitteilung der Verteidigung zum Prozessauftritt: <https://www.soli-antifa-ost.org/pressemitteilung-der-verteidigung-der-angeklagten-im-antifa-ost-verfahren-zum-prozessauftritt-am-08-09-2021/>

8 Auch Gewerkschafter*innen oder Seenotretter*innen gehen aus guten Gründen und in vollem Bewusstsein für das was sie da tun in den Knast, schon klar. Noch lassen die verbrieften bürgerlichen Rechte in Deutschland bestimmte Organisationsformen in Gruppen und Gewerkschaften zu. Das kann sich ändern und dann sind auch für alle anderen Militanz und klandestine Organisation an der Tagesordnung. Sich mit dieser Konsequenz auseinanderzusetzen steht darum für alle an!

9 „Let’s take care of each other, so we can be dangerous together.“ – Aufruf Tag X Leipzig
<https://knack.news/4616>

10 Ein paar traurige Lehren aus der Schweiz: <https://barrikade.info/article/4348>

11 Ganz hübsch wird dieses Phänomen hier diskutiert: <https://soundcloud.com/black-mojito/keine-sicheren-raume-diskussion-about-blank> und auch https://www.mixcloud.com/MONALiesA_Leipzig/keine-sicheren-r%C3%A4ume-fight-law-and-order-und-wie-wehren-wir-uns-gegen-sexistische-gewalt/

12 Der Männerrundbrief war eine Zeitung aus autonomen, kritischen Männlichkeitsgruppen der 1990er Jahre
<https://maennerrundbrief.noblogs.org/>

Unziviler Gehorsam

Postfaktische Entwicklungen bei der IL

Im Juli 2022 outete die bundesweite Interventionistische Linke (IL) ein ehemaliges Kölner IL-Ortsgruppenmitglied C als Täter sexualisierter Gewalt. Dem Beschuldigten wurde vorgeworfen, nach einvernehmlichen Sex heimlich gemachte Nacktbilder der Betroffenen X in einer misogynen Chatgruppe geteilt zu haben.¹ Der Beschuldigte bestreitet überhaupt Bilder gemacht geschweige denn geteilt zu haben. Wie am 15.1. durch den Blog „Gegendarstellung“ bekannt wurde, basierten diese Vorwürfe auf manipulierten Emails², die die Betroffene X auch dem Landgericht Düsseldorf in einem (durch den Beschuldigten) angestregten zivilrechtlichen Verfahren als Beweismittel eingereicht hat. Die mutmaßlich von einer anonymen Zeugin *jennifer.hills@skymail.de* geschriebenen Emails waren die Grundlage für die Vorwürfe gegen den Beschuldigten.

- Drei unabhängige Recherchegruppen kommen zu dem Ergebnis, dass die Kontaktaufnahme dieser bislang einzigen Zeugin mit M einem langjährigen Mitglied der IL Düsseldorf nicht stattgefunden haben kann – sie ist plump gefälscht. Auch die weiteren von der Betroffenen X vorgelegten Emails dieser anonymen Zeugin weisen technische wie logische Unstimmigkeiten auf.
- Am 23.1., also eine Woche nach der Veröffentlichung der Recherche-Ergebnisse legt der Anwalt der Betroffenen X sein Mandat nieder. Eine Quelle aus Düsseldorf teilt uns mit, dass ihr Anwalt die ganze Geschichte nicht mehr vertreten könne.
- Am 7.2. teilt die IL mit, dass die aufgedeckten Fälschungen lediglich „technische“ Inkonsistenzen seien und keinen Einfluss auf die ungebrochene Solidarität mit der Betroffenen X haben. Hinter den Kulissen streitet die IL jedoch um die Berechtigung eines so weitreichenden Outings auf der Basis von gefälschten Indizien.

Mehr Fragen als Antworten

Mit ihrem Statement vom 7.2. verteidigt die IL ihr Vorgehen gegen die auf dem Blog „Gegendarstellung“ geäußerte Kritik. „Wir sind den Schritt des Outings nicht leichtfertig gegangen und uns unserer Verantwor-

tung bewusst,“ heißt es in der Stellungnahme der IL. Und weiter: „Die gezogenen Schlüsse, die einzig der Entlastung des Täters dienen sollen, können auf Basis der dargestellten Informationen nicht belegt werden.“ Dennoch gibt auch die IL zu, dass die technischen Inkonsistenzen eines E-Mail-Headers bisher nicht erklärlich seien. Angekündigt wird daher „eine Untersuchung unter Einbindung Externer durchzuführen und sämtliche Aspekte unvoreingenommen zu bewerten.“ Auf die von der Recherchegruppe k3 gestellte Frage, warum vor der Veröffentlichung des Outings alle Angebote für eine solche Untersuchung abgelehnt wurden, geht die Stellungnahme nicht ein.³

Insgesamt lässt die Stellungnahme der IL mehr Fragen offen als sie beantwortet. Weiterhin unklar ist, wer an der dilettantischen Fälschung der Emails beteiligt war, wer davon wusste und ob neben dem Schutz der Betroffenen auch persönliche Konflikte oder interne Machtkämpfe bei der Entscheidung für das Outing eine Rolle gespielt haben.

M gibt vor, die Kontaktaufnahme-Mail der anonymen Zeugin „Jennifer Hills“ auf seinem Büro-mailaccount erhalten zu haben. Das ist jedoch gemäß der drei unabhängigen IT-Analysen absolut ausgeschlossen: Diese Mail ist nicht über das Internet gegangen, sie ist frei erfunden und in die optische Form einer (schlecht gefälschten) Email gegossen worden. Wer könnte also ein Interesse haben, die bislang einzige Zeugin dieses Männernetzwerkes zu faken um C als Täter persönlich wie politisch zu diskreditieren? M ist immerhin der Ex-Partner der Betroffenen X und als bekennender Stalinist sicher kein enger Weggefährte von C innerhalb der IL.

Solidarische Parteilichkeit

Das Prinzip der solidarischen Parteilichkeit mit den Betroffenen von sexualisierter Gewalt wurde ursprünglich im feministischen Konzept der Definitionsmacht entwickelt. Auch der von der IL selbst erstellte und im Kölner ‚Fall‘ angewendete Leitfaden⁴ zum Umgang mit sexualisierter Gewalt basiert darauf. Das Prinzip besagt, dass einzig die betroffene Person selbst eine Tat als sexualisierte Gewalt definieren kann und alle übrigen Beteiligten eine politische Verpflichtung haben, parteilich mit dieser Darstellung der Betroffenen zu handeln. Das Konzept ist eine

Reaktion darauf, dass unter patriarchalen Verhältnissen, den meist weiblichen Betroffenen oft nicht geglaubt wird und es insbesondere in Gerichtsverfahren sehr schwierig ist, Straftaten nachzuweisen. Ziel der Intervention durch das Konzept ist es, Betroffenen zu ermöglichen, über erfahrene Gewalt zu sprechen sowie die erforderliche Anerkennung für das erlebte Unrecht und praktische Unterstützung in seiner Bewältigung zu erhalten.

Die IL schreibt in ihren Stellungnahmen, dass die Tat „ohne Wissen der Betroffenen“ stattgefunden habe. Dennoch wendete die IL ihren Leitfaden hier völlig schablonenhaft und inadäquat an. *Informationen einer anonymen Quelle sind nicht Teil der eigenen Wahrnehmung und müssen daher geprüft werden.* Auf tumblr kritisiert die Recherchegruppe k3, dass etwa die Aussage der einzigen bislang bekannten und selbst nicht-betroffenen anonymen Zeugin „Jennifer Hills“ nicht überprüft worden sei.⁵ Dieses Vorgehen ist mit solidarischer Parteilichkeit nicht zu erklären. Schließlich konnte zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen werden, dass die Betroffene selbst durch die Zeugin über die Existenz der Chatgruppe getäuscht wurde. Weitere Untersuchungen wären auch deswegen angezeigt gewesen, weil es eine einmalige Möglichkeit gegeben hätte, weitere Täter zu identifizieren und Betroffene zu warnen. „Dies hat die IL nicht nur versäumt, sondern offensiv verweigert,“ kritisiert die Gruppe k3. Und von mehreren Tätern musste nach den Emails von „Jennifer Hills“ vom Januar 2022 (bis zur Enttarnung als Fälschungen ein Jahr später) ausgegangen werden: „Dauertests“ und „Belastungstests“ sowie „spontane Hausbesuche“ seien in einigen Städten geplant. Es ging also nicht um eine Bedrohung durch einen Einzeltäter, sondern um organisierte sexualisierte Gewalt einer überregionalen Männergruppe.⁶

Das Postfaktische als Grenze linker Politik

„Eine solche Veröffentlichung ist politisch erschütternd, weil sie den Fokus einzig und allein auf das vermeintlich Wissenschaftliche und Technische rückt,“ stellt die IL in ihrer aktuellen Stellungnahme in Bezug auf die Gendarstellung fest. Allein unter der Prüfung von technischen Details werde versucht, einen Fall sexualisierter Gewalt zu verhandeln. Und weiter heißt es: „Die Argumentationsebene gibt einen absoluten Wahrheitsanspruch auf Basis von Expert:innenwissen vor, was eine völlige Entpolitisierung des Falls zur Folge haben soll.“

Diese Ausführungen entziehen dem feministischen Kampf für die Betroffenen von sexualisierter Gewalt seine objektive Grundlage und machen ihn so zu einer völlig beliebigen Entscheidung. Denn es gibt keinen Grund, warum das wissenschaftsfeindliche Argument, den Fakt der Fälschung im eigenen politischen Handeln ignorieren zu können, nicht auch für die objektiv bestehenden patriarchalen Verhältnisse selbst gelten sollte.

Benötigt der ‚politische‘ Umgang der IL eine genügend große Wahrheitsunschärfe um das Outing von C weiter krampfhaft aufrecht zu halten? Die nachweislich gefälschte Kontaktaufnahme der bislang einzigen Zeugin „Jennifer Hills“ mit M soll ernsthaft ein zu vernachlässigendes technisches Detail sein? In der Begründung für das Outing schrieb die IL noch es gäbe „eindeutige Beweise“ dafür, dass C Täter sei, dann stellt sich heraus die Beweise sind gefälscht und nun sind Beweise nicht mehr wichtig.

Dieser Übergang zum Postfaktischen (mit Fälschungen und Unwahrheiten Politik machen) ist die Basis der machtpolitischen Diskurs- und Medienstrategien rechter Kräfte wie Donald Trump. Hier werden Wahrheiten rein diskursiv hergestellt; der faktische Kern wird dem machtpolitischen Gerangel um Reichweite und damit Deutungshoheit geopfert. Die alternative Fakten sollen dabei keine alternative Parallelwelt erschaffen, sondern dienen vielmehr als destruktive Nebelkerzen in einer polarisierten Debatte.

Als Grundlage linker Politik taugt das Postfaktische nicht. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich sogar um die Abkehr von emanzipatorischer Politik, deren Kern darin besteht, Bedingungen zu schaffen, in denen Menschen sich informieren und unterschiedliche Perspektiven diskutieren, um eigenständig Positionen zu erarbeiten und schließlich „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist,“ wie Marx es ausdrückte.

Linker Gehorsam und Strafe

In der zweiten, kurz nach dem Outing im Juli 2022 gemachten, Veröffentlichung der IL hatte diese ihr Vorgehen dahingehend gerechtfertigt, dass es ihr nicht um eine Bestrafung des Täters, sondern um den Schutz der Betroffenen gegangen sei. Angesichts der schwerwiegenden Konsequenzen des Outings, das nicht nur das Leben des Beschuldigten und seiner Familie massiv beeinträchtigt, sondern auch jahrelang aktive politische Gruppen zerstört hat,⁷ ist diese Darstellung eine grobe Verharmlosung. Anstatt die Gewaltförmigkeit und den darin auch vorhandenen Strafcharakter von Schutzmaßnahmen, wie Outings, auf ihre Angemessenheit zu hinterfragen, wird im Sinne der feministischen Parole „das Private ist politisch“ ein totaler und unkontrollierter Zugriff der linken Politgruppe auf das Leben der Einzelnen gerechtfertigt – ohne Mechanismen, Beschuldigte vor Willkür schützen. Der von der IL in den sozialen Medien etablierte Hashtag *#konsequenzenfuerC*, wobei C im Original der Name des Beschuldigten ist, macht die eigene Aussage, dass nicht Strafe sondern Schutz das alleinige Motiv gewesen sei, nicht glaubwürdiger.⁸ Insbesondere, die von der Recherchegruppe k3 kritisierte Weigerung der IL, sich an der Suche nach der misogynen Chatgruppe zu beteiligen und der Spur der (einzigen) Zeugin nachzugehen, lassen uns am vorgeblichen Schutzinteresse zweifeln.

Emanzipation braucht Austausch

Es gibt keine autoritäre Abkürzung zur Schaffung sicherer Räume für Betroffene. Parteilichkeit und Solidarität können nicht einfach von einer Unterstützungsgruppe angeordnet werden, sondern sind der Kern des feministischen „Kampfs um die Köpfe und Herzen der Menschen.“ Wer eine Veränderung der unerträglichen patriarchalen Zustände anstrebt, kommt an den – mitunter schmerzhaften – Auseinandersetzungen mit den beteiligten Menschen nicht vorbei.

In nicht-linken Communities wurden längst andere Konzepte zum Umgang mit sexualisierter Gewalt entwickelt, wie *community accountability* und *transformative justice*. Auch diese Konzepte machen das subjektive Empfinden der Betroffenen zum Ausgangspunkt des politischen Handelns. Denn dieses Empfinden darf nicht negiert werden. Anders als das

ursprüngliche Definitionsmachtkonzept stellen die genannten neueren Konzepte, die maßgeblich von Flinta entwickelt wurden, die auch stark von staatlichem Rassismus betroffen sind, eine gemeinsame Auseinandersetzung der Community ins Zentrum. Sie überlassen diese nicht einer Expert:innengruppe, sondern haben das Ziel Prozesse kollektiver Veränderung jenseits von individualisierender Strafe anzustoßen. Die Einbeziehung der Community, also des Umfelds in dem ein Übergriff stattfindet, erfordert dabei fast immer eine wesentlich größere Flexibilität und Anpassung an die Besonderheiten des jeweiligen Falls als dies im an Definitionsmacht orientierten Leitfaden der IL vorgesehen ist. Meinungsverschiedenheiten sind bei der Suche nach besseren Konzepten zum Umgang mit sexualisierter Gewalt, die sowohl Solidarität mit den Betroffenen als auch Schutz vor Willkür für die Beschuldigten ermöglichen, nicht hinderlich, sondern Voraussetzung für das Entstehen neuer Ideen. In diesem Sinne ist auch das Verhalten der linken Medienplattform Indymedia problematisch. Dort sperrte das Moderationskollektiv über eine Woche die „Gegendarstellung“ zum Outing und ergriff in der nachträglichen Begründung einseitig Partei für das Vorgehen der IL – reduziert auf eine Glaubensfrage und alleinig begründet durch eine angebliche ‚Glaubwürdigkeit‘ der IL.⁹

Kritische Kommentare zu diesem politisch untauglichen Moderationsstatement wurden ebenfalls gelöscht. Wir haben die Löschungen zur Nachvollziehbarkeit archiviert.¹⁰ Sechs weitere Statements von Flintas aus Köln zum IL-Outing wurden ebenfalls gelöscht.¹¹

Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wie wir als Lesende und Schreibende auf indymedia mit dieser Strategie des *coolings* von Kontroversen umgehen wollen. Damit meinen wir die temporäre oder gar permanente Unsichtbarmachung im *openposting* (ohne Verstoß gegen Moderationskriterien) bis eine politische Auseinandersetzung an Tagesaktualität verloren hat – also heruntergekühlt ist. Es kann nicht vom Parteibuch (IL-Zugehörigkeit) der jeweiligen Moderator:innen abhängen, ob gelöscht wird oder nicht. Das Niveau des Statement der Indymedia-Moderation gibt leider keinen Grund zur Hoffnung auf eine interne Lösung des Problems.

Auch *tumulte.org* löscht auf Druck der IL Bremen nach wenigen Tagen die Veröffentlichung der Gegendarstellung, stellt zumindest ein Statement zur Löschung und zum Outing der IL in Aussicht.¹² Die IL Hannover hat ebenfalls versucht, Einfluss auf das Autonome Blättchen zu nehmen, in dem sie jegliche weitere Debatte um das IL-Outing zu einer aktiven Beteiligung am Täterschutz erklärt. Da ihr diesen Text gerade lest, war zumindest diese Intervention erfolglos.

Statt die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu verschleiern sollten wir linke Räume schaffen, in denen solidarisch miteinander gestritten und voneinander gelernt werden kann. Die Reduktion einer Debatte auf die beiden autoritär zugewiesenen Pole ‚unhinterfragbare Solidarität‘ (zur Not auch postfaktisch) oder ‚Täterschutz‘ wird dem

Anliegen der Emanzipation nicht gerecht und muss als antifeministische Praxis kritisiert werden.

Fragen an die IL

Gern hätten wir Euch folgende Fragen unter Ausschluss der Öffentlichkeit gestellt. Leider habt ihr seit nunmehr neun Monaten jegliche Antwort verweigert. Diese Form des politisch-strategischen Mauerns wollen wir nicht länger hinnehmen. Anders als ihr wahren wir weiterhin die Anonymität der Beteiligten.

- Habt ihr trotz mehrfacher Aufforderung zur Überprüfung (bereits vor dem Outing)¹³ die Fälschung der Emails bis zur Enttarnung im Januar 2023 nicht bemerkt? Seid ihr also von Eurem Mitglied M der IL Düsseldorf getäuscht worden?
- Warum deckt ihr die nunmehr enttarnte Täuschung mit Eurem apolitischen und kontrafaktischen Statement vom 7.2.23?
- Geht ihr davon aus, dass sich die massiven und weiter wachsenden Zweifel innerhalb der IL an der Berechtigung des Outings per Zwang zur Geschlossenheit dauerhaft wegdrücken lassen? Welchen Weg der Auflösung, Schadensbegrenzung und Verantwortungsübernahme bietet ihr an?

Eine der drei Recherchegruppen

1 <https://outing-koeln.org/>

2 <https://gegendarstellungouting.wordpress.com/aufgedeckt-kolner-il-outing-basiert-auf-gefalschten-beweisen-und-falschen-behauptungen/>

3 <https://k3-2022.tumblr.com/post/707397097580904449/statement-zu-den-aktuellen-entwicklungen-des>

4 <https://interventionistische-linke.org/leitfaden>

5 <https://k3-2022.tumblr.com/post/708727959890100224/betroffene-unterst%C3%BCtzen-kollektiv-verantwortung>

6 Die von der Betroffenen X vorgebrachten Emails der anonymen Zeugin „Jennifer Hills“ an M und X liegen uns vor.

7 <https://k3-2022.tumblr.com/post/707397097580904449/statement-zu-den-aktuellen-entwicklungen-des>

8 https://twitter.com/inter_linke/status/1547301452829364225

9 <https://de.indymedia.org/node/253466>

10 https://web.archive.org/web/2023000000000*/https://de.indymedia.org/node/253466

11 <https://feministischeperspektiven1.wordpress.com/>

12 <https://tumulte.org/2023/01/articles/artikel-zum-k%C3%B6lner-il-outing-vor-erst-offline/>

13 Die Email einer IT-Recherchegruppe an die Ansprechgruppe der IL vom 30.6.22 liegt uns vor. Darin weisen die Autor:innen auf die Notwendigkeit einer detaillierten Überprüfung der Chat-Abschriften der externen Zeugin hin und bieten dazu externe Hilfe an.



Zum Outing durch die IL

Im Juli 2022 outete die IL ein Mitglied, das sexualisierte Gewalt ausgeübt hat, indem es nach einvernehmlichem Sex mit einer FLINTA heimlich intime Fotos gemacht und diese zusammen mit Beschreibungen sexueller Handlungen und sexistischen Einschätzungen in einer Chatgruppe geteilt haben soll. Wir haben darüber in unserer gemischtgeschlechtlichen Gruppe viel geredet, weil wir nicht einig sind. Das betrifft ganz Grundlegendes und geht so weit, dass ein Teil von uns die Bezeichnung Täter nutzen will, andere nicht.

Unsere Positionen und Unsicherheiten wollen wir hiermit teilen, um zu einem gemeinsamen solidarischen Lernen beizutragen. Wir sind dankbar über den öffentlich zugänglichen Leitfaden im Umgang mit sexualisierter Gewalt innerhalb der IL. Der auf Parteilichkeit basierende Leitfaden ist Resultat von Erfahrungen und hilft Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Er legt außerdem dar, dass in der IL unterschiedliche Auffassungen diskutiert werden, dass Äußern von Zweifeln einen Platz hat und dass das Risiko falscher Anschuldigungen besteht, aber die absolute Ausnahme ist. Uns half der Leitfaden, weil wir als kleine Gruppe gar nicht die Kapazitäten hätten, einen solchen für uns zu erarbeiten. Wir konnten auf Grundlage des Leitfadens diskutieren, Details vereinfachen und uns auf ein Verfahren für unsere Gruppe verständigen. Das hat uns gezeigt, dass große Organisationen wie die IL Orientierung vorgeben. Oft bestimmen sie damit Inhalt und Stil politischer Aktivitäten auch über die eigene Organisation hinaus. Das hat Gutes, aber auch Schlechtes.

Zu den Nachteilen gehört, dass vieles determiniert wird und dadurch alternative Praxen kaum mehr sichtbar werden oder ganz fehlen. Andererseits erlaubt der Leitfaden auch unterschiedliche Vorgehensweisen. Die IL schreibt, dass es sich um einen Leitfaden und nicht um eine Bedienungsanleitung oder schematische Handlungsanweisung handelt. Wir hätten auf seiner Grundlage im aktuellen Fall anders gehandelt als die IL. Das werden wir nachfolgend begründen. Bis Sommer 2022 war von der IL kaum etwas zu hören und ihr Facebook Konto war verweist. Dann kam das Outing. Sexualisierte Gewalt in der eigenen Gruppe hat

jetzt auch die IL getroffen. Das war nicht überraschend und musste bei einer so mitgliederstarken Organisation irgendwann passieren. Wir finden es unerlässlich sich an die Seite der von sexualisierter Gewalt Betroffenen zu stellen und senden ihr Kraft und Solidarität. Wir fanden den Schritt, schnell zu reagieren richtig. Wir wissen, dass sexualisierte Gewalt in einer Gruppe oft Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit und Misstrauen und Vertrauensverlust mit sich bringt und ebenso die Gefahr von Austritten und Spaltungen. Trotz dieser Umstände hat es die IL geschafft, sich intern zu verständigen und ansprechbar zu sein. Die gelobte Schnelligkeit hat auch eine Schattenseite. Die IL ist nach außen selbstsicher aufgetreten ohne die Komplexität und eigene Unsicherheiten und Widersprüche einzugestehen. Das, was wir von der IL lesen können, ist für die Öffentlichkeit bestimmt. Deshalb wissen wir aktuell nichts über ihre internen Kontroversen und Entwicklungen und Fehler, obwohl sie lehrreich wären. In der Eile läuft nicht alles perfekt und manches bleibt unbedacht. Auf Grundlage dieser solidarischen Vermutung formulieren wir nachfolgend Fragen und Einschätzungen. Sie richten sich nicht nur an die IL, sondern an alle linken Gruppen. Wir hoffen damit zu einer solidarischen Diskussion beizutragen, die uns alle klüger werden lässt. Klarheit kann aufgekommene Zweifel ausräumen.

Anonyme Quelle und Chatgruppe

Zentraler Aufhänger des Outings war eine Chatgruppe. Hätte diese Gruppe nicht existiert, wäre das Outing in dieser Form nicht erfolgt. Die IL ist sicher, dass es diese Chatgruppe gab, in der sexistische Texte und Fotos und Daten von Frauen geteilt wurden. Sie hat aber nicht dargelegt, warum Texte und Fotos unbedingt in einer Chatgruppe und nicht als persönliche Nachricht übermittelt worden sind. Welche Belege gibt es dafür außer die anonyme Quelle, die Rückfragen nicht beantwortet? Fragen über die Glaubwürdigkeit und Grenzen einer anonymen Quelle, wie sie das autonome Blättchen im Dezember formuliert hat, stellen sich auch bei uns. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, dass die anonyme Quelle eigene Interessen verfolgt und fälscht. Warum aber schließt die IL aus,

dass diese Quelle die Unwahrheit sagt und dass die Informationen über andere Wege kommen? Wir beantworten diese Fragen wohlwollend: Die IL muss Informationen haben, die wir nicht haben, um zu diesem Schluss zu gelangen. Die IL hat die Geschichte nicht ausreichend dargestellt, weshalb die Erzählung des Täters greift und viele ihm glauben. Im Grunde vertrauen wir der IL ohne zu wissen warum sie weitere Informationen nicht teilen kann, obwohl mit den offenen Fragen die Zweifel wachsen werden. Deswegen wünschen wir uns, dass sich die IL dazu ausführlicher äußert.

Öffentliches Outing

Viele von uns stellen das Outing in der scharfen Form in Frage. Outings sind eine harte Maßnahme. Der Täter wird öffentlich gebrandmarkt und kann sein Leben lang unüberwindbare Schwierigkeiten haben. Seit dem Outing der IL gab es weitere Outings mit Namen und Fotos von Tätern. Auch dafür gab die IL unbeabsichtigt Orientierung, obwohl es auch andere gute Beispiele gab: Eine Gruppe hat einen Vergewaltiger Szeneintern geoutet. Eine andere Gruppe hat Täter aus den eigenen Reihen ausgeschlossen und lokal informiert. Wir halten es für falsch, auf sexualisierte Gewalt generell mit einem Outing zu reagieren und lehnen eine an Lynchjustiz erinnernde Praxis ab. Deshalb stimmen wir mit der IL überein, dass ein Outing das letzte Mittel bleiben muss. Die IL weiß von der Existenz der Chatgruppe und ist von weiteren betroffenen FLINTA deutschlandweit außerhalb der linken politischen Szene ausgegangen. Damit hat sie ihr öffentliches Outing begründet. Durch die Veröffentlichung von Name und Foto des Täters bekam es eine besondere Schärfe und ermöglichte sein juristisches Vorgehen gegen das Outing und die Gegenöffentlichkeit seiner Unterstützer:innen. Wir halten diese Eskalationsstufe bei Vergewaltigungen für angemessen. In diesem Fall halten wir das öffentliche Outing mit Namen und Foto im Verhältnis zu den Vorwürfen und den absehbaren Folgen für die Betroffene nicht für das richtige Mittel, außer die IL kann nachträglich ausführen, aus welchen Gründen es sich als aufklärend herausgestellt hat.

Konfrontation mit dem Täter

Die IL hat den Kontakt zum geouteten Mitglied abgebrochen, weil er die Vorwürfe abstreitet. Das reicht uns als Begründung des Kontaktabbruchs nicht aus. Warum wird der Täter nicht hartnäckig mit konkreten Fragen konfrontiert? Warum ist die IL bei der Täterarbeit an Grenzen gestoßen, die es zweifelsohne gibt? Wenn die Beschreibungen der sexuellen Handlungen, die von der anonymen Quelle an die IL weitergegeben wurden, objektivierbar sind und wenn ausgeschlossen werden kann, dass jemand Drittes die Handlungen beobachtet hat, dann muss das geoutete Mitglied eine Erklärung dafür geben können, warum die Beschreibungen kursieren. Hat er danach darüber kommuniziert? Mit wem? Eine Recherche ohne Veröffentlichung der Fotos, aus welcher Perspektive die Fotos aufgenommen wurden, wo die Fotokamera gewesen sein muss, warum die Fotos nur vom Täter gemacht werden konnten wird weitere Fragen aufwerfen, die Antworten von ihm verlangen und zur Aufklärung auch gegenüber seinen Unterstützer:innen beitragen. Nur die IL mit ihrem internen Wissen kann diese Fragen formulieren. Warum geht die IL nicht diesen Weg, um über die Chatgruppe und das Männernetzwerk aufzuklären? Wer hat Einfluss auf den Täter und wäre in der Lage ihm solche Fragen zu stellen? Weil der Täter die Vorwürfe abstreitet muss er

die offenen Fragen dazu beantworten können. Wenn er das nicht kann ist er delegitimiert.

Umgang mit Kritik

Wer sich für eine harte Maßnahme entscheidet, muss auch mit Kritik rechnen. Diese kam von der einschlägigen Aktivistin Rehzi Malzahn. Mit ihrer frustig und rotzig niedergeschriebenen Stellungnahme unter dem Titel Denken hilft warnt sie vor einem durch autoritäres Vorgehen und moralische Ansprüche drohenden Klima der Angst, in dem sich niemand mehr traut, eigene Kritik einzubringen. Kritik und Kritiker:innen werden oft schnell mit dem Täterschützer:innen Vorwurf weggewischt. Erfahrungsgemäß passiert das durch diejenigen, die einer Auseinandersetzung aus dem Weg gehen wollen. Dieses Vorgehen bringt auch solidarische Kritiker:innen zum Schweigen und verunmöglicht eine ehrliche Aussprache mit legitimen Fragen. Wir können das Gegenteil erreichen, wenn die IL auf inhaltlich fundierte Punkte aus Malzahns Text und aus dem autonomen Blättchen eingeht und erklärt, warum sie so und nicht anders gehandelt hat. Das würde die linke Debatte zum Umgang mit sexualisierter Gewalt inhaltlich weiterbringen. Uns stellen sich weitere Fragen allgemeiner Art, die wir noch nicht diskutiert haben. Uns würde interessieren, was andere Gruppen und auch die IL dazu besprechen: Wenn eine bekannte Organisation mit einem Fall sexualisierter Gewalt an die Öffentlichkeit geht, werden Medien darauf aufmerksam und nicht im Sinn der Betroffenen berichten. Wenn eine linksradikale Organisation Namen nennt, wird auch die Polizei mit Freude ermitteln. Wie kann ein Umgang damit aussehen, der für Betroffene nicht unangenehm wird?

Cis Männer und FLINTA in der IL

Auch cis Männer der IL sind in sexistische Verhältnisse und in überall existierende Gewaltstrukturen tief verwoben und kommen da nicht heraus. Sie waren jahrelang gemeinsam mit dem Täter unterwegs und haben mit ihm gesoffen und garantiert auch einmal einen sexistischen Spruch unwidersprochen stehen lassen. Wenn sie jetzt Chatgruppen verurteilen, in der Fotos von Frauen getauscht werden, ist das selbstgerecht. Welcher cis Mann der IL hat noch nie einen Porno gesehen, der unter Gewaltverhältnissen produziert wurde? Wir haben in vergleichbaren Fällen immer wieder das Bedürfnis von cis Männern erlebt, sich freizusprechen, indem sie den Täter verurteilen und aus der Gruppe ausschließen, um Ruhe zu haben und sich vor Täterarbeit zu drücken. Cis Männer agieren in solchen Fällen oft härter als FLINTA. Vor allem, aber nicht nur cis Männer handeln auch, um reinzuwaschen, dass so etwas in ihrer eigenen Gruppe passiert ist. Es geht dann schnell nicht mehr um Mitgefühl und Parteilichkeit mit den Betroffenen, sondern um sich als antisexistische Held:innen zu präsentieren und sich selbst gut zu fühlen und zu glauben, das Richtige getan zu haben. So drehen sie sich als autoritäre Narzisst:innen nur um sich selbst. Der Sexismus, den sie überwinden wollen, dient nur als Vorwand. Diesen Eindruck haben wir trotz gegenteiliger Bekundungen ganz stark auch bei der IL. Mitglieder und die Organisation stellen sich in den Mittelpunkt, inszenierten sich als eigentliches Opfer, weil sie aufgrund ihrer öffentlichen Stellungnahme angegriffen oder zensiert wurden. Das lenkt ab von dem, auf was sich die IL konzentrieren muss: Aufklärung und der Schutz der Betroffenen.

Der 3. Weltkrieg hat bereits begonnen

Man kann es als analytische Möglichkeit herleiten und man kann es auch mit ein wenig Gespür für die Wirklichkeit deutlich sehen: Der dritte Weltkrieg hat bereits begonnen – er wird für lange Zeit ein todbringender Begleiter sein. Dies ist ein bruchstückhafter Ausblick und ein Aufschneiden der bellizistischen Häppchen, die uns hingeworfen werden; ohne Verleugnung intuitiver Schlussfolgerungen.

Wir reden hier keiner Apokalypse das Wort. Wie Menschen mit den Katastrophen der Klimaveränderungen leben und sterben werden, so werden sie auch in einem globalen Dauerkrieg leben und sterben (Einzig ein eskalierter Atomkrieg wäre apokalyptisch – jedoch ohne Hoffnung auf Erlösung).

Dabei ändert jedes noch so düstere Szenario überhaupt nichts an dem, wofür wir kämpfen. Uns sollte aber langsam klar werden, dass sowohl die Folgen der Klimaveränderungen und der Biosphärenzerstörung, als auch die, teilweise mit ihm zusammenhängenden, kommenden Kriege die Bedingungen für unser Leben und Kämpfen setzen werden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, wenn wir uns dem lebenspraktisch und politisch nicht hilflos ausliefern wollen.

Was das konkret bedeuten kann, dazu versuchen wir in den nächsten Monaten immer mal wieder was zu schreiben. Zunächst wagen wir nur Annahmen.

Annahmen

Der 3. Weltkrieg wird nicht mit einer Kriegserklärung beginnen. Er wird sich einschleichen, als Dauerkriegszustand.

Der 3. Weltkrieg beginnt mit den Kämpfen um Wasser und Nahrung, die nicht mehr aufhören werden, so lange wir leben. Er beginnt mit dem Krieg gegen Flüchtlinge, denen das Klimachaos keine Lebensgrundlage mehr bietet – das wird nicht so schnell enden. Der nicht-endende Krieg beginnt mit dem Kampf der Konzerne und Staaten um die seltenen Rohstoffe – da sie endlich sind, wird dieser Kampf unter den Bedingungen der industriellen Zivilisation nicht aufhören. Der 3. Weltkrieg beginnt mit dem zunehmend verzweifelt werdenden Kampf um Technologien, die den zerbrechenden Ist-Zustand aufrechterhalten sollen. Der Krieg beginnt, wenn mehr als eine Großmacht denkt, sie könne ihre Interessen in dieser Gemengelage weltweit militärisch durchzusetzen.

Machen wir uns nicht vor. Der 3. Weltkrieg hat bereits begonnen. Der globalisierte Kriegszustand, wie er für Andere seit 500 Jahren Normalität ist, wird auch für uns normal werden. Der Krieg in der Ukraine bietet einen Vorgeschmack - und ist zugleich ein Auftakt des Grauens.

Schlafwandeln und Bewahren

Es gibt seltsamer Weise keine Kontinuität in den Erzählungen über Kriege. Weder in Hinsicht auf die Gründe, noch auf den Schrecken, den er bedeutet. Seit über 1200 Jahren ist Frieden in Europa eine Ausnahmezeit. Seit 500 Jahren richten europäische Soldaten weltweit Verhee-

rungen an. Zuerst sollte uns, die wir in Staatsgebilden leben, die ihre Kriege in letzter Zeit weit entfernt haben wüten lassen, bewusst werden, dass unsere Geschichte auch eine des Kriegs ist. Er war und ist für viele Menschen grausame Normalität. Trotzdem scheint die Möglichkeit eines Kriegs dieser Gesellschaft von Schlafwandlern nicht mehr denkbar, vorstellbar. Noch unsere Großväter wurde gezwungen in 2 Weltkriegen als Soldat zu kämpfen. Das ist nicht lange her. Aber jetzt tut man trotz aller aktuellen Alarmglocken so, als sei ein dritter nicht denkbar. Das ist doch verblüffend! Wir denken beim 3. Weltkrieg nicht zuerst an einen Einsatz russischer Atomwaffen, sollte die Elite der Russischen Föderation Panik kriegen - obwohl diese Entwicklung denkbar ist. Wir denken an einen dauerhaften globalen Kriegszustand bis zum Ende der industriellen Zivilisation. Dabei mag es immer wieder so aussehen, als handelte es sich um eine Reihe unabhängig voneinander entstehender staatlicher Konflikte. Rückblickend wird man feststellen können, dass es sich um eine einzige historische Phase des Kriegszustandes handelt, die gerade beginnt. Ein dritter Weltkriegszustand.

Wie verhalten „wir“ uns in so einem Szenario? Das Problem ist, dass die meisten Menschen hier, auch die „linken“, die bürgerliche Antifa, die Klimabesorgten, auch die Wutbürger – dass sie die Verhältnisse die zu diesem Krieg führen, im Grunde bewahren wollen. Das ist nachvollziehbar, aber angesichts von Klimakatastrophe und zweifellos anstehenden Kriegen um Ressourcen und technologische Vorherrschaft fatal. Wer sein biedermeierliches (die Verhältnisse bewahrendes, sich immer ums eigene Wohlbefinden und die eigenen Befindlichkeiten kümmerndes) Leben weiterführen möchte, wird irgendwann zur Kriegsbefürworter_in werden (müssen). Denn die beginnenden Kriege werden eben darum geführt werden, die Zustände in den reichen Ländern stabil zu halten. Die kapitalistischen Verwertungsbedingungen stabil zu halten. Den Ressourcenfluss stabil zu halten. Technologische Normierungshoheit aufrecht zu halten. Ernährungssicherheit stabil zu halten, geostrategischen Einfluss zu behalten usw. Die zukünftigen Kriege werden um die Aufrechterhaltung der Stabilität geführt werden. Dass dem Krieg die Destabilisierung der Verhältnisse selbst innewohnt, steht dazu nicht im Widerspruch. Nur soll diese Destabilisierung bitte bei den Anderen stattfinden. Nur ein gewonnener Krieg, hält die Verhältnisse aufrecht. Das allein wird die Siegprämie der Schlachten sein: Es darf noch eine Weile bleiben, wie es war. Der Krieg als Ganzes jedoch, ist nicht zu gewinnen.

Wer die Verhältnisse nur stabil halten möchte, wird zur Statthalter_in des kriegführenden Staates werden.

Augen auf!

Die deutsche Außenministerin Baerbock war im Februar 23 in Finnland und besichtigte dort sichtlich gut gelaunt Bunker. Diese erfreuen sich dort, wenn sie nicht als Schutz vor Bomben genutzt werden, als Sport- und Freizeitstätten großer Beliebtheit. Das fand die Ministerin so toll, dass sie vor Vorfreude strahlend ein flächendeckendes Bunkerbauprogramm für Deutschland anregte. Toll, das man in Bunkern auch Fußball spielen kann, wirklich. Das ist sowohl lächerlich als auch erschreckend. Es ist vor allem eines: Kriegsvorbereitung.

Der deutsche Kriegsminister Pistorius plädiert für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Zum einen will er mehr Soldat_innen abgreifen, zum anderen ist eine Dienstpflicht ein prima Disziplinierungsinstrument in Kriegs- und Krisenzeiten. Eine Dienstpflicht ist in einem kriegführenden Staat immer eine Wehrpflicht, egal an welcher Stelle der Dienst geleistet wird. Seit Baerbock es sagte, ist es ja offiziell: „Wir“ führen Krieg gegen Russland.

Da der Munitionsbedarf nicht befriedigt werden kann, soll die heimische Rüstungsindustrie schnell ihre Kapazitäten erhöhen. Rheinmetall wird angewiesen, schleunigst mehr Artilleriegeschosse herzustellen.

Die Bahnstrecken und Straßen werden derzeit europaweit soweit angeglichen und ausgebaut, dass Militärtransporte nach Osten schneller bewerkstelligt werden können. Tunnel werden dafür verbreitert und Brücken erneuert. Die EU bereitet sich seit ein paar Jahren auf Krieg vor. Nichts davon geschieht heimlich.

Die atomare Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wird modernisiert. Neue us-amerikanische Flugzeuge sollen nun die in Büchel gelagerten Atombomben transportieren.

100 Milliarden Extra-Zahlung ans Militär reichen nicht, sagt der Kriegsminister. Es ist Zeitenwende. Kriegszeitenwende.

Die USA bauen auf den Philippinen 3 weitere Militärstützpunkte. Frankreich und Japan führen gemeinsame Militärmanöver mit Atom-U-Booten durch – vor Chinas Küste. Frankreich nimmt 2025 seine neuen Atom-U-Boote in Betrieb. Der amerikanische Präsident, sichert Taiwan zu, es im Falle eines Angriffs militärisch zu verteidigen. Gleichzeitig rechnen Analyst_innen des Pentagons und des deutschen Wirtschaftsministeriums mit einem chinesischen Angriff auf Taiwan bis 2025.

EU und NATO drohen China mit Sanktionen, sollten sie Waffen an Russland liefern – ausdrücklich und offiziell unter Hinweis auf das Inkaufnehmen der ökonomischen Nachteile. Die Entkopplung der ökonomischen Abhängigkeiten hat ohnehin schon begonnen. Das Importverbot vieler Technologieartikel in die USA und die hektische Errichtung von Chipfabriken in den USA und der EU sind Teil davon. Diese Entkopplung hat aber nicht nur wirtschaftliche Gründe. Sie macht kriegsfähig, weil sich nur so die USA eine Konfrontation mit China wirtschaftlich leisten können.

Der deutsche Präsident fliegt nach Kambodja und Malaysia und betont unverblümt, dass der Besuch dem Zweck dient, Chinas Einfluss in Asien zurückzudrängen. Was bedeutet, dass Deutschland Anspruch erhebt, seinen Einfluss in Asien zu vergrößern.

Nikki Haley, die sich um die Präsidentschaftskandidatur der Republikanischen Partei der USA bewirbt, nimmt kein Blatt vor den Mund. Sie droht schon jetzt, im Wahlkampf, China und Russland mit Krieg.

Russland will Belarus an die Föderation angliedern. Spätestens bis 2030. Das war zu erwarten, wurde aber im Februar durch ein Papier der russischen Präsidialverwaltung bestätigt. Die derzeitige Stationierung russischer Verbände in Belarus und die Reise Putins ins Nachbarland sind militärische und politische Vorbereitungen. Daran zweifeln wir nicht.

Der nächste Kriegsschauplatz in Osteuropa wird Belarus werden – zeitgemäß hybrid, inklusive Bürgerkrieg. Russland, EU und NATO werden auch der belarussischen Bevölkerung Tod und Elend bringen.

EU und NATO wollen weiterhin unmissverständlich, dass die ukrainische Armee so lange gegen den russischen Angriff kämpft, bis Russland besiegt ist. Dafür werden nicht nur Waffen geliefert. Hier wird auch ein Stellvertreterkrieg geführt.

Die USA sprengen die Nord-Stream Pipelines in die Luft, wie es US-Präsident Biden angekündigt hatte („Sie wird nicht in Betrieb gehen“). Verbündete werden militärisch attackiert. Das ist kein Tabu mehr. Es zeigt, in was für einer eskalierten militärischen Situation wir uns bereits befinden.

Die israelische Regierung plant, bis 2025 die iranischen Uranfabriken zu zerstören, weil sie dann angeblich in der Lage seien, atombombenfähiges Uran herzustellen.

Dies sind nur Nachrichtensplitter, die taugen kriegerische Eskalationspotentiale zu erkennen. Die bereits laufenden und die nie endenden Kriege sind hier gar nicht erwähnt; Die Kriege die schon jetzt, unbeachtet von der westlichen Öffentlichkeit, um Nahrung und Wasser geführt werden.

Die Liste von Schnappschüssen ließe sich noch eine Weile fortsetzen. Sie ist unwissenschaftlich in ihrer Methodik und in ihren Behauptungen. Aber: wenn alle „Krieg“ schreien, kann man dann nicht vermuten, dass es Krieg geben wird? Das meinen wir, wenn wir am Anfang von einem Gespür für die Wirklichkeit gesprochen haben. Alle wissen um die Folgen der Klimaveränderungen, um die Begehrtheit seltener Rohstoffe, ohne die es keine Elektromotoren oder Computer geben wird, keine Solaranlagen und keine Windräder. Alle wissen, dass die kapitalistischen Regierungen geopolitisch Denken. Augen auf!

Alle kennen Geschichten des Krieges. Es lohnt, noch einmal unter diesem Blickwinkel, 1984' zu lesen. Nicht der Gedanke an einen 3. Weltkrieg ist abwegig. Das Leugnen seiner Möglichkeit ist es. In ihr kommt entweder Dummheit oder, wahrscheinlicher, eine verleugnete Parteinahme zugunsten der Krieger_innen zum Ausdruck. Denn diese nennen Krieg Frieden.

Eine andere Welt...

Man darf keine Angst haben, als Schwurbler denunziert zu werden, will man vor den kommenden Kriegen warnen. Es kann ohne Zweifel als Alarmglocke gedeutet werden, dies überhaupt sagen zu müssen. Die Mobilisierung der Kriegsbereitschaft, die nicht im Widerspruch zu ihrer Verleugnung steht, ist soweit gediehen, dass Antimilitarismus bis weit in die Kreise ehemals radikaler Linker zutiefst verpönt ist. Wenn Schweigen Zustimmung bedeutet, und der Umgang der Rest-Linken, auch der ehemals radikalen, mit der staatlichen Corona-Politik hat dies jüngst beeindruckend bewiesen, dann wird einer kriegerischen Zukunft nichts im Wege stehen.

Nochmal: Die Folgen der ökologischen Katastrophen, die Kriege um geopolitische Vorherrschaft, um technologische Hegemonie, um Ressourcen

werden das Leben der meisten Menschen in den kommenden Jahrzehnten bestimmen. Das Leben, das Überleben, wird davon geprägt sein.

Wir können dem nicht entfliehen. Aber wir können den Kampf um Klimagerechtigkeit und gegen die Vergrößerung der ökologischen Katastrophe mit einem antimilitaristischen Kampf verbinden. Ja, wir brauchen wieder einen revolutionären Antimilitarismus. Das klingt noch zu sehr nach einer Worthülse, das ist uns klar. Aber wir sind erst dabei, unsere Augen zu öffnen, die neue Kriegs-Realität zu begreifen. Krieg

bedeutet auch immer autoritäre Herrschaft, patriarchale Formierung und ökologische Zerstörung.

Wir haben Angst vor dem Kommenden, aber sind nicht ohnmächtig. Wir werden weiter für ein würdevolles Leben kämpfen. Wie das Menschen seit tausenden Jahren tun.

anonym

Anarchistischer Antimilitarismus und Mythen über den Krieg in der Ukraine (Teil II)

Wir setzen hier den Artikel aus dem Autonomen Blättchen #51 fort...

Mythos 14: Es handelt sich nicht um einen Krieg imperialer Blöcke, sondern um die Invasion eines einzigen Imperiums, das seine Nachbarn unterjochen will, die nichts mit dem Imperialismus zu tun haben.

Putins Russland als den einzigen imperialen Aggressor in diesem Krieg zu sehen, ist genau das, was uns oft vorgeworfen wird: der Versuch, die Realität an unsere eigenen ideologischen Schlussfolgerungen anzupassen.

Offenbar wird der Imperialismus von einigen auf die Tendenz zur Machtausübung durch militärische Invasion, brutale Aneignung der Ressourcen der Invasoren und deren gewaltsame Unterwerfung reduziert. Aber der Imperialismus hat noch andere Expansionsmechanismen als die aggressive militärische Invasion. Er nimmt auch die Form von ökonomischem Druck oder Druck auf die politischen Strukturen der Nachbarländer an, damit das politische Terrain so günstig wie möglich für die Interessen der transnationalen ökonomischen Akteure ist. Genau das passiert, wenn der imperiale Block, der von den USA, den westlichen Ländern und der Europäischen Union repräsentiert wird, Waffen und andere Kriegsmittel liefert, um ein ökonomisches und politisches Arrangement in der Ukraine zu sichern, das ihm die Tür zur Plünderung der lokalen Ressourcen und zur Begünstigung ökonomischer Aktivitäten offen lässt.

Im Moment will der westliche Imperialismus die ukrainische Bevölkerung nicht mit militärischer Gewalt unterwerfen, wie es das Russische Imperium tut, aber das bedeutet nicht, dass er sie nicht für seine imperialen Interessen ausbeutet und sich nicht einen bequemen Zugang zu den Ressourcen auf ukrainischem Gebiet sichern will.

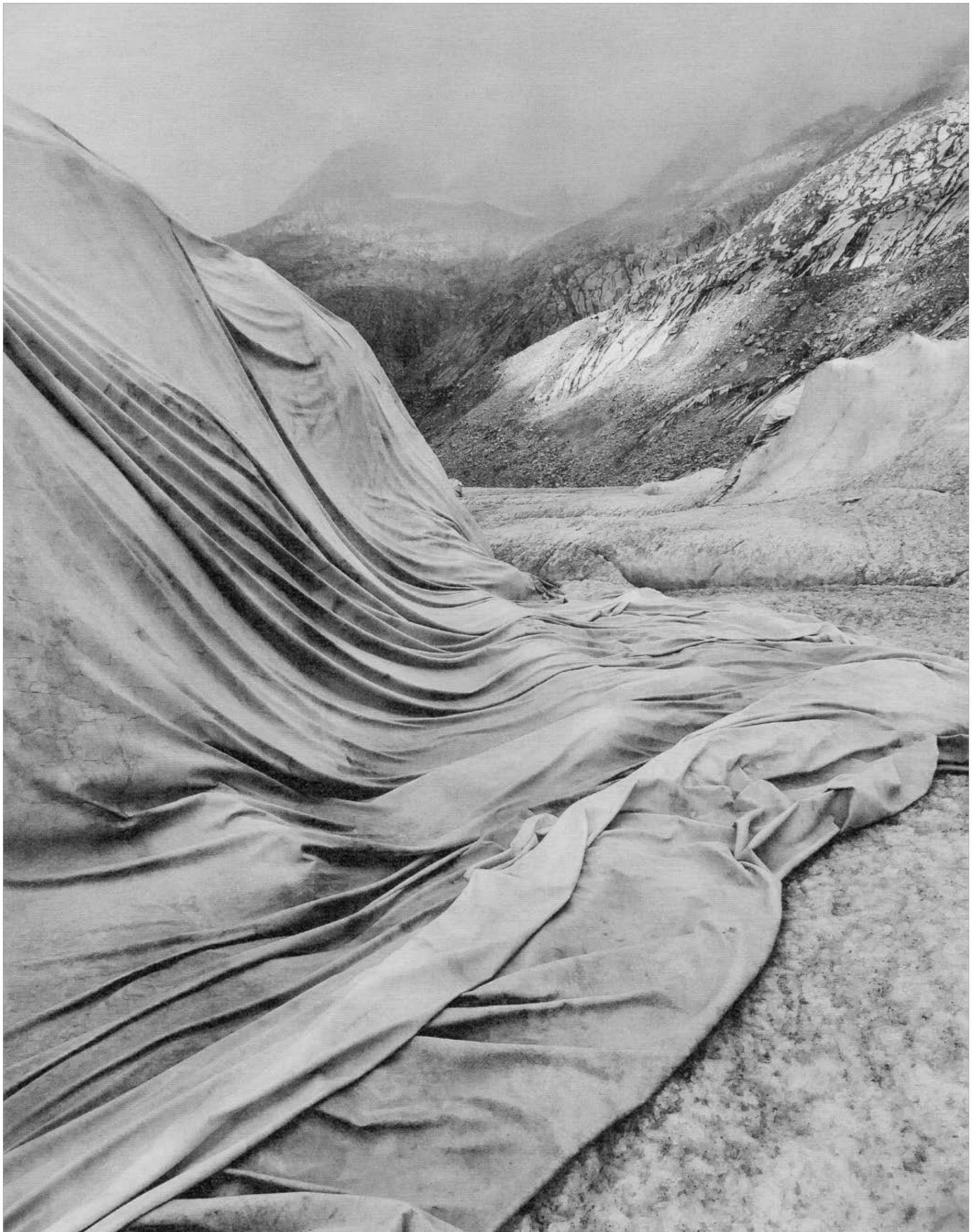
Hier führen mehrere imperiale Blöcke einen Krieg um die Neuaufteilung des Territoriums und der Ressourcen des postsowjetischen Raums. Einige Imperialisten tun dies durch direkte militärische Intervention in der Ukraine, andere durch Waffenlieferungen, um die ukrainische Bevölkerung an der Front für ihre Sache bluten zu lassen.

Einige Anarchisten und Anarchistinnen gehen in ihrem Zynismus sehr weit. Sie behaupten, dass „keine NATO-Armee in der Ukraine kämpft“. Damit kauen sie lediglich die Propaganda der westlichen Imperialisten wieder und verschleiern die Tatsache, dass die NATO in der Ukraine durch die ukrainische Bevölkerung kämpft, die sie mit Waffen aus ihren eigenen Lagerhäusern versorgt. Wenn wir das imperialistische Russland sehen und verurteilen, sollte dies nicht so geschehen, dass wir den imperialistischen Westen unterstützen, während wir dessen imperialistische Natur, Strategien und Ziele verbergen.

Die Unterstützung der bewaffneten demokratischen Bewegung in der Ukraine ist in Wirklichkeit eine Unterstützung des westlichen Imperialismus mit seiner ukrainischen Regierung.

„Die Zapatisten haben gleich zu Beginn des Krieges zu Recht unterstrichen: „Das Großkapital und seine „westlichen“ Regierungen haben sich hingesezt, um die Verschlechterung der Lage zu betrachten und sogar zu beschleunigen. Sobald die Invasion begann, beobachteten sie ängstlich, ob die Ukraine Widerstand leisten würde, und kalkultierten, was sie von jedem möglichen Ergebnis profitieren könnten. Jetzt, wo sich die Ukraine wehrt, machen sie eifrig „Hilfsangebote“, für die sie später bezahlt werden wollen.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Im Gegenteil, revolutionäre Kommunisten und Anarchisten verstehen, dass der Imperialismus nicht die „höchste Stufe des Kapitalismus“ ist, sondern eines seiner inhärenten und permanenten Merkmale als welt-historisches System; dass jeder Nationalstaat imperialistisch ist, aber dass es Hierarchien oder verschiedene Ebenen der imperialistischen Macht unter den Staaten gibt; dass der imperialistische Krieg ein kriegerischer Wettbewerb zwischen kapitalistischen Staaten mit höherer imperialistischer Macht und vor allem ein Krieg der internationalen Bourgeoisie gegen das internationale Proletariat ist; dass der Feind nicht der Imperialismus, sondern der Weltkapitalismus ist; und dass die Position revolutionärer Kommunisten und Anarchisten angesichts aller imperialistischen Kriege nicht Antiimperialismus und „nationale Befreiung“, sondern revolutionärer Defätismus, proletarischer Internationalismus und soziale Weltrevolution ist.“ [Internationalistische Proletarier aus der Region Ecuadors]



„Anarchisten und Anarchistinnen kämpfen nicht für die Schaffung oder Verteidigung der Souveränität von Staaten. Wir kämpfen für die Beseitigung der materiellen und ideologischen Widersprüche, die sie hervorbringen. In diesem Sinne stellen wir uns dagegen, wenn es innerhalb unserer Bewegungen zur Herausforderung wird, die außenpolitischen Interessen der USA und der Rüstungskonzerne von unseren eigenen zu unterscheiden. Die Gefahr von reaktionären und konterrevolutionären

Tendenzen erfordert Wachsamkeit. Wir begrüßen die grundsätzliche Weigerung, im Krieg zwischen den imperialistischen Staaten auf einer der beiden Seiten Partei zu ergreifen.“ [Anarchisten und Anarchistinnen in Oakland, San Francisco, New York und Pittsburgh]

Mythos 15: Die Analyse von Anarchisten, Anarchistinnen und Linken, besonders im Westen, ist kurzfristig, weil sie den Imperialismus nur in den USA, der NATO und ihren Verbündeten sehen, nicht aber in Russland.

Wir sind sicher, dass nicht jeder, der die Unterstützung der ukrainischen Armee kritisiert, die imperiale Position Russlands übersieht. Wir sind uns auch sicher, dass einige Menschen den Imperialismus nur auf der russischen Seite sehen. Sie erkennen seine Existenz auf der westlichen Seite nicht an oder spielen sie herunter, indem sie sagen, dass sich der westliche Imperialismus in diesem Konflikt nicht so invasiv und herrschsüchtig zeigt wie Russland. Wir haben bereits festgestellt, dass der westliche Imperialismus in der Tat genauso expansionistisch ist wie der russische, aber dass er seine Interessen indirekt verfolgt, indem er die ukrainische Armee unterstützt, die für seine Interessen kämpft.

Wenn es kurzfristig ist, den Imperialismus nur auf der Seite der USA und ihrer Verbündeten zu sehen, sollten wir diejenigen, die den Imperialismus nur in Russland sehen, mit der gleichen Messlatte messen. Unsere Weigerung, den Krieg zu unterstützen, besteht weder darin, Russlands imperiale Rolle zu leugnen, noch darin, die imperiale Rolle „des Westens“ zu verteufeln. Wir weigern uns, alle imperialen Mächte zu unterstützen. Wir weigern uns, das Imperium nur auf einer Seite der Kriegslinie zu sehen, denn wir sehen es in jedem Staat, der den Krieg unterstützt und damit vor allem seine eigenen imperialen Interessen verfolgt. Ja, wir sehen Unterschiede im Grad der Brutalität, die von jedem Staat angewandt wird. Dies spiegelt jedoch ihre aktuellen Kapazitäten wider, die eine Variable sind. Staaten, die heute weniger aggressiv sind, weil sie in die Defensive gedrängt werden, können morgen genauso brutal sein wie Russland, wenn sie heute nicht die Mittel dazu haben. Wer sich dafür entscheidet, ein Imperium im Krieg gegen ein anderes zu unterstützen, sollte sich darüber im Klaren sein, dass er damit dem schwächeren Imperium die Mittel für eine zukünftige Aggression liefert.

„Wir erkennen keine Rechtfertigung für diesen Krieg, bei dem die Arbeiterklasse – in Russland und der Ukraine – nur verloren hat. Die Reaktion auf den russischen Imperialismus und die Interessen seiner oligarchischen Elite, die brutale Bombardierung der Zivilbevölkerung und den zermürbenden Krieg war das Aufkommen nationalistischer und militaristischer Gefühle. Viele fürchten um ihr Leben und ihre Sicherheit und nehmen die Verbrechen des Imperialismus nicht wahr, solange es „unser“ Imperialismus ist. Viele sind bereit, die Anwesenheit von Neonazis zu akzeptieren, solange es sich um „unsere“ Neonazis handelt. Auch wenn diese Angst verständlich ist – sie kann nur dazu führen, dass die kriegsbefürwortende Stimmung gestärkt und der Autoritarismus der Behörden dauerhaft gefestigt wird, mit katastrophalen Folgen für die Arbeiterklasse.“ [Union der Polnischen Syndikalistinnen ZSP – Warschau]

„Ihre Interessen! Unsere Toten! Wir ergreifen keine Partei für einen der Staaten, die sich im Konflikt befinden, unabhängig davon, ob der eine nach der herrschenden bourgeoisen politischen Moral als „der Aggressor“ und der andere als „der Angegriffene“ eingestuft wird oder umgekehrt. Die jeweiligen Interessen, die auf dem Spiel stehen, sind ausschließlich die eigenen und stehen in völligem Gegensatz zu denen der ausgebeuteten Klasse, d. h. zu denen von uns Proletariern.

Deshalb bekräftigen wir außerhalb und gegen jeden Nationalismus, jeden Patriotismus, jeden Regionalismus, jeden Lokalismus und jeden Partikularismus laut und deutlich unseren Internationalismus!

Das Proletariat als revolutionäre Klasse zeigt keine Neutralität gegenüber seinen Ausbeutern, die sich bei der Umverteilung ihrer Marktanteile gegenüberstehen, sondern lehnt sie im Gegenteil als zwei Seiten derselben Realität ab, der Welt der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere, und es bekundet seine tiefe Solidarität mit allen Sektoren unserer Klasse, die den vielfachen Angriffen des einen oder anderen ihrer historischen Feinde ausgesetzt sind. Aber wir werden den Proletariern niemals die Notwendigkeit absprechen, sich gegen jede Art von Aggression, Unterdrückung, Folter, Massaker usw. zu verteidigen.“ [Internationalistisches Manifest gegen den kapitalistischen Krieg und Frieden in der Ukraine]

Mythos 16: Die Behauptung, dass die beiden kriegführenden Seiten gleich sind, ist eine gängige ideologische Rechtfertigung dafür, sich nicht für die massakrierte ukrainische Bevölkerung einzusetzen.

Dieser Mythos basiert offensichtlich auf einer Fehlinterpretation der Aussage, dass es sich um einen Krieg zwischen imperialen Mächten handelt und es ein Fehler ist, für eine von ihnen Partei zu ergreifen. Das soll nicht heißen, dass die beiden Seiten in jeder Hinsicht gleich sind. Gemeint ist, dass sie beide bourgeois sind und es daher den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderläuft, sich gegen die eine bourgeoise Fraktion zu stellen und gleichzeitig die andere bourgeoise Fraktion zu verteidigen.

Beide Seiten sind in ihrem bourgeois Inhalt identisch. Jede wendet jedoch unterschiedliche Formen und Mittel an, um diese Inhalte zu fördern. Dass die einen dies auf aggressivere und brutalere Weise tun, sollte kein Argument dafür sein, sich mit den kleineren Aggressoren zu verbünden und für deren Interessen zu bluten.

„Mit wem wir uns solidarisch zeigen und mit wem nicht, liegt an den Bedingungen des globalen Klassenkampfes und nicht an der Moral, die wir hier als eine Erfindung des liberalen Gewissens definieren, ein universalisierendes System von Werten und Prinzipien des individuellen Verhaltens, das mit dem Kapitalismus und der Klassengesellschaft vereinbar ist. Die Kriegspropaganda beruft sich auf die Moral als Instrument des staatlichen Nationalismus. Wir müssen darauf vorbereitet sein, dagegen zu kämpfen. Die Staaten stellen Kriege als moralische Fragen dar, indem sie die kriegführenden Staaten mit Begriffen wie „gut“ und „böse“, „unschuldig“ und „schuldig“ umschreiben, um die öffentliche Unterstützung für das zu gewinnen, was im Interesse des Kapitals und des Staates auf Kosten der Öffentlichkeit getan wird. Es ist kein Zufall, dass Anarchisten und Anarchistinnen, die den ukrainischen Nationalismus unterstützen, ihn als „kleineres Übel“ bezeichnen. Es ist bezeichnend, dass sie die sich vertiefende Zusammenarbeit zwischen dem ukrainischen Staat und der NATO, einem Instrument des US-Imperialismus, als Teil eines „Verteidigungskrieges“ bezeichnen, während sie die Zusammenarbeit zwischen den russischen Separatisten im Donbas-Teil der Ukraine (auch als „Volksrepubliken“ bekannt) und Russland als „imperialistische Aggression“ bezeichnen.“

[Anarchisten und Anarchistinnen in Oakland, San Francisco, New York und Pittsburgh]

„MTNW will sich nicht auf die Seite eines Staates stellen, der in einen kriegerischen Konflikt verwickelt ist, denn wir stimmen nicht mit der Ansicht überein, dass einige der beteiligten Staaten Aggressoren und andere lediglich unschuldige Opfer einer Aggression sind. Auch wenn einige Staaten im Krieg aggressivere Tendenzen zeigen als andere, so handeln sie doch alle aggressiv und unterdrückerisch gegenüber der Bevölkerung, die sie regieren. Bei der MTNW-Kampagne geht es nicht darum, einen bestimmten Staat zu unterstützen, sondern denjenigen zu helfen, die durch die Politik des Staates in eine unterdrückerische Situation geraten sind. Der laufende Krieg ist eine Rivalität zwischen verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse und verfolgt in erster Linie deren Interessen. Als solcher steht er im Widerspruch zu den Interessen von Arbeitern, Arbeiterinnen, Arbeitslosen, Studierenden, Rentnern und anderen nicht privilegierten Teilen der Bevölkerung.“ [Make Tattoo Not War: eine Kampagne zur Unterstützung von Menschen, die vom Krieg betroffen sind]

„Wir müssen uns darauf einstellen, dass die politische Situation im Land noch lange Zeit so sein könnte wie in Afghanistan, Jemen oder Somalia und dass nichts das Wachstum des Einflusses des Anarchismus garantiert. Die einzige Chance besteht darin, den Flirt mit dieser oder jener Macht/Politik als ‚kleineres Übel‘ abzulehnen und sich entschlossen und bedingungslos gegen sie alle zu stellen. Andernfalls werden die Massen Anarchisten und Anarchistinnen zunehmend als seltsame und unverständliche Witzfiguren ansehen, denen man keine Beachtung schenken muss.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

Mythos 17: Menschen, die die Besetzung durch die Truppen einer imperialen Macht nicht erlebt haben, werden nur schwer verstehen, warum sich die Bevölkerung der Ukraine durch eine Kriegsmobilisierung verteidigt.

Dieser Mythos basiert auf dem Stereotyp, dass diejenigen, die etwas nicht erlebt haben, es nicht verstehen können und schon gar nicht mit denjenigen mitfühlen können, die es erlebt haben. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Art Hierarchisierung, bei der die Meinung von Überlebenden einen hohen Stellenwert hat, während die Meinung von Menschen ohne direkte Erfahrung als wertlos und grundsätzlich fehlgeleitet gilt. Die Anarchistische Föderation erklärt zum Beispiel auf ihrer Website:

„Die historische Erfahrung der Besetzung in den Ländern Mittel- und Osteuropas ist eindeutig nicht übertragbar und schwer zu verstehen in Gebieten, die nicht besetzt waren oder sogar eine eigene imperiale Vergangenheit haben.“ [People must come first, Czech Anarchist Federation]¹²

Wir sind nicht einverstanden mit Aussagen wie „Du hast es nicht erlebt, also wird deine Einstellung immer unpassend sein“. Tatsächlich gehen die Meinungen zu diesem Thema sogar unter den Überlebenden der Besetzungsaggression selbst stark auseinander. Übrigens leben wir in einem Land, das von den Nazis und später von den Truppen des

Warschauer Pakts besetzt wurde. Dennoch stimmen wir mit der Aussage der FAI (Anarchistische Föderation Italiens) überein, der die tschechische Anarchistische Föderation entgegenzuhalten versucht, dass die Position der italienischen Sektion auf einem Missverständnis beruht, weil sie die Besetzungserfahrung nicht miterlebt hat. Menschen müssen nicht selbst vergewaltigt worden sein, um eine einfühlsame Verbindung zu denjenigen zu haben, die eine Vergewaltigung erlebt haben. Genauso können Menschen, die vergewaltigt wurden, gefühllos und fehlgeleitet sein. Wenn die Erfahrung der Besetzung automatisch zu mehr Empathie und einer angemessenen Analyse führen sollte, wie erklären wir dann den Rechtspopulismus und Nationalismus, der während der nationalsozialistischen und stalinistischen Besetzung der Tschechoslowakei um sich griff?

„Wenn die Menschen sich mit oder ohne Waffen von der staatlichen Kriegslogik abwenden, wenn Einzelne sich mit oder ohne Waffen gegen jede staatliche Besetzung wehren, wenn Menschen Flüchtlingen und Deserteuren helfen und sie unterstützen, wenn Menschen sich über Grenzen und Kriegslinien hinweg zusammenschließen, dann kann etwas getan werden, um sich gegen staatliches Blutvergießen zu wehren. Wenn der Staat, seine Generäle und Politiker nur die Sprache der Unterdrückung kennen, kennen die Unterdrückten die Sprache der Empathie und der Solidarität.“ [Gegen Krieg und militärische Mobilisierung: Vorbemerkungen zum Einmarsch in die Ukraine]

Mythos 18: Der Widerstand der ukrainischen Truppen beruht auf der freiwilligen Beteiligung der ukrainischen Bevölkerung, die sich entschieden hat, sich dem Kampf anzuschließen.

So etwas zu behaupten ist genauso dumm, wie zu behaupten, dass alle russischen Staatsbürger den Einmarsch Putins in die Ukraine unterstützen. Es gibt Tausende von Menschen, die sich sowohl in der ukrainischen als auch in der russischen Armee freiwillig melden. Genauso wie es viele gibt, die sich der Einberufung entziehen, desertieren oder auswandern, um nicht in der Armee dienen zu müssen.

Nicht alle Ukrainerinnen und Ukrainer sind Feuer und Flamme dafür, für „ihre“ bourgeoisen Eliten und die kapitalistischen Oligarchen, die sie regieren, zu kämpfen. Der ukrainische Staat ist sich dessen bewusst und versucht deshalb, die Teilnahme an der Armee durch unfreiwillige Rekrutierung zu erzwingen.

Laut der unabhängigen Charkiwer Website „assembly“ werden die Vorladungen meist an den gleichen Orten in der Stadt verteilt. Die Zwangsvorladungen werden von Militärpolizisten, bewaffneten Soldaten, Kämpfern der „Territorialen Verteidigung“ und Polizeibeamten durchgeführt – in Autos und auf Patrouille.

Einem Augenzeugen zufolge waren diejenigen, die die Vorladungen am Eingang von Klas in Odessa verteilten, sehr lautstark empört darüber, dass sie niemanden erwischen konnten. Nach den Rückmeldungen der Nutzer auf dem Telegram-Kanal zu urteilen, sorgen diese Aktionen für wachsende öffentliche Empörung.

Die Rekrutierungsjagd findet an Tankstellen, in Autowerkstätten, auf Straßen und Kreuzungen, in Geschäften, an Orten, an denen humanitäre

Hilfe verteilt wird, statt . . . Manche Menschen versuchen, dem Aufruf nicht zu folgen, indem sie zum Beispiel in ihren Autos sitzen bleiben und ihre Fenster nicht öffnen. Manche versuchen, sich zu wehren. Als Reaktion darauf wurden den Frauen der aufgerufenen Männer die Arme gebrochen und sie wurden bedroht.“

Das russische anarchistische Portal *a2day.org* stellt fest:

„Obwohl es viele Menschen gibt, die gegen den Aggressor kämpfen wollen, ist es in der Ukraine gängige Praxis, Männer im Wehrpflichtalter auf der Straße zu erwischen und ihnen einen Einberufungsbefehl zu erteilen, sie dann in fünf Minuten medizinisch zu untersuchen und sie zu einer Militäreinheit zu schicken, wo solche unvorbereiteten und oft untauglichen Rekruten nicht willkommen sind. Nach Ansicht des Aktivisten der Freiwilligenbewegung, Valery Markus, sind solche zwangsmobilisierten Soldaten, die nicht kämpfen wollen, eine potenzielle Bombe; sie können jederzeit desertieren und ihre Stellen aufgeben; sie sind eine Verschwendung wertvoller Ressourcen und ohnehin nutzlos.“

Wir zweifeln nicht daran, dass sich viele Menschen ganz freiwillig an Kriegsaktivitäten beteiligen. Das ist jedoch kein Beweis dafür, dass es nicht auch viele gibt, die dazu gezwungen werden oder sich davor drücken. Während der Fall der Ersteren von der pro-ukrainischen Kriegspropaganda immer wieder in den Vordergrund der Medien gerückt wird, werden die Letzteren meist ignoriert. Wenn überhaupt auf sie eingegangen wird, geschieht dies in Form von Verharmlosung und Herunterspielen. Es gibt eine starke Tendenz, solche Menschen als eine Randerscheinung darzustellen. Eine Art Abweichung oder Ausnahme von der Regel, dass sich die ukrainische Bevölkerung freiwillig den Armeeeinheiten anschließt und freudig an die Front eilt.

Wenn der russische Staat zu Recht der kriegspropagandistischen Manipulation von Tatsachen beschuldigt wird, sollte die gleiche Messlatte an die pro-ukrainische Kriegspropaganda angelegt werden, die sich der gleichen manipulativen Mechanismen bedient.

„Vor allem die Arbeiterklasse macht sich jetzt über andere Dinge Sorgen: die bereits erwähnten Straßenrazien zur Ausstellung von Vorladungen (am aktivsten in den östlichen und westlichen Grenzgebieten) und die Notwendigkeit, den Wehrpflichtigen die Ausreise aus dem Land zu ermöglichen.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Die Medien verschweigen, dass ein großer Teil der männlichen Flüchtlinge, die in den Westen fliehen, Deserteure sind, und sie versuchen schamlos, die Existenz der großen Masse an Flüchtlingen, die aus dem Osten des Landes nach Russland oder Belarus geflohen sind, zu verschleiern. (. . .) Alles deutet darauf hin, dass die Zelenski-Regierung nicht nur die Jagd auf „Deserteure“ unterstützt, sondern mit Hilfe von paramilitärischen Einheiten eine regelrechte ethnische Säuberung in mehreren Regionen des Landes in Angriff genommen hat. Dies wird jedoch nicht auf die Titelseiten kommen. Den europäischen Medien geht es nur darum, „die Einheit und den Mut des ukrainischen Volkes gegen Russland“ zu zeigen.“ [Der falsche „Internationalismus“ der herrschenden Klassen und ihrer Medien]

„Als Reaktion auf den russischen Angriff hat die Ukraine angekündigt, ihre Grenzen für alle „wehrfähigen“ Männer zwischen 18 und 60 Jahren zu schließen und sie zum Militärdienst einzuberufen. Wir fordern offene Grenzen und sind solidarisch mit allen Deserteuren aus der Logik des Krieges, ob aus Russland, der Ukraine oder anderen Ländern.“ [Solidarität mit Deserteuren und emanzipatorischen Protestbewegungen!]

Mythos 19: Sich zu weigern, die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen, bedeutet, die Bevölkerung dem Bombardement der russischen Truppen zu opfern.

Wir wollen nicht weiter darauf eingehen, warum die Ablehnung des Krieges nicht zwangsläufig bedeutet, den Menschen, die sich gegen die Aggressoren – sowohl die russischen als auch die ukrainischen – wehren, die Hilfe zu verweigern. Wir fügen nur die Information hinzu, dass es der ukrainische Staat ist, der dem männlichen Teil der ukrainischen Bevölkerung unter Androhung von Strafe verbietet, das Land zu verlassen, und Tausende von Männern in die Armee rekrutiert, damit sie dort bleiben, wo die Bombardierung stattfindet. Es ist der ukrainische Staat, der diese Menschen gegen ihren Willen opfert, indem er sie möglicherweise unter dem Druck patriotischer und nationalistischer Propaganda mobilisiert. Wir hingegen sagen, dass niemandem die Möglichkeit verwehrt werden sollte, sich an einen sicheren Ort zu begeben, wenn er Gefahr läuft, von den Bomben der angreifenden imperialen Armee verstümmelt oder getötet zu werden.

„Man kann sich nur vorstellen, wie viele Ukrainerinnen und Ukrainer sich freuen würden, wenn der Staat aufgrund der Kampagne der internationalen anarchistischen Bewegung seinen Griff um die Macht lockern würde. Hätte diese Bewegung ihre Anti-Kriegs-Erklärungen ernster genommen als bloße Worte, wären wir schon vor vielen Monaten Zeuge ihrer Massenkundgebungen in der Nähe ukrainischer Botschaften für offene Grenzen geworden. Was gibt es zu besprechen, wenn es sogar am 1. Mai wichtigere Angelegenheiten gab? Auf Hilfe scheint man nirgendwo warten zu können, und man kann nur erraten, wie viele ukrainische Familien noch sterben werden, weil sie sich nicht verabschieden wollen. Wie unterscheidet ihr euch von Politikern, wenn ihr Dinge verkündet, die ihr nicht zu erfüllen gedenkt?“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Wofür kämpfen wir? Ein SCHNELLES Beispiel: Ein Kollege wachte am 24. Februar auf und erfuhr, dass die Besetzung weiterging. Er saß vierzehn Tage lang zu Hause im Keller, es war unmöglich, nach Charkow zu fahren. Er floh durch Russland, er hatte nichts außer Dija. In Russland, an der Grenze zu den baltischen Staaten, wollten sie ihn zuerst nicht gehen lassen, aber schließlich ließen sie ihn gehen. Von dort ging er nach Polen, näher an seiner Heimat Ukraine. Er kaufte sich einen Laptop, bekam einen Fernarbeitsplatz, mietete eine Wohnung und arbeitete! Und dann kam der Anruf: Alle Männer im Ausland – entweder gehst du zurück in die Ukraine oder du wirst gefeuert! Er überlegte es sich und beschloss, nach Kanada auszuwandern!“ [Neue Arbeit und soziale Konflikte]

„Die häufigste Form des Protests ist nach wie vor die Vermeidung von Mobilisierung. Allein nach offiziellen ukrainischen Angaben haben seit

Beginn des Krieges mehr als 8.000 Wehrpflichtige versucht, das Land zu verlassen, 5.600 davon außerhalb der Kontrollpunkte. Wir sprechen hier von aufgeklärten Fällen. Es ist nicht bekannt, wie viele ungelöst bleiben.“ [Vojenští branci hledají způsoby, jak opustit Ukraínu během válečného stavu: co říkají obyvatelé Kharkova (Wehrpflichtige suchen nach Wegen, die Ukraine während des Kriegsrechts zu verlassen: Was sagen die Bewohner von Kharkov)]

Mythos 20: Menschen, die die Schnauze voll haben, den Widerstand der ukrainischen Armee zu unterstützen, klammern sich an abstrakte ideologische Dogmen, die den betroffenen Menschen praktisch nicht helfen können.

Diejenigen, die den Krieg ablehnen, sind oft dieselben Menschen, die den vom Krieg Betroffenen helfen. Gleichzeitig sabotieren einige aktiv die Fortführung des Krieges, behindern die Kriegsindustrie und stören die Kriegsmobilisierung durch praktische Aktionen. Der italienische anarchistische Verband FAI wirbt zum Beispiel für die Nichtteilnahme am Krieg und erklärt:

„Die erste Verpflichtung der Kriegsgegner besteht darin, Praktiken der gegenseitigen Hilfe aufzubauen und zu verbreiten, wie z. B. Solidarnetzwerke an der Basis, um die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, die am meisten unter den Auswirkungen des Konflikts leiden, seien es Lebensmittel oder medizinische Hilfe. Außerdem brauchen wir Unterstützungsnetzwerke für diejenigen, die Streiks, Sabotage und Fahnenflucht begehen, sowie internationale Netzwerke für diejenigen, die sich auf beiden Seiten der Front verstecken oder fliehen.“ [die FAI – Federazione Anarchica Italiana]

Dies ist keine Ideologie, die sich von Leben abwendet. Es sind konkrete praktische Schritte, die Leben retten und helfen, sie gerechter zu organisieren, als es bei jeder Kriegsmobilisierung durch widerstreitende Mächte denkbar ist.

„Als Revolutionäre aus anderen Ländern müssen wir wachsam sein und uns mit solchen Aktionen solidarisieren, wenn sie stattfinden, nicht nur indem wir sie übersetzen, verbreiten und sichtbar machen, sondern auch indem wir gegen die Bourgeoisien „unserer“ Länder kämpfen; das heißt, durch die Internationalisierung des proletarischen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, denn die Isolierung solcher Aktionen wird unweigerlich zu ihrer Niederlage führen“ [Proletarios Revolucionarios] Über revolutionären Defätismus und proletarischen Internationalismus im laufenden Krieg zwischen Russland, der Ukraine und der NATO

„All den Kriegstreibern auf der Linken und der extremen Linken des Kapitals, die die Revolutionäre erneut beschuldigen werden, „neutral“ zu sein und „keine Seite zu ergreifen“, antworten wir, dass wir in diesem Manifest und in unserer kämpferischen Tätigkeit im Allgemeinen das Gegenteil tun: Wir stellen uns unerschütterlich auf die Seite des Proletariats und der Verteidigung seiner historischen und unmittelbaren Interessen; wir stellen uns auf die Seite seiner Aktionen zur Umwälzung dieser Welt des Krieges und des Elends; wir stellen uns auf die Seite der Entwicklung, Verallgemeinerung, Koordinierung und Zentralisierung der bereits bestehenden Akte der Verbrüderung, Desertion und Revolte

auf beiden Seiten der Front, gegen beide Kriegsparteien, gegen beide Staaten, gegen beide Nationen, gegen beide lokalen Fraktionen der Weltbourgeoisie. . . Wir unterstützen die Ausweitung dieser Kämpfe und ihre organische Verbindung mit den Kämpfen, die seit Monaten überall unter der schwarzen Sonne der Sozialdiktatur des Kapitals geführt werden, ob in Sri Lanka, Peru, Iran, Ecuador oder Libyen. . .“ [Internationalistisches Manifest gegen kapitalistischen Krieg und Frieden in der Ukraine. . .]

Mythos 21: Menschen, die den militärischen Widerstand der Ukrainer ablehnen, sind nur an ideologischer Reinheit interessiert und kümmern sich nicht um die wirklichen Menschen.

Der Vorwurf der Missachtung der Opfer der Kriegsaggression ist an dieser Stelle eher emotional gefärbt als auf der Wahrheit basierend. Denn die Ablehnung des Krieges in unserer Vorstellung ist nicht durch die Sorge um abstrakte Ideen und das Desinteresse an den konkreten Menschen in den bombardierten Städten motiviert. Im Gegenteil, diese Menschen stehen bei unserer Analyse im Mittelpunkt.

Die Schwarz-Weiß-Sichtweise, die die Menschen in rücksichtsvolle Befürworter der ukrainischen Armee und rücksichtslose Gegner der Unterstützung unterteilt, ist sehr irreführend. In Wirklichkeit werden beide Meinungslager oft von dem gleichermaßen aufrichtigen Wunsch angetrieben, einer verstümmelten und ermordeten Bevölkerung so hilfreich wie möglich zu sein. Was sich unterscheidet, ist ihre Position in der Frage, was eine angemessene und effektive Hilfe ist. Einige sehen sie in der Unterstützung der Kriegsanstrengungen auf ukrainischer Seite, andere in der Untergrabung der Kriegsanstrengungen auf allen Seiten der Kriegslinie.

Wir werden unseren Gegnern nicht vorwerfen, dass sie sich nicht um die Menschen kümmern, die im Krieg geopfert wurden. Wir denken nicht, dass sie skrupellos sind, sondern nur, dass sie sich in ihren Einschätzungen irren. Sie liegen falsch, wenn sie sagen, dass das Leben der bombardierten Bevölkerung am besten geschützt wird, indem man sich den Kriegsanstrengungen anschließt.

Wie das Sprichwort sagt: „Der Weg ins Verderben ist mit guten Vorsätzen gepflastert.“ Und deshalb können wir die Kriegspropagandisten in anarchistischen Kreisen nicht mit der Kritik verschonen, dass „sie es gut meinen“. Unsere Analyse geht tiefer als die Absichten selbst und untersucht, wer die Behauptungen aufstellt. Uns interessiert vor allem, was tatsächlich geschieht. Wenn also Menschen auf dem Schlachtfeld Leben für bourgeoise Interessen opfern und andere dies als Verteidigung von zivilen Leben vor einem tödlichen Krieg interpretieren, dann sagen wir: Krieg führt zu eskalierender Verrohung und Massenmord, nicht zum Schutz von Leben.

„Für das Vaterland zu kämpfen ist nicht im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung der Ukraine. Was auch immer die Vorteile sein mögen, in einem Land zu leben, das in die NATO und die EU integriert ist, sie überwiegen nicht die Nachteile eines Krieges. In ein paar Wochen, Monaten oder Jahren, wenn die Waffen schweigen und sich der Rauch über den zerbombten Städten verzieht, wird den Ukrainern ein vergiftetes Land voller Trümmer und Massengräber hinterlassen. Und



die westlichen Länder werden wahrscheinlich weniger großzügig mit Geld für den Wiederaufbau sein, als sie es jetzt mit Waffenlieferungen sind.“ [Kämpfe nicht für „dein“ Land]

„Die öffentliche Debatte scheint uns zu zwingen, uns entweder auf die Seite des russischen Imperialismus oder auf die Seite des NATO-Expansionismus und der herausragenden Rolle der Vereinigten Staaten

zu stellen. Wir sollen uns auf die Seite des einen oder des anderen Nationalismus stellen. Beide Systeme organisieren jedoch mit unterschiedlichen Mitteln die Ausbeutung und machen Grenzen zu einem tödlichen Werkzeug. Es ist kein Zufall, dass die erneute Militarisierung der Grenzen zuerst gegen Migranten eingesetzt wurde, die ein besseres Leben suchten. Es ist kein Zufall, dass es in den Erklärungen der beiden

Chronik: 23.11.: In Leipzig-Grünau fliegen Steine auf das CDU-Wahlkreisbüro. **24.11.:** In Hameln wird das örtliche SPD Büro mit den Farben Kurdistans verschönert. Defend Rojava! **25.11.:** In Magdeburg wird das Parteibüro von „Die Grünen“ angegriffen. **26.11.:** Das Gebäude der Konferenz des klimawandelleugnenden EIKE („Europäische Institut für Klima und Energie“) im Saalekreis wird mit Nachrichten beschrieben. Laut Hausverwalter wurden außerdem alle Eingänge zugeklebt, sodass die eigene Scheibe eingeschlagen werden musste um hineinzukommen. **30.11.:** In Berlin brennt ein Geldautomat in Solidarität mit Alfredo, Juan, Anna und Ivan, die sich in italienischer Haft im Hungerstreik befinden. **1.12.:** In Berlin werden Bullenkarren vor einer Wache in Berlin angezündet. Die Aktion ist Alfredo, Anna, Juan und Ivan gewidmet. **1.12.:** In Bremen werden in Solidarität mit Alfredo und allen anderen Gefangenen Autos der Knastprofiteure SPIE und

Seiten derzeit nicht um echte Menschenleben geht.“ [Für eine transnationale Politik des Friedens]

Mythos 22: Die Kritik an der Beteiligung am Krieg basiert oft auf veralteten Zitaten aus anarchistischen Klassikern, die nicht auf den heutigen Kontext übertragen werden können.

Es stimmt, dass manchmal Figuren wie Malatesta, Bakunin, Goldman und andere zitiert werden, die sich gegen die bourgeoise Auffassung von Krieg ausgesprochen haben. Aber es stimmt auch, dass die aktuellen Befürworter des Krieges auf der Seite der ukrainischen Armee die gleiche Tendenz haben, Zitate zu verwenden, um ihren eigenen Positionen Gewicht zu verleihen.

Es ist leicht, nur einen Teil des Gesamtwerks einer Person herauszugreifen und andere zu ignorieren. Man interpretiert seine Worte auf seine Weise, weil es keine Möglichkeit gibt, zu überprüfen, wie er diesen Teil wirklich gemeint hat. Die Toten können nicht mehr debattieren oder ihre Positionen im Lichte der aktuellen Zeit und Situation neu definieren. Deshalb sehen wir ihr Zitat als Ergänzung zu dem Argument, nicht als dessen Kern. Wir finden es wichtiger, den Stimmen unserer Zeitgenossen zuzuhören und unsere Ansichten mit ihnen zu teilen, als darüber zu debattieren, was Malatesta vor hundert Jahren (falsch) gesehen hat. Genau das passiert, wenn wir versuchen, die antimilitaristischen und revolutionär-defätistischen Manifestationen der Proletarier in der Ukraine, Russland und anderswo auf der Welt unter der Schicht der Kriegspropaganda zu suchen.

Unsere Haltung zum Krieg wird nicht durch die Aussagen eines klassischen Anarchisten und Anarchistinnen bestimmt. Vielmehr beruhen die theoretische Ablehnung des Krieges und seine praktische Sabotage auf den Tendenzen derjenigen, die sich heute im Strudel des Krieges befinden oder bald in ihn hineingezogen zu werden drohen. So wie Malatesta zitiert wird, könnten wir auch die Tausenden von Deserteuren aus der ukrainischen Armee anführen, die Frauen, die den ukrainischen Staat daran hindern, ihre Partner zwangszuverpflichten, die Saboteure, die sich aus den zerbombten Städten zurückgezogen haben, um die Kriegsinfrastruktur außerhalb der Ukraine mit Guerillataktiken zu untergraben.

Aber hier geht es nicht in erster Linie um Zitate, sondern darum, eine Strategie zu finden, um die Auswirkungen des Krieges zu minimieren und wie man die Situation am besten nutzt, um die Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu organisieren. Wir definieren Krieg als die Verweigerung dieser Bedürfnisse zugunsten der Bedürfnisse der Bourgeoisie. Nicht, weil irgendein Anarchist oder irgendeine Anarchistin das vor hundert Jahren gesagt hat, sondern weil wir selbst Teil der Arbeiterklasse sind, die in den Krieg hineingezogen wird und gezwungen ist, für Interessen, die uns fremd sind, die größten Opfer zu bringen.

Mythos 23: Antimilitarismus ist wichtig, aber er ist ein Problem, wenn er zum Dogma wird.

Auf dieses Argument stoßen oft Menschen, die erst unzählige Proklamationen und Publikationen mit antimilitaristischen Themen herausgeben, wenn der Krieg auf der anderen Seite der Welt ist, aber wenn er vor ihrer Haustür stattfindet, fangen sie an, Kriegspropaganda zu reproduzieren. Der Grund für dieses Meinungsgefälle liegt vermutlich im unterschiedlichen Kontext, im Pragmatismus und im Nicht-Dogmatismus. Die Geschichte der Klassenkämpfe ist voll von Beispielen, in denen einige Anarchisten und Anarchistinnen versucht haben, ihre Praxis mit denselben Begründungen neu zu definieren. Anarchisten und Anarchistinnen, die sich der republikanischen Regierung in Spanien anschlossen, oder die tschechischen Anarchisten und Anarchistinnen, die in der ersten republikanischen Regierung saßen und der kommunistischen Partei beitraten. Wir können uns auch an die Anarchisten und Anarchistinnen erinnern, die es nach 1917 vorzogen, sich den Bolschewiki anzuschließen, oder an diejenigen, die im Ersten Weltkrieg Partei ergriffen. All diese Beispiele zeigen, dass ihre Akteure zwar von Pragmatismus sprachen, die Praxis ihre Behauptungen aber widerlegte. Vielmehr waren ihre Handlungen letztlich pragmatisch für die herrschende Klasse, die diese Anarchisten und Anarchistinnen als nützliche Idioten benutzte, wie es einigen jetzt im Fall des Krieges in der Ukraine passiert.

Zweifelloso gibt es unterschiedliche Kontexte für Kriege. Aber der Kern ist unverändert, egal ob es sich um zwei Weltkriege, verschiedene „nationale Befreiungskriege“ oder den aktuellen Krieg in der Ukraine handelt. Die Variablen sind unterschiedliche Faktoren. Zum Beispiel das Machtgleichgewicht zwischen den kriegführenden Blöcken, wer invasiver und aggressiver agiert oder in welche Ideologie sie ihre Aktionen verpacken. Was sich jedoch nicht ändert, ist die grundlegende Natur von Kriegen. Es sind immer blutige Konflikte, die von verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse für ihre Interessen ausgefochten werden, und die Arbeiterklasse ist gezwungen, dabei die größten Opfer zu bringen. Der einzige Krieg, den wir unterstützen können, ist ein Klassenkrieg.

Antimilitarismus ist kein abstraktes ideologisches Konstrukt, das von der Realität abgekoppelt ist. Im Gegenteil, er ist ein lebendiger Prozess, der aus dem Leben und den Kämpfen der Arbeiterklasse hervorgeht. Aus den Erfahrungen der Menschen aus Fleisch und Blut. Wenn wir über Antimilitarismus sprechen, geht es um praxiserprobte Prinzipien und nicht um theoretische Abhandlungen, die von den Schreibtischen der Akademiker fallen. Wir halten uns nicht an ein Dogma. Im Gegenteil, wir konfrontieren unsere Positionen ständig mit der Realität, die uns immer wieder beweist, dass Antimilitarismus während des Ersten Weltkriegs sinnvoll war, genauso wie im Fall des aktuellen Krieges in der Ukraine.

Dussmann geplättet. 3.12.: In Frankfurt wird die Günderröderstraße im Gallus besetzt. Freiräume statt Glaspaläste! 5.12.: In Landau wird die Deutsche Bank markiert: Rojava verteidigen! 10.12.: In Hamburg wird nach einem rassistischen Mordversuch der griechischen Bullen und in Solidarität mit den italienischen Anarchist*innen im Hungerstreik Feuer an einer Hertz-Niederlassung gelegt. Hertz ist Unterstützer der griechischen Bullen und des neoliberalen Nea-Democratica Regimes. 12.12.: In Bremen werden zwei Turkish-Airlines Reisebüros markiert – Defend Rojava! 16.12.: In Stuttgart wird das Ingenieurbüro SchleichBergmannPartner (sbp) mit Farbe markiert. Sbp hat mit der Weltmeisterschaft in Katar viel Geld verdient. 17.12.: In Kassel wird die SPD Geschäftsstelle mit jeder Menge Farbe und der Botschaft „STOP ERDOGAN“ verschönert. 18.12.: In Wuppertal werden ca. 7 große Autohäuser mit übelriechender Flüssigkeit beschmiert und Handzettel

„Ukrainer, Russen und Menschen aus jedem anderen Teil der Welt sind unsere Schwestern und Brüder; Klassenschwestern und -brüder, und ihnen versprechen wir, für sie erheben wir unsere Stimmen, um weiter zu schreien:

NEIN ZUM KRIEG! NEIN ZUM MILITARISMUS!

Genug davon, dass wir uns gegenseitig umbringen, um ihre schmutzigen Geschäfte zu erledigen. Genug von eurem Kapitalismus. (. . .)

**STOPPT DEN KRIEG! STOPPT IHN JETZT! WEDER PUTIN NOCH BIDEN!
KEINE NATO!**

SOLDATEN ALLER ARMEEN: DESERTIERT!“
[Confederación Nacional del Trabajo / CNT-AIT]

„Grüße daher an die proletarischen Frauen in der Ukraine, sowohl in der westlichen Region Transkarpatien (also unter ukrainischer Militärverwaltung) als auch im Donbass, in den „östlichen Provinzen“ (also unter russischer Militärverwaltung), die auf die Straße gegangen sind, um ihre Verachtung für die „Verteidigung des Vaterlandes“ zum Ausdruck zu bringen und die Rückkehr ihrer Söhne, ihrer Brüder, ihrer Verwandten zu fordern, die an eine der Fronten geschickt wurden, um Interessen zu verteidigen, die nicht die eigenen sind.

Grüße an die Proletarier in der Ukraine, die heimlich desertierten russischen Soldaten Unterschlupf gewähren, und zwar auf eigene Gefahr, denn wenn sie verhaftet werden, entweder von den russischen oder von den ukrainischen Militärbehörden, wird ihnen klar gemacht, wo in dieser dreckigen Welt die Rechtskraft liegt, welche Seite und welches Heimatland sie zu verteidigen haben und dass keine Verbrüderung geduldet wird.

Grüße an die Proletarier in der Ukraine, die sich trotz der Wehrpflicht mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, ob legal oder nicht, ihrer Eingliederung in die Militäreinheiten entziehen und sich somit weigern, sich zu opfern und unter den Falten des ukrainischen Nationaltuches zu dienen.

Grüße an die russischen Soldaten, die seit Beginn der „Spezialoperationen“ in der Ukraine vor dem Krieg und seinen Massakern fliehen, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge in funktionstüchtigem Zustand zurücklassen und ihr Heil in der Flucht suchen, über Netzwerke der Solidarität mit Deserteuren aus beiden Armeen.“ [Internationalistisches Manifest gegen kapitalistischen den Krieg und Frieden in der Ukraine. . .]

Mythos 24: Die Weigerung, sich am Kampf auf der Seite des ukrainischen Kriegswiderstands zu beteiligen, ist Ausdruck der kulturellen Hybris der westlichen Linken.

Dieser Mythos ist nur deshalb seltsam, weil die Menschen, die hinter diesem Text stehen, aus Mitteleuropa kommen, so dass man ihnen kaum westliche Herablassung vorwerfen kann. In Wirklichkeit ist der Widerspruch zwischen westlicher und mittel-osteuropäischer Mentalität ein falscher Widerspruch. Nicht, dass es keine Faktoren gäbe, die die Meinung der Menschen beeinflussen, je nachdem, wo sie leben. Es gibt sie, sie sollten nur nicht als allgemeingültige Schablonen stereotypisiert werden.

Hier geht es nicht um einen Gegensatz zwischen dem unempathischen Westen und der empathischen Mitte oder dem Osten. Es ist ein Gegensatz zwischen zwei verschiedenen Perspektiven, durch die das Problem des Krieges betrachtet wird. Die eine ist liberal-reformistisch und damit konterrevolutionär, die andere ist revolutionär. Beide Perspektiven werden von Menschen vertreten, die sich zum Anarchismus bekennen, was zeigt, dass dieses Etikett allein keine Übereinstimmung in grundlegenden Fragen impliziert. Wichtig ist, dass sich beide Pole dieser ideologischen Rahmen über den gesamten Globus erstrecken. Die Reproduktion von Stereotypen wie „West“ und „Ost“ hilft uns sicherlich nicht dabei, die imperialistische Denkweise zu untergraben, die durch die Schaffung solcher territorial definierten Gegensätze gekennzeichnet ist.

Tatsache ist, dass die revolutionär-defätistische Position, d.h. die Weigerung, für eine der Kriegsparteien Partei zu ergreifen, nicht nur unter westlichen Anarchisten und Anarchistinnen zu finden ist, auch wenn sie hier stärker artikuliert wird. Ihre Spuren sind auch in der Tschechischen Republik, der Slowakei, Russland, der Ukraine selbst und anderen Orten in Mittel- und Osteuropa zu finden.

Wir sehen die Suche nach nicht existierenden Widersprüchen eher als einen Versuch, einige Leute heimlich aus der Arena der internationalen Debatte und der praktischen Koordination anarchistischer Aktivitäten zu entfernen. Es reicht aus, jemanden als herablassend oder skrupellos zu bezeichnen, um viele zu dem Schluss zu bringen, dass es nicht legitim ist, mit solchen Menschen zu diskutieren, geschweige denn mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wir sehen eine gewisse Tendenz zur Manipulation.

„Vergessen wir nicht, dass der beste Weg, die Akzeptanz des Krieges zu fördern, darin besteht, Angst vor ihm zu verbreiten. Morgen, nach ein paar geschickten Modifikationen der Propaganda des Regimes, wird sich diese Angst vor dem totalen Krieg leicht in den Wunsch verwandeln, einen begrenzten Krieg zu akzeptieren, um den totalen Krieg zu vermeiden, und wer weiß, vielleicht finden wir einen neuen

aufgehängt, die die Produktion und den Verkauf von Autos kritisieren. Solidarität mit Lützerath! 23.12.: In Hamburg wurde die rechte Burschenschaft Germania in Wandsbek mit Farbe angegriffen. 23.12.: In Halle an der Saale gibt es Besuch für die Immobilienhaie, die in die Vorgänge rund um das Schiefe Haus und die Stein34 involviert waren: „Wir hoffen den beiden gefallen die Überarbeitungen an ihren Autos, auch wenn sie die jetzt wohl nicht mehr fahren können.“ 25.12.: In Oberndorf wird der Rüstungskonzern Rheinmetall Defence mit Farbe verschönert. 26.12.: In Hamburg wird das Jobcenter Farmsen besucht und der Fuhrpark mittels Feuer drastisch reduziert. Die Fahrzeuge werden u.a. für entwürdigende Hausbesuche der so genannten Bedarfsprüfung genutzt. 28.12.: In Rosenheim wird das AfD-Büro besucht. Als spätes Weihnachtsgeschenk gibt es ein paar mit Farbe gefüllte Christbaumkugeln. 31.12.: In Stuttgart wird das

Kropotkin (unter den vielen Neokropotkinisten, die unsere anarchistischen Publikationen bevölkern), der in der Lage ist, die Notwendigkeit eines kleinen Krieges im Angesicht des totalen Krieges zu unterstützen (schließlich „piccolo è bello“ – „klein ist schön“)[Krieg und seine Kehrseite – Alfredo Maria Bonanno]

Mythos 25: Es ist leicht, die Teilnahme am Krieg von Menschen abzulehnen, die ihre Meinung an einem sicheren Ort fernab des Krieges äußern und nicht auf die Bombardierung ihrer Städte reagieren müssen.

Es stimmt, dass es einfacher ist, seine eigene Sichtweise des Krieges aus sicherer Entfernung zu organisieren, als wenn Bomber über dir fliegen. Aber ist eine solche Sichtweise minderwertig und sollte nicht berücksichtigt werden? Ist die Sicht der Menschen in bombardierten Orten anderen Sichtweisen überlegen, weil die Menschen in einem Kriegsgebiet mehr Schrecken und Leid erfahren?

Wir könnten genauso gut sagen, dass es einfach ist, mehr Waffenlieferungen an die ukrainische Armee und Unterstützung für die Kämpfer der Territorialverteidigung von Menschen zu fordern, die dies aus der Sicherheit ihrer Häuser heraus tun, die in ihrem Leben noch nie eine Schusswaffe in der Hand hatten und nicht in der Lage wären, sie zu benutzen, wenn der Krieg hierher kommt. Wir sehen und respektieren ihre Meinung, auch wenn wir sie nicht unterstützen, weil wir eine andere Meinung haben. Warum sollte ein anderer Maßstab an Menschen angelegt werden, die sich weigern, in einem Krieg Partei zu ergreifen und nicht zur Unterstützung der Truppen aufzurufen?

„Im Namen der „nationalen Befreiung“, des „Nationalismus der Unterdrückten“ oder des „Antiimperialismus“ unterstützt die Linke schließlich den imperialistischen Krieg, unterstützt den organisierten und gegenseitigen Mord an den verschiedenen Nationalitäten der Arbeiterklasse unter „ihren“ Flaggen. Das trügerische Ideal der „nationalen Befreiung“ hat in der Geschichte zu nichts anderem geführt als zur Entstehung korrupter, bürokratischer Regime, die schließlich die Arbeiter und Arbeiterinnen unterdrücken, sobald sie die Kontrolle über die Maschinerie des kapitalistischen Staates erlangen.“ [Anarchismus, Nationalismus, Krieg und Frieden]

Mythos 26: Menschen, die die Teilnahme am Krieg aus sicherer Entfernung kritisieren, sind unempathisch und herablassend, weil sie den Menschen vor Ort nicht zuhören.

Obwohl wir die herablassenden Tendenzen einiger Menschen wahrnehmen, denken wir, dass das Etikett „herablassend“ oft mechanisch auf jeden angewendet wird, der sich kritisch über die Unterstützung der ukrainischen Armee für den Krieg äußert. Es geht darum, die Stimme der

Kritiker herabzusetzen, zu stigmatisieren und aus der Debatte auszuschließen. Am stärksten betroffen sind dann Menschen aus Westeuropa oder den USA, deren Meinung oft schon allein deshalb nicht berücksichtigt wird, weil sie nicht aus Mittel- oder Osteuropa stammen. Im Kern ist ein solcher Mechanismus tatsächlich diskriminierend, stereotypisierend und vorurteilsbehaftet, auch wenn seine Befürworter andere beschuldigen, genau das zu tun.

Zu sagen, dass wir gegen den Krieg sind und uns weigern, in dem Konflikt Partei zu ergreifen, bedeutet nicht automatisch, dass uns die Meinung der Menschen in der Ukraine egal ist und dass es uns gleichgültig ist, wenn sie unter Beschuss von russischen Truppen stehen. Tatsächlich hören wir diesen Menschen zu und sehen, dass es nicht nur eine einheitliche Stimme gibt, sondern einen riesigen Flickenteppich aus vielen Meinungen, die oft an der Basis auseinandergehen. Tatsächlich nehmen dieselben Leute, die uns vorwerfen, wir würden nicht zuhören, oft nur eine Tendenz aus dem vielschichtigen Ganzen heraus und ignorieren die anderen oder spielen sie herunter. Wir versuchen, so vielen Stimmen wie möglich zuzuhören, aber wir unterstützen nur die, die wir konstruktiv finden. Andere kritisieren wir und weigern uns, sie zu unterstützen. Kurz gesagt, wir nehmen unterschiedliche Tendenzen wahr und versuchen nicht, die Kriegspropaganda zu unterstützen, die die ukrainische Bevölkerung als eine geeinte Gemeinschaft darstellt, die einstimmig zur Beteiligung am Krieg aufruft.

Einige unserer Kritiker werfen uns vor, nicht zuzuhören, aber sie ignorieren die Stimmen des Teils der Bevölkerung, der sich weigert, die ukrainische Armee zu unterstützen und sich gegen die Zwangseinberufung von Männern wendet, die nicht kämpfen wollen. Die Stimme der ukrainischen Deserteure wird ignoriert, während die Stimme der ukrainischen Soldaten so wiedergegeben wird, als wäre sie die einzige, die gehört wird. Das nennt man Kriegspropaganda, nicht Zuhören und Empathie.

– EINWOHNER VON CHARKOW SAGEN:

„Die Menschen wählen die beste Lösung für die aktuelle Situation. Warum sollten sie etwas schützen wollen, das ihnen nicht gehört? Die Behörden haben sich 30 Jahre lang die Taschen vollgestopft mit Palästen und Yachten im Ausland. Jetzt soll die Elite ihren hart erarbeiteten Reichtum schützen, während die arbeitende Bevölkerung einen sicheren Hafen im Ausland genießt. Wenn die herrschende Klasse sich nicht verteidigen will, sie schickt nicht einmal ihre Kinder an die Front, warum sollte dann die ausgebeutete Klasse kämpfen? Zeig mir einen Oligarchen (egal ob russisch oder ukrainisch), der seinen Besitz verkauft hat, sich und sein Wachbataillon bewaffnet hat und jetzt persönlich mit Panzern an die Front fährt und schießt.“ [Neue Arbeit und soziale Konflikte]

italienische Konsulat mit roter Farbe markiert: Free Alfredo! 01.01.: In Rom werden 25 Fahrzeuge der Firma Hertz in Brand gesetzt. In Solidarität mit Alfredo Cospito, Thanos Chatziangelou, Ivan Alocco, Juan, Anna, Rupert und Toby Shore. 03.01.: In Berlin brennt ein LKW der Firma Hertz. Diese vermietet ihre Fahrzeuge zu vergünstigten Konditionen an Polizei und Militär in Griechenland und anderswo. Eine Aktion in Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen Thanos Chatziangelou in Griechenland. „Als geeigneten Ort des Feuers fanden wir die Sonnenallee in Neukölln, eine Nachbarschaft in der es häufiger zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Nach den Ausschreitungen dort zu Silvester tobt sich die Hetze der PolitikerInnen und Presse an den „migrantischen Jugendlichen“ aus. Wir hingegen begrüßen jede Rakete und jeden Böller, die gegen die Bullen eingesetzt wurden und solidarisieren uns mit den RandaliererInnen.“

Mythos 27: Den Widerstand der ukrainischen Armee von außerhalb der Ukraine zu kritisieren, bedeutet, der ukrainischen Bevölkerung die Selbstbestimmung und die Fähigkeit abzusprechen, selbstbestimmt Veränderungen herbeizuführen.

Wir glauben nicht, dass wir ein Vorrecht haben, über die Zukunft der ukrainischen Bevölkerung zu entscheiden. Aber wir denken auch nicht, dass man ihnen dieses Recht verweigert, wenn jemand bestimmte Maßnahmen kritisiert, die sie als Teil ihrer Selbstbestimmung ergreifen wollen. Die Rede vom Recht auf Selbstbestimmung wird sehr oft zu einem Argument, um über die Schrecken hinwegzusehen, die jemand gewählt hat. Manche sehen darin auch eine Rechtfertigung für die Unterstützung reaktionärer Tendenzen, die emanzipatorische Bewegungen behindern. Deshalb nehmen manche Anarchisten und Anarchistinnen Anstoß daran, dass ein Staat die Souveränität eines anderen Staates nicht respektiert, als ob es die Aufgabe von Anarchisten und Anarchistinnen sein sollte, für den Staat und seine Souveränität zu kämpfen. Dieselben Anarchisten und Anarchistinnen rufen auch zur Unterstützung des Teils der ukrainischen Bevölkerung auf, der sich entschieden hat, für die bourgeoise Demokratie zu kämpfen und zu sterben. Sie haben sich dafür entschieden, sagen sie, und wir müssen sie dabei unterstützen, damit wir nicht respektlos, paternalistisch und skrupellos sind. Kurz gesagt, dieser Teil der liberalen Demokraten, die sich aus irgendeinem Grund Anarchisten und Anarchistinnen nennen, sind bereit, selbst die dem Anarchismus feindlichsten Tendenzen zu unterstützen, mit der Begründung, dass wir die Selbstbestimmung und die Meinungen der Menschen, die diese Tendenzen zum Ausdruck bringen, respektieren müssen. Wenn wir diese Perspektive zum Beispiel auf die Tschechische Republik übertragen wollten, würde das bedeuten, dass wir den sehr großen Teil der dortigen Bevölkerung unterstützen sollten, der die parlamentarische Demokratie als eine Möglichkeit sieht, seine Interessen zu verteidigen. Vor jeder Wahl würden wir zu ihrer Unterstützung aufrufen und Mittel für den Wahlkampf von Politikern bereitstellen, denn das ist es, was diese Menschen wollen und wir wollen nicht respektlos gegenüber ihrer Selbstbestimmung sein. Und wenn es jemand aus einem anderen Land wagt, die Wahlbeteiligung der tschechischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu kritisieren, sollten wir sie als hochmütige Person verurteilen, die den tschechischen Arbeitern und Arbeiterinnen nicht zuhört und ihnen aus einem Gefühl der kulturellen Überlegenheit heraus vorschreiben will, wie sie ihre Zukunft zu gestalten haben. Das wäre unsinnig und wir teilen diese Sichtweise nicht. Deshalb werden wir, genauso wie wir die Wahlbeteiligung der tschechischen Arbeiter und Arbeiterinnen kritisieren, die Wahlbeteiligung der ukrainischen Arbeiter und Arbeiterinnen im Krieg kritisieren. Wenn jemand das als herablassend bezeichnet, dann soll es so sein. Wir organisieren uns nicht, um die ganze Welt zu überzeugen, dass wir wunderbar sind, sondern um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Dazu brauchen wir sicherlich Verbindungen zu anderen Menschen, aber nicht unbedingt zu allen und um jeden Preis.

Wir erliegen nicht dem Quantitätswahn, der besagt, je mehr Menschen du zusammenbringst, desto mehr Erfolg hast du. Vielmehr schauen wir auf den Inhalt und darauf, zu welchem Zweck die Menschen sich verbinden. Reaktionäre und konterrevolutionäre Positionen werden von uns nicht unterstützt, selbst wenn sie von der großen Mehrheit der Menschheit gewählt werden, denn wir sehen das nicht als einen Weg, unsere Emanzipation anzugehen.

„Die Streitkräfte sind den sozialen Kräften in der Gesellschaft, aus der sie hervorgehen, schutzlos ausgeliefert. Die Revolte in der zivilen Gesellschaft dringt durch die Fassade der Armee bis in die Reihen der Rekruten vor. Das Verhältnis zwischen Offizieren und Rekruten ist ein Spiegelbild des Verhältnisses zwischen Chefs und Angestellten, und sowohl in der militärischen als auch in der zivilen Version des Arbeitsplatzes treten ähnliche Dynamiken des Klassenkonflikts auf. Das Militär ist niemals eine hermetisch abgeschlossene Organisation. Und unsere Machthaber wissen das alles. Unsere Herrscher wissen, dass sie dem Widerstand der Massen ausgesetzt sind und dass ihr Reichtum und ihre Macht die Frauen und Männer der Arbeiterklasse, von denen sie abhängig sind, von innen heraus zerstören können. Und wir sollten das auch wissen.“ [khaki rebels: Die Subversion der amerikanischen Streitkräfte während des Vietnamkriegs]

„Betonen wir auch die Tatsache, dass die Positionen des proletarischen Internationalismus und des revolutionären Defätismus angesichts des ungünstigen Kräfteverhältnisses für unsere Klasse im Moment oder angesichts ihrer Niederlage nach der Weltrevolution 2019 nicht offensiv sein können, d.h. als echte Alternative wirken und die proletarische Weltrevolution durchführen können, sondern defensiv sein können. Defensiv, um was zu verteidigen? Nicht abstrakte Prinzipien, sondern das Leben von Hunderttausenden von Proletariern in den kriegführenden Regionen. Leben, die von den Proletariern selbst verteidigt werden müssen, ohne Vermittler oder Vertreter.“ [Proletarios Revolucionarios] Über revolutionären Defätismus und proletarischen Internationalismus im laufenden Krieg zwischen Russland, der Ukraine und der NATO

Mythos 28: Die Gegner der Unterstützung für die ukrainischen Streitkräfte sind in Wirklichkeit Propagandisten für das Putin-Regime.

Wenn wir die Dinge mit einem nüchternen und nicht mit einem von Kriegspropaganda belasteten Auge betrachten, können wir eine wichtige Tatsache erkennen: Kriegs- und Pro-Regime-Propaganda gibt es sowohl auf der russischen als auch auf der ukrainischen Seite. Aber wir entscheiden uns nicht für die eine Kriegspropaganda im Gegensatz zur anderen. Wir weigern uns, ihr zuzuhören und sie zu verbreiten, egal, von welcher Seite sie kommt.

5.01.: In NRW wird das Bauunternehmen Lücker von militanten Klima-Aktivisten mit Brandsätzen angegriffen. Lücker beteiligte sich bei fast allen vorangegangenen Räumungen im rheinischen Revier. **05.01.:** Hamburg: „In Gedanken an den hungerstreikenden Anarchisten Alfredo Cospito haben wir in der Nacht auf den 5.1. LKW von Strabag in der Schanze in Brand gesetzt. Strabag baut nicht nur Knäste. Spätestens seit dem Kampf um den Dannenröder Wald wurden sie auch oft zum Ziel von Angriffen weil sie aktiv die Natur zerstören. Unser Feuer soll auch den Kämpfenden in und um Lützerath Kraft geben. Tag X wurde bereits ausgerufen.“ **05.01.:** „Am Abend des 05. Januar haben wir während des Neujahrsempfangs der AfD Christer Cremer zu Hause einen Besuch abgestattet und sein Balkonfenster zerstört und mit Farbe markiert.“ **05.01.:** „In Solidarität mit den akut räumungsbedrohten Projekten im Fechenheimer Wald und in Lützerath (ZAD Rheinland)



Der Mechanismus der Kriegspropaganda ist die Selektivität der Informationen. Bestimmte Teile des farbenfrohen Ganzen werden herausgegriffen und zu unglaublichen Ausmaßen aufgeblasen. Andere Teile wiederum werden beschönigt, unsichtbar gemacht, zum Schweigen gebracht, lächerlich gemacht und verharmlost. Wer ein Beispiel für eine solche Propaganda sucht, braucht sich nur die Berichte anzuschauen, die in einigen anarchistischen Medien immer wieder über den Stolz des ukrainischen Militärs kursieren. Dabei werden weder die zahlreichen Deserteure und Kriegsgegner-, innen in der ukrainischen Region noch die unnötigen Gräueltaten der ukrainischen Armee erwähnt. Wir lehnen diese Art von Kriegspropaganda ab, genauso wie die der Unterstützer des Putin-Regimes. Anti-Kriegs-Agitation ist keine Pro-Regime-Propaganda.

„Paradoxerweise wissen die meisten Menschen auch heute noch nicht, was Krieg eigentlich ist, d.h. was er bedeutet, welche Ursachen er hat und welche Folgen er wirklich hat. Die Menschen denken oft, dass sie es ‚wissen‘, weil sie es im Fernsehen gesehen oder darüber gelesen haben; andererseits ist es klar, dass wir das gesehen und gelesen haben, was sie uns sehen und lesen lassen wollen, und dass die Bombardierung mit Informationen nicht zum wirklichen Verständnis beiträgt,

sondern zur Verwirrung darüber, was der Zweck ist.“ [Krieg und seine Kehrseite – Alfredo Maria Bonanno]

„In den vielen Interviews mit Ukrainern in westlichen Medien hört man nie jemanden, der Opposition oder gar Zweifel am Krieg äußert, obwohl wir aus den sozialen Medien und unseren eigenen Quellen wissen, dass es sie gibt. Aber den Medien zufolge sind alle dort bereit, für die Nation zu sterben. Dennoch hielt es Zelensky für notwendig, ein Ausreiseverbot für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren zu erlassen. Jeder muss als Kanonenfutter für das Vaterland zur Verfügung stehen.“ [Kämpfe nicht für „dein“ Land]

haben wir heute Nacht die protzigen Autos und Schaufenster der Hessengarage in Frankfurt-Riederwald demoliert. Genutzt haben wir dafür möglichst schwere Werkzeuge, damit sich die Karosserie verzieht und ein höherer Schaden entsteht. Wir sind anschließend un-erkannt verschwunden. Ein Schaden Unbeteiligter wurde ausgeschlossen.“ 06.01.: In Berlin kassiert der Bundesverband deutscher Banken Hammerschläge und Farbe an der Glasfassade. - Ihr seid die Krise – Grüße an den Widerstand in Lützerath. 08.01.: In Altenburg gibts Glasbruch bei Berger Brillen. Der Geschäftsführer ist ehemaliges AfD-Mitglied rechter Akteur in der Stadt und Frauenfeind. 11.01.: In Berlin wird eine Filiale der Deutschen Bank großflächig mit gelben X markiert. In Solidarität mit Lützerath. 12.01.: In Erfurt werden zwei Nazis, nach einem organisierten Angriff von Antifas, schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. 12.01.: Nach der begonnenen Räumung in

Mythos 29: In diesem Krieg muss die Demokratie gewinnen, damit der Faschismus/die Diktatur nicht gewinnt.

Es steht außer Frage, dass der Faschismus/die Diktatur das Problem ist. Es ist nur so, dass das schlimmste Produkt des Faschismus der Antifaschismus ist. Immer wenn der Faschismus verfolgt wird, als wäre er das schlimmste aller Übel, wird der Weg für andere Staatsformen – wie demokratische – geebnet und ihre Verbrechen werden unterstützt. Antifaschistische Einheit ist nichts anderes als klassenübergreifende Kollaboration, bei der sich die Proletarier mit der Bourgeoisie zusammenschließen, die trotz des „temporären Bündnisses“ nicht zögert, hart gegen alle antikapitalistischen und staatsfeindlichen Manifestationen vorzugehen. Antifaschistische Mobilisierungen werden oft mit der Notwendigkeit begründet, dem Totalitarismus entgegenzutreten, aber sie tun dies auf eine Art und Weise, die die autoritären Merkmale der parlamentarischen Demokratie verstärkt. Wie Gilles Dauvé feststellte, „endet der Antifaschismus immer damit, dass er den Totalitarismus stärkt; sein Kampf für einen „demokratischen“ Staat endet damit, dass er den Staat stärkt.“

Die parlamentarische Demokratie mag weniger intensiv staatliche Gewalt ausüben als ein faschistisches Regime, aber das ist kein Grund, für die Demokratie zu kämpfen und zu sterben. Diejenigen, die behaupten, dass die Arbeiterklasse in einer liberalen Demokratie mehr und besser organisiert ist, sind so sehr in ihren Fantasien gefangen, dass sie den Bezug zur Realität verloren haben. Tatsächlich neigt die kämpferische Arbeiterbewegung in der Demokratie oft dazu, zu erlahmen; sie wird allmählich von den Strukturen des Staates aufgesogen, der gleichzeitig nicht zögert, jede radikale Tendenz zu unterdrücken. Es kann bezweifelt werden, dass die errungene demokratische Form des Staates bedeutet, dass autoritäre Tendenzen aus dem Staatsapparat verschwinden. Sie werden bleiben und sich immer dann manifestieren, wenn die Arbeiterklasse ihren Kopf erhebt und beginnt, als organisierte autonome Kraft kämpferisch zu handeln. Mit anderen Worten: Die liberale Demokratie wird niemals die Antithese oder Negation der Diktatur sein; sie wird immer eine der Organisationsformen der totalisierenden kapitalistischen Ordnung sein. In der Tat sind diktatorische und demokratische Kräfte in jedem Staat gleichzeitig vorhanden und schließen sich nicht gegenseitig aus. Ihr relatives Verhältnis zueinander hängt von der (Un-)Kampffähigkeit der Arbeiterklasse und der (Un-)Fähigkeit der Bourgeoisie ab, die Herrschaft ihrer Klasse über die Gesellschaft zu sichern.

Der Staat wird nur dann fallen, wenn wir sowohl seine diktatorischen als auch seine demokratischen Tendenzen gleichzeitig untergraben. Wenn wir uns ausschließlich auf die Unterdrückung eines Teils konzentrieren, wird er früher oder später mit Hilfe des anderen Teils wiederhergestellt werden. Vergessen wir nicht, dass der demokratische Staat die Möglichkeit behält, autoritäre Maßnahmen einzuführen, so wie der faschistische Staat das Proletariat manchmal durch demokratische Kooptation

befriedet. Das Dilemma von Faschismus oder Demokratie ist falsch. In Wirklichkeit wissen internationalistische Revolutionäre, dass es nur zwei Möglichkeiten gibt: den Kapitalismus oder seine revolutionäre Überwindung.

„Die Faszination des „bewaffneten Kampfes“ wendet sich schnell gegen die Proletarierinnen und Proletarier, sobald sie ihre Schläge ausschließlich gegen eine bestimmte Form des Staates richten und nicht gegen den Staat selbst.“ [Faschismus und Antifaschismus – Gilles Dauvé]

„Wenn die Niederlage im Krieg für Russland einige politische Veränderungen bedeutet (zumindest einen Palastputsch und eine mögliche Aufspaltung in Teile oder einen teilweisen Verlust der Souveränität), sieht die Zukunft der Ukraine in jedem Fall sehr traurig aus. Nicht umsonst wurde Zelensky lange vor dem Krieg oft mit dem jungen Putin verglichen, und als Ergebnis des Sieges könnten wir ein Regime bekommen, das nicht weniger diktatorisch ist als das russische. Ein sehr bezeichnendes Beispiel kam diesen Monat, als er erklärte, dass die Grenzen bis zum Ende des Kriegsrechts nicht für Menschen geöffnet werden (. . .)“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Kurz gesagt, sowohl der eine als auch der andere kapitalistisch-imperialistische Block, der sich derzeit im Krieg befindet, maßt sich an, „der Retter der Demokratie“ zu sein und beschuldigt den Gegner, ein „faschistisches Monster“ zu sein. Damit rechtfertigt er seine Kriegstreiberei und schwärmt von der Wiederholung der „glorreichen“ Zeiten des Zweiten Weltkriegs. Genug, um zu erkennen, dass „Demokratie gegen Faschismus“ ein falscher Antagonismus oder vielmehr ein innerbourgeois und innerimperialistischer Krieg ist, in dem die Proletarier nichts als Kanonenfutter sind. (. . .) Historisch gesehen hat die Bourgeoisie, als sie feststellte, dass die Demokratie nicht mehr funktionierte, um den Vormarsch des Proletariats zu bekämpfen, zum Faschismus gegriffen. . . und umgekehrt. Auch wenn sie sich in Form und Intensität der Gewalt, die der Staat der Reichen und Mächtigen gegen die Ausgebeuteten und Unterdrückten ausübt, unterscheiden, sind sie logischerweise im Kern dasselbe, oder, um es bildlich auszudrücken, Demokratie und Faschismus sind zwei Tentakel desselben Kraken: die soziale Diktatur des Kapitals über die proletarisierte Menschheit in der ganzen Welt. Deshalb sind Demokratie und Faschismus keine Gegensätze, sondern ergänzen sich, so wie die Linke und die Rechte. (. . .) Die Linke des Kapitals wendet sich gegen den Faschismus und nicht gegen die Demokratie, weil sie letztere verteidigt, sie ist Demokrat; oder besser gesagt, weil sie sozialdemokratisch oder reformistisch ist, auch wenn sie sich „marxistisch“ (verschiedene/unterschiedliche Leninisten) oder „anarchistisch“ (liberale Anarchisten) nennt.“ [Proletarios Revolucionarios] Über revolutionären Defätismus und proletarischen

Lützerath, wird in Aachen das Büro von den Grünen entglast und das der CDU großflächig mit Parolen verziert. Lützi bleibt! 12.01.: 5 LKW und ein Transporter des Auto-Verleihs Hertz brennen in Leipzig. „In Solidarität mit den Gefangenen im Hungerstreik Alfredo, Ivan, Thanos und mit den 11 Gefährt:innen aus der Türkei. Für alle anarchistischen Gefangenen die vom Staat inhaftiert sind und für all die anderen, die draußen weiter kämpfen. Grüße gehen an die Menschen die Lützerath militant verteidigen!“ 13.01.: Feurige Sabotage an den Schienen der Kohlebahn gibt es in Köln. Grüße nach Lützerath. 13.01.: Nach der Räumung von Lützerath zieht eine Sponti durch Berlin Mitte, entglast rund 26 Geschäfte und greift die anrückende Polizei an. 13.01.: In Köln wird eine Siemens Niederlassung mit Steinen und Farbe angegriffen, mehrere Scheiben gehen zu Bruch. „Lützi lebt, liebt und kämpft!“ 15.01.: In Hamburg brennt ein Siemens-Auto. Ein Beitrag

Internationalismus im laufenden Krieg zwischen Russland, der Ukraine und der NATO

„Andere Interpretationen verfolgen andere Ansätze und bewerten den russischen Imperialismus als eine Gefahr für ganz Europa und darüber hinaus. Einige Elemente der libertären Orientierung schließen sich diesen Interpretationen an. Ohne die Bedrohung durch den russischen Autoritarismus und Militarismus in Frage zu stellen, glauben wir, dass nicht die militärische Niederlage Russlands in der Ukraine eine autoritäre Wende in Westeuropa verhindern wird. Die autoritären gesellschaftlichen Prozesse, die in Russland und den OTSC-Ländern eindeutig vorherrschen, sind in der Europäischen Union schon seit Jahren am Werk, und der Krieg beschleunigt sie nun weiter. Außerdem basiert die „Demokratie“ auf der Bedingung des eigenen Privilegs. Eine Sichtweise, die die Europäische Union als Leuchtturm der Demokratie darstellt und Russland, China und ihre Satelliten als Erben des Totalitarismus in Verbindung mit einem grausamen Kapitalismus abstempelt, ist das Herzstück westlichen Denkens, das nicht zu uns gehört.“ [die FAI – Federazione Anarchica Italiana]

Mythos 30: Die Aussage „Kein Krieg außer Klassenkrieg“ ist eine abstrakte und unpraktische Parole. Sie ist für die bombardierte Bevölkerung nutzlos.

Die Menschen in der Ukraine, die angegriffen werden, müssen sich sofort mit der Situation auseinandersetzen. Aber sie werden von denjenigen in die Irre geführt, die behaupten, die Lösung bestehe darin, sich in der Territorialen Verteidigung zu verschanzen, d. h. genau dort, wo die Bomben fallen. Diejenigen, die behaupten, dass sie im Bündnis mit der ukrainischen Armee ihr Leben an die Front setzen sollen, sind Manipulierer, und ihre Lösung scheint sehr unpraktisch zu sein. Derselbe Staat, der die Männer in den Krieg treibt, hindert sie daran, das Land zu verlassen und sich vor den Bombenangriffen außerhalb der Ukraine zu verstecken. Derselbe ukrainische Staat weist auf die Aggression der russischen Armee hin, aber seine Gesten zeigen die Bereitschaft, den Krieg zu eskalieren, selbst auf Kosten unzähliger weiterer Opfer. Denn wenn ein Staat um seine Existenz besorgt ist, ist er bereit, die Existenz derer, die er regiert, zu opfern. In einer solchen Situation ist das Bemühen, einen innerimperialistischen Krieg in einen Klassenkrieg umzuwandeln, keine abstrakte Ideologie, sondern eine Frage von Leben und Tod. Und das ist nicht nur eine Frage des Überlebens der ukrainischen Bevölkerung, sondern der gesamten Menschheit. Die Möglichkeit eines dritten Weltkriegs ist ebenso wenig ausgeschlossen wie der Einsatz eines extrem zerstörerischen Atomwaffenarsenals.

„Der Punkt ist, dass es keinen Kapitalismus ohne Krieg gibt, erst recht nicht in Krisenzeiten, die einmal mehr den gewalttätigen und katastrophalen Charakter dieses Systems entlarven. Und dass im Rahmen der

gegenwärtigen kapitalistischen Krise ein Dritter Weltkrieg möglich ist. Das wäre übrigens kein klassischer Krieg, sondern eine neue Art von Krieg: „hybrid“, fragmentiert, gestaffelt und, was am schlimmsten ist, nuklear und verheerend. Hinzu kommt die anhaltende globale ökologische Krise. Dadurch wird unsere Art ernsthaft vom Aussterben bedroht.

Aus diesen schwerwiegenden Gründen wären die Parolen, die den imperialistischen Krieg in einen Klassenkrieg und Kommunismus oder in die Auslöschung umwandeln, nicht mehr abstrakt, sondern konkret und dringend, um das Leben der proletarisierten Menschheit, die den Planeten Erde bewohnt, zu verteidigen und zu regenerieren.“ [Proletarios Revolucionarios] Über revolutionären Defätismus und proletarischen Internationalismus im laufenden Krieg zwischen Russland, der Ukraine und der NATO

Mythos 31: Die antimilitaristische Initiative muss darauf abzielen, den Militarismus des russischen Militärs zu besiegen.

Diese Position ist in ihrem Kern legitim, aber das Problem ist, dass sie nur ein Teil einer komplexeren Wahrheit ist. Der andere Teil ist, dass die antimilitaristische Initiative ebenso darauf abzielen sollte, den Defätismus in der ukrainischen Armee und jeder anderen staatlichen Armee zu verbreiten. Antimilitarismus ist eine Position, die auf der Opposition gegen alle staatlichen Armeen und ihre Kriege basiert. Diese Opposition bedeutet, dass Antimilitaristen nicht wählen, auf welcher Seite sie in Kriegen zwischen Staaten stehen. Mit anderen Worten: Sie kämpfen nicht gegen den Militarismus des einen Staates, indem sie den Militarismus eines anderen Staates unterstützen. Aber genau das passiert, wenn einige Leute gegen den Militarismus der russischen Armee kämpfen wollen, indem sie den Militarismus der ukrainischen Armee unterstützen. Sie können das in populistische Phrasen über die Unterstützung der „Selbstverteidigung des Volkes“ verpacken, aber in Wirklichkeit unterstützen sie den Militarismus, denn die Einheiten, die in der Ukraine kämpfen, sind Teil der Strukturen der ukrainischen Armee und stehen unter dem Kommando der staatlichen Behörden. Es kann keine Rede davon sein, dass sie autonom sind und schon gar nicht, dass sie den Militarismus unterwandern. Sie sind militaristisch und das lässt sich nicht dadurch ändern, dass die Soldaten sich schwarz-rote Logos auf ihre Uniformen stecken und Erklärungen voller staatsfeindlicher Phrasen herausgeben.

Die antimilitaristische Position beruht – von streng pazifistischen Ausnahmen abgesehen – nicht auf der Weigerung, sich der Kriegsgaggression zu widersetzen. Sie bevorzugt lediglich eine andere, nicht-militarisierte Form, diese Verteidigung zu organisieren. Anarchisten und Anarchistinnen zum Beispiel verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz im bewaffneten Kampf außerhalb der staatlichen und militärischen Strukturen. Dieser Kampf ist in der Regel militant, aber nicht militarisiert. Wann immer einige Anarchisten und Anarchistinnen beschlossen,

von solidarischen Menschen im Kampf um Klimagerechtigkeit und die Verteidigung von Lützerath. 15.01.: In Stuttgart wird eine Filiale der Commerzbank eingefärbt. Grund dafür sind die massiven Angriffe auf die Revolution in Kurdistan. 16.01.: „In den frühen Morgenstunden haben wir uns Zugang zu einem gut gesicherten Gelände in der Germaniastraße in Berlin-Tempelhof verschafft und 25 Amazon-Prime Fahrzeuge mittels Brandsätzen aus dem Verkehr gezogen. Ein Feuer der Solidarität mit den Besetzer*innen in Lützerath und den Gefangenen im Hungerstreik.“ 16.01.: Mit einfachen Grillanzündern auf den Reifen zerstören Autonome 4 Post-Lieferwagen in Leipzig. Der Aktion voraus gingen erneute Hausdurchsuchungen in Connewitz. 17.01.: In Münster wird die Fassade der Westfälischen Nachrichten mit Farbbeuteln verschönert. Grund dafür ist eine geschmacklose Karikatur zur Räumung in Lützerath, die zuvor in der Zeitung abgedruckt wurde.

ihre Truppen und Milizen der Logik der Armee unterzuordnen, tappten sie in eine Falle, die später ihre Niederlage bedeutete. Ein trauriges Beispiel dafür ist die Militarisierung einiger CNT-FAI Milizen während der Revolution in Spanien in den Jahren 1936-1939. Die damalige Zeit war genauso widersprüchlich wie heute. Deshalb gab es schon damals neben den Befürwortern der Militarisierung auch konsequente Antimilitaristen, die kein Problem damit hatten, zu den Waffen zu greifen, sich aber weigerten, sich mit der einen oder anderen Fraktion der herrschenden Klasse zu verbünden und sich nicht der militärischen Logik zu unterwerfen.

„Jeder hasst den Krieg. Vor allem die Menschen, die andere Menschen zum Sterben auf das Schlachtfeld schicken. Sie behaupten, dass sie ihn verabscheuen, aber leider werden sie von der anderen Seite dazu gezwungen. Die andere Seite, die in unsere traditionellen Jagdgebiete eindringt. Die andere Seite, die in eine „souveräne“ Nation eindringt. Wir haben keine andere Wahl! Wir müssen uns verteidigen. . . . Zu welchem „wir“ gehörst du? Die unerbittliche Propaganda auf beiden Seiten zwingt jeden, sich für eine Seite zu entscheiden, ein aktiver Teilnehmer oder ein Cheerleader (A.d.Ü., Befürworter) des Krieges zu werden. (. . .) Der Begriff (A.d.Ü., Kriegsverbrecher) suggeriert, dass es zwei Arten der Kriegsführung gibt: eine zivilisierte und eine kriminelle. Wenn es jemals einen Unterschied zwischen den beiden gab, dann wurde er durch die Fortschritte in der Militärtechnologie verwischt. (. . .) Je mehr zerstörerische Kraft jede Seite einsetzt, desto größer sind die „Kollateralschäden“ für die Zivilbevölkerung. Je mehr der Krieg in der Ukraine eskaliert, desto mehr Leben von einfachen Ukrainern wird zerstört, desto mehr wird das Land zu einer Ruine.“ [Kämpfe nicht für „dein“ Land]

„In den letzten Jahren haben einige Gruppen und Einzelpersonen Parallelismen zwischen der sozialen Revolution im spanischen Staat von 1936 bis 1939 und der sogenannten „Rojava Revolution“ gezogen. Dies findet nun auch in der Beteiligung sogenannter Anarchisten und Anarchistinnen im Krieg zwischen der Russischen Föderation und dem ukrainischen Staat statt. Wir haben unsererseits diesen Parallelismus niemals verwendet, denn er ergibt historisch und auf den Anarchismus bezogen gar keinen Sinn. Dieser Parallelismus wird gezogen um eine Teilnahme von Anarchistinnen und Anarchisten, sei es auf individueller oder auf kollektiver Ebene, an den Kriegen des Kapitalismus, um eine Fraktion des Kapitals zu verteidigen, zu rechtfertigen. Schon während

der sozialen Revolution ab 1936 gab es viele Stimmen im revolutionären Lager die sich gegen die Militarisierung der Revolution, sowie auch gegen die Bildung einer Volksarmee erhoben. Egal wie sehr man die Geschichte verfälscht und sie nach den eigenen Bedürfnissen biegt, es bleibt eine Fälschung, die Massen kämpften damals in Spanien nicht für die Demokratie, die Republik, alles Instrumente der Herrschaft des Kapitals, sondern für die Abschaffung dieser.“ [Milizionäre, ja! Aber Soldaten, niemals! – Spanische anarchistische Milizen (1936)]¹³

„Für uns ist das Militär ein integraler Bestandteil des Faschismus. Die Armee ist das charakteristische Instrument des Autoritarismus. Die Armee zu unterdrücken, bedeutet, die Möglichkeit der Unterdrückung zu unterdrücken, die diese Armee dem Volk bietet . . .

Wir verkünden so oft wie möglich und trotz allem, dass wir Antimilitaristen sind. Wir wollen keine Nationale Armee. Wir wollen nicht, dass die populären Milizen, die den Willen des Volkes verkörpern, verschwinden. Nur sie können die Freiheit des spanischen Volkes verteidigen.“ [Auszüge aus der französischen Publikation „Catalogue Libertaire 1936-1937“]

„Wir verabscheuen beide Seiten dieses Krieges: Anstatt in diesem Krieg Partei zu ergreifen, sind wir gegen alle staatlichen Armeen und ihre Kriege – wir verabscheuen nicht nur ihre Massaker, sondern auch ihren blinden Gehorsam, ihren Nationalismus, den Gestank der Kasernen, die Disziplin und die Hierarchien. Gegen jede Form des Militarismus und des Staates zu sein, bedeutet jedoch nicht, dass wir gegen den Griff zu den Waffen sind. (. . .) Wir wollen dem Krieg zwischen zwei Staaten unseren Antimilitarismus entgegensetzen: eine Antikriegsbewegung, die sich nicht auf die Solidarität mit der Nation oder dem Staat beruft, sondern auf die Ablehnung jedes staatlichen Krieges. Unabhängig davon, in welchem Staat wir leben, können wir die Propaganda, die Logistik und die Logik des Krieges wütend machen, stören und sabotieren: indem wir Sand ins Getriebe der nationalen und europäischen Mobilisierung streuen, indem wir jede Kader- und Rekrutierungsmentalität lächerlich machen und verachten, indem wir die heimische Aufrüstung und Mobilisierung angreifen, indem wir militärische Versorgungslinien sabotieren und die Rüstungsindustrie blockieren.“ [Gegen Krieg und militärische Mobilisierung: Vorbemerkungen zum Einmarsch in die Ukraine]

18.01.: In Mülheim a. d. R. Brennt ein Fahrzeug der Firma Strabag nach der Räumung von Lützerath. „Der Baukonzern Strabag betreibt ein schmutziges Geschäft: Autobahn und Knastbau. Zudem kooperiert die Firma intensiv mit dem Energiekonzern RWE an den Tagebauen im Rheinischen Braunkohlerevier, auch direkt bei Lützerath.“ **19.01.:** In Toulouse brennen zwei E-Auto-Ladesäulen in Solidarität mit Lützerath. **19.01.:** In Berlin brennt ein E-Auto-Ladesäule. Eine Aktion in Solidarität mit Alfredo Cospito, welcher sich in Italien im Hungerstreik gegen das italienische Isolationshaftregime befindet. „Dieser Akt ist auch ein Akt gegen den grünen Kapitalismus, der als heilige Lösung zum heutigen Kapitalismus verkauft wird. Dieser ist natürlich Quatsch und verstärkt weiterhin Unterdrückungsmechanismen, die schon heute dem Systemen inhärent sind.[. . .] Denn, um den Rausch nach einer Elektromobilität zu sättigen, müssen tonnenweise seltene Erde,



Mineralien und Rohstoffe extrahiert und damit werden unzählige Menschenleben gestohlen, Familien zerissen, Gemeinden ruiniert, Ökosysteme zerstört.“ In München werden bei einer Biontech Niederlassung die Scheiben eingeschlagen. 20.01.: „Aktivis...muss mal! In der Nacht auf den 20.01.23 haben wir vor der Landespartei zentrale der Grünen NRW die Parole „Scheißverein“ auf den Boden gesprüht und vor die Tür gekackt. Diese „Abseilaktion“ richtet sich gegen eine Regierungspartei, die einst aus einer sozialökologischen Bewegung gewachsen ist. Heute sind die Ideale runtergespült und dieselbe Scheiße in Grün wird reproduziert, die damals kritisiert wurde.“ 22.01.: In Rom werden drei Autos von Posteltaliane, Italgas und EnjoyEni mit Brandsätzen unbrauchbar gemacht. „Solidarität mit Alfredo Cospito im Hungerstreik gegen das 41bis-Regime. Gegen Sesselfurzer und politisches Geschwätz, für direktes Handeln, ohne Schlichtung. Solidarität

Plädoyer für einen selbstbewussten und offensiven Antimilitarismus!

In ihrem Roman *Gone to Soldiers* verflechtet Marge Piercy die Leben sehr unterschiedlicher Menschen in den antifaschistischen Kämpfen des 2. Weltkriegs. Murray, einer ihrer Protagonist:innen, kämpft mit der US-Armee im Pazifikkrieg. In einem Gefecht entscheidet er sich seinen direkten Vorgesetzten von hinten zu erschießen. Als Jude wurde er von diesem Vorgesetzten schikaniert und es scheint eine Frage der Zeit, bis dieser ihn in einen Einsatz schickt, der den sicheren Tod bedeutet. Mit seinem Entschluss sichert er also das eigene Überleben. Erholen wird er sich im weiteren Verlaufe des Romans davon und von den grausamen Schlachten des Pazifikkriegs nicht mehr. Im Gegenteil, der feministische Roman beschreibt aus Sicht seiner Verlobten, Ruthie, wie schwer es ist, mit einem Menschen weiterzuleben, der derartige Gewalt als Soldat überlebt hat. Der Roman beschränkt sich nicht darauf, die Charaktere und Geschehnisse vor dem Hintergrund des 2. Weltkriegs zu schildern, sondern es gelingt Piercy ein sehr vielschichtiges Bild dessen zu zeichnen, was der Krieg für die Leben unterschiedlicher Menschen bedeutete, insbesondere für jüdische Frauen. Im Hintergrund steht dabei immer die Frage, unter welchen Bedingungen, ihre Protagonist:innen auch – oder gerade – im Krieg selbstbestimmte Entscheidungen treffen können.

Militär als Extremform der Herrschaft

Was soll diese Romanzusammenfassung im Autonomen Blättchen? Neben dem Hinweis auf den sehr lesenswerten Roman, erinnert uns die Kurzanalyse an die seit der Eskalation des Ukrainekriegs auch von einigen Anarchist:innen vergessenen Gründe für einen konsequenten Antimilitarismus. Krieg bedeutet nicht nur für die Zivilbevölkerung, sondern auch für die aktiven Kämpfer:innen oft entsetzliches Leid. Er reduziert für die Mehrzahl der Menschen die Handlungsspielräume drastisch. Wenn sich der ukrainische Präsident Selenskyj seit Kriegsbeginn im olivgrünen Militärshirt präsentiert, muss dies als ein besonders widerwärtiger wengleich geschickter Versuch gelten, den Unterschied zwischen denjenigen zu verschleiern, die Befehle erteilen und denen die sie ausführen müssen. Die Botschaft lautet: „Wir kämpfen alle im selben nationalen Boot.“ Ein Mitglied des anarchistischen Kollektivs Assembly aus Charkiw hat darauf hingewiesen, dass der Job des Soldaten allerdings nicht so begehrt ist, wie uns einige Medien Glauben machen wollen:

„Etwa seit März hat es keine massenhaften Wellen von Kriegsfreiwilligen mehr gegeben. Allgemein gilt: Je mehr jemand selbst oder über Verwandte vom Militär mitbekommt, umso weniger nationalistisch ist er. Wer die Demütigungen beim militärischen Drill erlebt hat oder die miserable Ausrüstung der Soldaten, wer die Horrorgeschichten über die

Offiziere kennt, über ihre mangelhafte Ausbildung und die irrwitzigen Befehle, kaum bewaffnet in wenigen Tagen eine Stadt einzunehmen, der wird die optimistischen Geschichten über die zügige Rückeroberung „unserer verlorenen Gebiete“, die Selenskyj uns tagtäglich eintrichtert, eher nicht glauben...“¹

Das Militär ist der Inbegriff von Herrschaft, der sowohl nach innen in Form straff durchgesetzter Hierarchien als auch nach außen wirkt. In beide Richtungen entfaltet sich das Unterdrückungspotential nicht nur durch direkte körperliche Gewalt, sondern es nimmt auch massiv Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse und erzeugt rechte Weltbilder bei den Soldaten. Die sogenannte »Zeitenwende« ist ein gutes Beispiel dafür, wie der Gewaltapparat mit 100 Mrd. Euro materiell aufgerüstet wird und zeitgleich eine militärische Herangehensweise an Konflikte fast schon alternativlos zu werden droht. Plötzlich wimmelt es in der Öffentlichkeit von (Ex-)Militärs, die die Lage der Ukraine erklären und als Expert:innen belegen, dass es jetzt wirklich noch viel mehr Geld für Waffen braucht. Noch vor kurzem hingegen recherchierte selbst die taz dazu, wie Nazi-Prepper alles unterhalb der Größe eines Kampfpanzers mit nach Hause nehmen, und eine widerstandslose Durchsetzung des 2%-Ziel der NATO schien schwer vorstellbar.²

Die Widersprüche der ukrainischen Linken

Es gibt keine Rechtfertigung für den von Russland geführten Krieg zur Durchsetzung der eigenen Herrschaftsinteressen. Der Krieg hat besonders in der Ukraine Leid über Millionen von Menschen gebracht. Im Vorgehen des russischen Staats und in seiner gesellschaftlichen Vision lässt sich nicht das geringste emanzipatorische Potential ausmachen. Wir sollten uns entschieden dagegen wehren bzw. diejenigen unterstützen, die es in emanzipatorischer Absicht tun. Nur wie? Auch wenn es nicht immer einfach ist praktische Antworten auf diese großen Frage zu finden, ist das kein Grund sie gar nicht erst zu stellen. In der öffentlichen Debatte wird militärischer Widerstand unhinterfragt als die einzig denkbare effektive Form des Widerstands gegen die russische Invasion gehandelt.

Wenn Anarchist:innen wie Black Flag oder andere Linke in der Ukraine wie Sotsialnyi Rukh sich der eigenen Regierung im Kampf gegen Russland anschließen, geben sie die Möglichkeit auf, sich dieser Regierung in anderen Fragen entgegenzustellen. Dieses Dilemma zeigt sich an dem Protest des Vorsitzenden von Sotsialnyi Rukh, Vitalyi Dudin, gegen die neoliberale Arbeitsreform der ukrainischen Regierung. Das Gesetz „kommt zu einer Zeit, in der die ukrainischen Gewerkschaften und die

mit allen anarchistischen Gefangenen. Es lebe die Anarchie.“ 25.01.: In Wuppertal brennt, ein Jahr nach der Räumung des Osterholz, ein Siemens-Transporter. „Siemens gehört zu den großen Konzernen, die am Abbau von Braunkohle in NRW und auch in Lützerath beteiligt sind und Profite aus diesem schmutzigen Geschäft ziehen.“ 27.01.: In Dortmund wird ein von den Nazis erbautes Kriegerdenkmal mit Farbe beschmiert. 27.01.: In Karlsruhe prangt „Lützi lebt!“ in großen Lettern an der Fassade eines Grünen-Parteibüros. 27.01.: In Berlin brennt das Auto eines italienischen Botschaftsangehörigen. In Barcelona wird das italienische Konsulat mit Hämmern und Farbe angegriffen. Wahrscheinlich Aktionen in Solidarität mit Alfredo Cospito. 28.01.: In Berlin wird ein Polizeiwagen von Unbekannten angezündet. 30.01.: Das Wohnhaus der grünen 2. Bürgermeisterin wird mit Farbe verschönert. Zusätzlich gab es auch noch an einem Grünen Büro in der Stadt

Arbeitenden insgesamt im populären Widerstand und in der Organisation gegenseitiger Hilfe mobilisiert sind und es ist ein Schlag ins Gesicht für ihren Mut und ihre Aufopferung. Durch solche Maßnahmen wird die Last des Krieges von den Reichsten auf die arbeitende Mehrheit verlagert. Es muss zurückgewiesen werden.“³ Da ernsthafter Widerstand gegen das Gesetz dem obersten Ziel der Verteidigung des ukrainischen Nationalstaats im Weg stünde, muss er zähneknirschend unterlassen werden. „Die Mehrheit derjenigen, die sich in der Ukraine als Anarchisten bezeichnen, [...] haben sich sofort mit der herrschenden Klasse zu einer einzigen nationalistischen Bewegung zusammengeschlossen,“ kritisiert das anarchistische Kollektiv Assembly diese Position.⁴

Was gilt es zu verteidigen?

Radikale Linke in Deutschland, in der Ukraine und in Russland sind weitestgehend marginalisiert und haben wenig Einfluss auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Hierzulande scheitern Linke regelmäßig daran, sich selbst und andere – etwa Geflüchtete – gegen den Zugriff der demokratischen Herrschaft zu schützen. Mit demokratischer Herrschaft sind nicht nur die direkten Angriffe von Polizei und Justiz gemeint, sondern etwa auch die netzwerkartig zu denkende Fähigkeit und Vielzahl an Techniken, gesellschaftliche Institutionen und Diskurse im eigenen Interesse zu prägen. Die entscheidenden Fragen lauten also: Wie können wir uns vor dem Zugriff der Herrschenden schützen – sei es der eigenen oder anderer Nationalstaaten? Und was wollen wir überhaupt schützen? Eine emanzipatorische Antwort auf die zweite Frage kann dabei nicht einfach lauten: das nationale Selbstbestimmungsrecht des ukrainische Volkes. Auch die erste Frage nicht vorschnell mit Bakunin-Zitaten abgetan werden. Denn die Entscheidung zwischen der „unvollkommenste Republik“ und der „aufgeklärtesten Monarchie,“⁵ führt schnell zu dargelegten Widersprüchen regierungstreuer Linker. Die Hoffnung, dass eine andere Welt möglich ist, wird so schnell zu einer rein theoretischen, aber nichts für dass es sich zu kämpfen lohnt. Die anti-autoritäre Linke schafft sich so selbst ab.

Der Autoritarismus der anderen

„Wir müssen alles in unseren Kräften Stehende tun, damit die Ukraine ihre Freiheit und Einheit erfolgreich verteidigen kann,“ schreibt Ralf Fücks, Geschäftsführer des grünen Zentrum Liberale Moderne, im Spiegel.⁶ Die Ukraine sei „neben Iran der zentrale Schauplatz der globalen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autoritarismus,“ so Fücks. Autoritarismus wird von Fücks zu einem Problem der anderen erklärt. Das ist Blödsinn. Es sei beispielsweise an die staatliche Corona-Politik oder jüngst die Räumung Lützeraths erinnert. Allerdings scheint die liberal-demokratische Strategie durchaus aufzugehen. Im direkten Vergleich mit Putin, sieht Brechmittel-Scholz gerade zu wie ein Freiheitskämpfer aus. Die rechten Tendenzen in der deutschen Gegen-

wartsgesellschaft haben mit dem grünen Liberalismus eines Ralf Fücks natürlich nichts zu tun. Stattdessen wird gerne die Finanzierung der AfD mit russischen Geldern betont. Mit einer solchen binären Reduktion lässt sich anschließend hervorragend wertebasierte Außenpolitik machen. Russland ist böse, da bleibt Robert Habeck ein Guter, auch wenn er noch so viele Treibstoff- und Waffendeals mit Saudi Arabien und Katar macht. Auch in der Ukraine wird der eigene Autoritarismus externalisiert und auf Russland projiziert. Wie sich am Verbot der nicht rechten Oppositionsparteien, den Verboten russischer Kultur,⁷ den Debatten um den Holodomor und die Kollaboration ukrainischer Nationalist:innen im »Holocaust durch Kugeln« zeigt, wird Autoritarismus vor allem als Kontinuität von Sowjetherrschaft und Stalinismus gesehen. Der identitätspolitische Vorwurf des Westsplaining meint in diesem Zusammenhang, dass Menschen aus »dem Westen«, die nicht im direkten Einflussgebiet Moskaus leben, die Bedrohung durch das russische Regime nicht verstehen können. Der Hinweis, die Perspektiven und Erfahrungen der Betroffenen ernst zu nehmen, ist in der Tat ein berechtigter Einwand gegen die Ignoranz und Arroganz so mancher friedensbewegter Linker. Er verkommt jedoch zu einer identitätspolitischen Nebelkerze, wenn er benutzt wird, um Kritik am durch den Krieg befeuerten ukrainischen Nationbuilding abzuwehren. Denn der Vorwurf des Westsplaining verschleiert die innerhalb der ukrainischen Gesellschaft bestehenden Unterschiede, die sich selbst innerhalb der ukrainischen Linken an den konträren Positionen von Gruppen wie Assembly und Sotsialnyi Rukh zeigen.

Eine ernst gemeinte Auseinandersetzung mit der ukrainischen Geschichte müsste immer auch die eigene Verwicklung in die Verbrechen des Stalinismus hinterfragen und Ukrainer:innen nicht ausschließlich als Opfer darstellen. Eine solche Perspektive könnte verstehen helfen, warum die Gesellschaften des ehemaligen Warschauer Pakts auch heute noch vom Stalinismus geprägt sind.⁸ In vielen Familien im postsowjetischen Raum gab und gibt es sowohl Täter als auch Opfer des Stalinismus. Diese Erfahrungen in ihrer Komplexität anzuerkennen, zu verstehen, welche Spuren sie individuell und kollektiv hinterlassen haben und wie sie sich in Zukunft verhindern lassen, sollte Kern der gesellschaftlichen Aufarbeitung sein. Die Schuld alleine Russland zuzuweisen, verstellt den Blick auf die eigene Verwicklung in diese Verbrechen. Das Perfide daran: das ukrainische Nationbuilding präsentiert sich heute trotz dieses Widerspruchs als Emanzipationsbewegung gegen das stalinistisch-autoritäre Gesellschaftsmodell.

Perspektiven autonomer Politik

Im Februar wurde in den deutschen Debatten das von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht veröffentlichte Manifest für Frieden aus den verschiedensten Gründen heftig kritisiert.⁹ Aus antimilitaristischer Sicht lässt sich allerdings durchaus begrüßen, dass das Manifest mit dem

farbenfrohen Besuch. „Solidarität mit allen besetzten und geraeumten Waldbesetzungen!“ 30.01.: Die Räumlichkeiten des Reichsbürgervereins Lebensglück e.V und das dazugehörige Restaurant werden in Frankfurt a. M. mit Buttersäure versaut. 30.01.: In Leipzig werden vier Fahrzeuge der Stadt mit Bitumen fahruntauglich gemacht. „Anlässe, in die Nacht hinaus zu ziehen, gibt es derzeit einige und wir sind erfreut über die vielen erfolgreichen Aktionen, die in den letzten Wochen anlässlich des Hungerstreiks von Cospito, der mutigen Kämpfe in Lützerath, aber auch der anhaltenden Repression gegen die linksradikale Szene in Leipzig stattgefunden haben.“ 31.01.: Buttersäure und Hämmer gibt es für den Sponsor von Nazi-Kampfsport-Events, BEKö Art Piercing und Tattoo in Leipzig. 03.02.: In Köln wird die Primus Service GmbH besucht und Glasbruch und Farbe an der Fassade hinterlassen. Diese hatte während der Räumung von Lützerath für die

Zynismus der Herrschenden bricht, die Menschen für »unsere Werte« in den Tod schicken und demgegenüber wieder eine ernsthafte Debatte darüber anstößt, wie der Krieg beendet werden kann. Nach der „Free the Leopards“ Kampagne brauchte es dringend eine Intervention, die nicht-militärische Lösungen überhaupt wieder in den Bereich des Sagbaren zurückholt. In diese Kerbe stößt auch Jürgen Habermas Plädoyer für Verhandlungen.¹⁰

Zugleich ist offensichtlich, dass die genannten Vorschläge aus emanzipatorischer Sicht nicht weit genug gehen und es antimilitaristische Perspektiven jenseits eines Appellierens an die Regierenden zu entwickeln gilt. Denn Antimilitarismus ohne Herrschaftskritik ist ein Witz. Wir sollten uns daher auf die Stärken autonomer Politik besinnen. Statt uns in den lähmenden Diskursen der grünen Kriegsapologet:innen zu verfangen und Antworten auf die großen real-politischen Fragen zu suchen, sollten wir antimilitaristische Positionen und Politik selbstbewusst vertreten. Die Diskussion der angedeuteten Fragen nach (kollektiver) Selbstverteidigung gegen den autoritären Zugriff der Herrschenden gilt es zu führen, ohne dass es uns dabei gänzlich die Sprache verschlägt. Denn Widerstand gegen Militarisierung und Krieg ist dringend notwendig. Rüstungstransporte sabotieren, Militärfahrzeuge abfackeln, Bundeswehrwerbung verändern, Deserteur:innen und Kriegsdienstverweigerer:innen unterstützen – die Möglichkeiten von direkter Aktion und Sabotage der Kriegsmaschinerie bis Solidaritätsarbeit sind vielfältig. Wer aus den Kriegsländern fliehen oder desertieren kann, hat mehr

Optionen, als sich mit der eigenen Regierung zu verbünden – diesen Weg Leuten zu ermöglichen, ist es wert zu kämpfen. Lasst uns jenseits der moralisierten medialen Debatten den Fokus wieder auf das Politik machen lenken, Kräfteverhältnissen verschieben und antimilitaristischer Standpunkte mit Wort und Tat durchsetzen.

- 1 <https://panopticon.blackblogs.org/2023/01/26/hinter-den-frontlinien/>
- 2 <https://taz.de/Rechtes-Netzwerk-in-der-Bundeswehr/!5548926/>
- 3 <https://ukrainesolidaritycampaign.org/2022/03/16/resist-russia-defend-workers-rights/>
- 4 <https://communaut.org/de/wir-haben-diesem-trostlosen-loch-nichts-zu-verteidigen>
- 5 <https://crimethinc.com/2022/02/15/war-and-anarchists-anti-authoritarian-perspectives-in-ukraine>
- 6 <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-weshalb-russland-in-der-ukraine-scheitern-muss-a-8fa97051-f117-44d6-a8ad-2be6447516f4>
- 7 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1171225.cancel-culture-und-ukraine-krieg-kabale-der-scheinheiligen.html>
- 8 Die autoritäre Vergangenheit und ihr Fortwirken in der Gegenwart könnte übrigens einer der Gründe für die große Affinität gegenüber rechter Politik in Ostdeutschland sein.
- 9 <https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>
- 10 <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-ukraine-sz-verhandlungen-e159105>

Griechenlands Weg in den Faschismus sabotieren

Wenn sogar ein Leitmedium wie Der Spiegel einen Kommentar unter der Überschrift „Angriffe auf Rechtsstaat und Pressefreiheit – Griechenlands Weg in die Autokratie“ [1] veröffentlicht, wird es für die antirassistische/antifaschistische/autonome Szene Zeit, sich über mögliche Interventionsformen Gedanken zu machen. Denn was selbst der bürgerlichen Presse in Deutschland Sorgen bereitet, bedeutet für Linke, Anarchist*innen, Studierende, prekär Beschäftigte und Deklassierte in Griechenland harte Repression und für Migrant*innen oft den Tod.

Die gegenwärtige Regierung der Nea Dimokratia steuert einen Kurs, der im Fall einer Machtkonsolidierung sicher Andere zur Nachahmung ermuntern wird. In diesen Zeiten allgemeiner Abgestumpftheit kann es umgekehrt zu einer Stärkung linksradikaler Strömungen führen, wenn diese mit dazu beitragen, dass das Regime von Kyriakos Mitsotakis destabilisiert wird. Mit Innenminister Makis Voridis [2], Wirtschaftsminister Adonis Georgiadis [3] und Gesundheitsminister Thanos Plevris [4] gehören drei Faschisten zum aktuellen Kabinett. In der Migrationspolitik bilden Griechenland, Italien und Ungarn jetzt schon einen Block,

der ideologisch agiert als andere EU Staaten. In Zusammenarbeit mit FRONTEX führt Griechenland im Mittelmeer und an seinen Landgrenzen einen rücksichtslosen Krieg [5] gegen die Fluchtbewegungen aus dem asiatischen und afrikanischen Kontinent. Durch die Hände griechischer Polizei- und Militärkräfte [6], sowie durch angeheuerte Söldner [7] sterben täglich Menschen in der Ägäis und am Evros. Regelmäßig werden Aufstände in den Internierungslagern niedergeschlagen und überlebende Schiffbrüchige als „Schleuser“ zu hohen Haftstrafen verurteilt.

An die Macht gekommen ist ND u.a. mit dem Versprechen, die angeblich rechtsfreien Räume in der Gesellschaft zu beseitigen. Darunter versteht die Regierungspartei vor allem die Universitäten und den Athener Stadtteil Exarchia. Im Bildungsbereich wurde durch die Abschaffung des universitären Asyls der Rahmen geschaffen, um das Gesetz 4777 durchzuprügeln und die Unis in ein Aufmarschgebiet der Polizei zu verwandeln, wie es seit dem Fall der Militärdiktatur 1974 keine Regierung gewagt hat. [8] Der Versuch, im Sommer 2022 eine Campus-Polizei an den größten Universitäten in Thessaloniki und Athen zu installieren,

Verpflegung der Bullen gesorgt. 08.02.: In Hannover wird ein Siemens Auto abgefackelt. „Von Lützerath bis Yucatán, bei jeder Sauerei ist Siemens mit dabei! Digitalisierung, Automatisierung, Übertragung von Daten und Signalen, Energieerzeugung, Elektrifizierung, Ausbau des Schienennetzes - Siemens stellt weltweit das Grundgerüst der Infrastruktur für kapitalistische und neokoloniale Ausbeutung bereit.“
08.02.: In Bad Cannstadt wird das örtliche Büro der Grünen mit Farbe markiert. Lützi lebt!
10.02.: In Berlin brennt ein Bagger der Firma Strabag in Solidarität mit Alfredo Cospito, dem Gefährten von der Parkbank, der in Hamburg einsitzt und in Gedenken an Tortugueta, der am 18 Januar während einer Razzia in der StopCopCity - Besetzung (Atlanta, USA) von Bullen erschossen wurde. Rest in Power!
11.02.: In Berlin brennt ein LKW von Amazon. „Alfredo Libero! Fuck Bezos, Fuck Amazon – Fight the Tower!“
12.02.: „Aus Widerstand gegen die

scheiterte am Widerstand der Studierenden und eines Teils der Angestellten und des Lehrpersonals. Versuche den Widerstand in Form von Demonstrationen auf die Straßen zu tragen, wurden in beiden Städten regelmäßig im Ansatz schon von der Polizei zerschlagen. [9]

Fast gleichzeitig wurde per Gesetz der acht Stunden Arbeitstag abgeschafft und einer Kriminalisierung syndikalistischer Gewerkschaften der Weg bereitet. Nea Dimokratia verfolgt in der polarisierten griechischen Gesellschaft eine simple Strategie. Aus der Erkenntnis, das linke Spektrum eh nicht argumentativ überzeugen zu können, will ND sich des rechten Rands der Gesellschaft versichern. Direkt nach der Machtübernahme 2019 wurde damit begonnen, einen großen Teil des gewalttätigen Straßenpotentials der inzwischen verbotenen Partei Chrysi Avgi (Golden Dawn) in die staatlichen Sicherheitskräfte zu integrieren. Mit den Angriffen auf Studierende, Migrant*innen und Squats bedient die Regierung die seit langem vorhandenen dumpfen Ressentiments in bestimmten gesellschaftlichen Schichten. Die dabei angewendeten Methoden dienen zudem einer weiteren neoliberalen Ausrichtung von Bildung und Produktionsverhältnissen, letztlich zum Wohl einer oligarchischen Elite.

Die Dynastie von Nea Dimokratia Um das politische System in Griechenland zu verstehen, ist die Biographie des derzeitigen Ministerpräsidenten beispielhaft. Kyriakos Mitsotakis ist der Sohn von Konstantinos Mitsotakis, der von 1951 bis 1981 unterschiedliche Ministerposten in diversen Regierungen bekleidete und von 1990 bis 1993 selbst für ND als Ministerpräsident fungierte. Seine älteste Tochter, die Schwester des aktuellen Ministerpräsidenten, Dora Bakogiannis, wurde nach dem Wahlsieg der Nea Dimokratia 1990 im Kabinett ihres Vaters Kultusministerin bis 1993. Sie war mit Pavlos Bakogiannis verheiratet, der 1989 von der „Revolutionären Organisation 17. November“ getötet wurde. Nach seiner Heirat wurde dieser Parlamentsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der Nea Dimokratia und Berater seines Schwiegervaters. Ihr gemeinsamer Sohn ist Kostas Bakogiannis, der seit 2019 für ND der Bürgermeister von Athen ist. Als solcher ist er direkter Auftraggeber für das Zerschlagen von Demonstrationen (unter dem Vorwand wirtschaftlicher Einbußen durch Verkehrsbehinderungen), die Räumungen von Squats und die polizeiliche Besetzung Exarchias für den Bau einer Metrostation und die Privatisierung des Lofos Strefi. Der Strefi ist nicht der einzige Park, den Bakogiannis den Investoren zur Kommerzialisierung des öffentlichen Raums übergibt, aber eventuell ein Konflikt mit erheblichem Eskalationspotential. [10]

Für die Zerstörung von Grünanlagen durch Baumfällungen und Betonierungen ist die Stadtverwaltung von Athen ein undurchsichtiges Konglomerat mit der für miese Arbeitsbedingungen berüchtigten Firma UNISON eingegangen, die wiederum mit der dänisch-deutschen Sicherheits- und Knastprofiteurfirma ISS verbunden ist. Mitsotakis ist

mittlerweile durch einen Abhörskandal unter Druck geraten. Ganz im Stil von US Präsident Nixon in der Watergate Affäre, ließ der griechische Premierminister in den letzten Jahren oppositionelle Politiker*innen und Journalist*innen abhören. [11] Im September wurde ein Büroleiter und Neffe von Mitsotakis vor den „Ausschusses für Institutionen und Transparenz“ geladen um über den Einsatz von Predator auf den Smartphones der Abgehörten auszusagen. [12]

In ihrer Selbstdarstellung gibt sich Nea Dimokratia als patriotisch, religiös und rechtschaffen aus, dabei benutzt die Partei den Staat lediglich als Geldmaschine für ihr eigenes Klientel und das wesentlich dreister, als es in anderen westlichen Demokratien üblich ist.

Rape Culture und Justiz

Nachdem in den letzten zwei Jahren zahlreiche Vergewaltigungsfälle mit Polizeibeamten, Prominenten und der ND nahestehenden Personen als Tätern bekannt geworden sind, bemüht sich das Regime über die mit ihm verbundenen Medien, etwas weniger anti-feministisch zu erscheinen, Tatsächlich wird durch die zur Oberschicht gehörenden Anwälte der Vergewaltiger, ebenfalls über die Medien, regelmäßig ein Opfer blaming betrieben. Für Mitsotakis ist es kein ideologischer Spagat, Vergewaltigungen und Feminizide zu verurteilen, dabei den Oberhäuptern der in traditionellen Klischees verharrenden Kirche die Hand zu schütteln, während feministische Demos im Tränengasnebel erstickt werden. Zynismus ist das Markenzeichen des Ministerpräsidenten. In Momenten gesellschaftlicher Spannung beteiligt sich auch die Justiz mit symbolträchtigen Entscheidungen daran, die konservativen Moralvorstellungen zu stärken. In der Hochphase des Hungerstreiks des anarchistischen Gefangenen Giannis Michailidis im Sommer 2022 und während fast täglich die Presse über neue Vergewaltigungen und Morde an Frauen durch deren Partner berichtete, ließen die Gerichte den letzten Beteiligten am Lynchmord des LGBTQ+ Aktivistin Zak Kostopoulos frei [13], dazu den bekannten Schauspieler und Vergewaltiger Petros Filippidis [14] und auch den Vergewaltiger und Direktor des Nationaltheaters, Lignadis [15].

Terror gegen Roma

Die rassistische Agenda des Regimes findet sich im Umgang mit den Roma wieder. Zum Höhepunkt der Corona Pandemie wurde die Reaktion der Bevölkerung auf die spätere landesweite Ausgangssperre zunächst lokal an einigen Roma Siedlungen in West Attica getestet. Am 22. Oktober 2021 exekutierten Beamte der DIAS Einheit in Perama den 18jährigen Nicos Sampanis nach einer Verfolgungsjagd [16]. Der mitgeschnittene Funkverkehr belegt, dass die Beamten das Auto stoppen wollten, weil sie die Insassen als Roma indentifizierten. Einige Tage später wurde die 8jährige Olga, ebenfalls Roma, von einem Fabrikator in Keratsini zerquetscht, während Arbeiter und Fabrikleitung ihr siebzig Minuten

Zusammenarbeit der BRD mit dem türkischen Regime haben wir das örtliche Parteibüro der Grünen in Hameln am 10.02 angegriffen.“ 14.02.: Zwei Treffpunkte der AfD in Berlin werden in den vergangenen Nächten mit Bitumen und Steinen angegriffen. 15.02.: In der Rummelsburger Bucht in Berlin wird ein Neubau mit Farben und Steinen verschönert. 23.02.: In München brennt ein Porsche als Rache für Lützerath. 23.02.: In Köln wird die WDR Redaktion mit Farbe markiert. „Grund für unsere Aktion ist die vollkommen mangelhafte Berichterstattung über die türkischen Angriffe auf kurdische Gebiete und die ausbleibenden Reaktionen deutscher Politiker*innen. Wir solidarisieren uns mit unserer Aktion mit der kurdischen Freiheitsbewegung.“ 23.02.: In Hamburg wird eine Bullenwache mit Farbe verschönert. Grüße an die Gefangenen von der Parkbank, Lina und Alfredo!



keine Hilfe leisteten. [17] Bereits 2018 wurde ein Kind aus rassistischen Motiven in einem Roma Camp erschossen, ohne das darauf ein übermäßiger Ermittlungseifer der Behörden oder Empörung zu beobachten waren. [18] Eine Kopie des Mordes an Sampanis lieferten DIAS Beamte am 5. Dezember 2022 in Thessaloniki ab. Ebenfalls weil er die Verfolger angeblich bei einer Fahrzeugkontrolle rammen wollte, erschossen sie

den 16jährigen Kostas Fragoulis. [19] Und besonders symbolträchtig vor dem Jahrestag der Ermordung von Alexis, verkündete Ministerpräsident Mitsotakis Stunden später eine einmalige Zahlung von 600 Euro für alle Polizeibeamt*innen und Cost Guards, als Anerkennung für ihre Leistung. [20]

Ansatzpunkt Tourismus

Der griechische Staat hat neben vielen anderen Problemen ein Exportproblem. Das Land ist sozusagen eine kleine, geschlossene Wirtschaft. Das zeigt der Vergleich der Exportquote mit anderen EU- und OECD-Staaten. Im Durchschnitt über die Jahre 1995 bis 2012 machten die Exporte in Griechenland nur 22% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Ähnlich große Volkswirtschaften wie Irland oder die Tschechische Republik weisen einen Exportanteil von über 50% aus. In der Schweiz beträgt die Exportquote 73%. So bleibt fast nur der Tourismus als steigerungsfähige Industrie.

Der Tourismus macht fast ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts aus, auch jeder fünfte Arbeitsplatz hängt daran. Der Bedarf des griechischen Staates an Geldern für die innere und äußere Aufrüstung ist gigantisch, ebenso der Hunger der Oberschicht nach immer neuen Einnahmequellen. Mit der Zurichtung ganzer Athener Stadtteile auf die touristische Expansion, wird gezielt die soziale Basis in den Nachbarschaften zerstört. Die Hauptstadt leidet unter Hyper-Gentrifizierung, Tausende Menschen wurden aus Koukaki, Exarchia, Plaka oder Psyri verdrängt um AirBnB, Hotels, Luxuslofts und Startup Coworking Spaces Platz zu machen. Die durch den Tourismus erwirtschafteten Gelder fließen umgehend z.B. in zwanzig französische Kampfflugzeuge Rafale für drei Milliarden Euro [21], den Aufbau neuer Grenzsperrern, oder die Aufrüstung der Polizei. Dem Tourismus schaden, bedeutet also gleichzeitig dem Regime von Nea Dimokratia schaden. Es bietet sich an, hier zu versuchen die Einnahmequellen zu sabotieren und damit die faschistische Agenda des griechischen Staates zu bremsen. Von Griechenland umworben sind Konzerne wie ATTIKA Reisen, TUI (bereits wegen der Unterstützung des türkischen Regimes gelistet) [22] oder DER Touristik.

Möglich sind daher direkte Aktionen gegen die Büros von Tourismusanbietern und auch virtuelle Angriffe. So wie Befürworterinnen der Gentrifizierung u.a. Exarchia mit verzerrenden Darstellung zum Freilichtzoo degradieren [23], können Seiten wie <https://www.tripadvisor.co.uk/> mit negativen Reviews bezüglich mangelnder Sicherheit, Polizeigewalt, ständig Tränengas in Exarchia etc. überschwemmt werden. Der kürzlich abgeschlossene Deal mit elf Fluggesellschaften, zur Wintersaison mehr Flüge anzubieten, zeigt die Abhängigkeit der Regierung von dieser Sparte. [24] Natürlich ist es unrealistisch, den Tourismus nach Griechenland zu unterbinden. Aber es ist möglich unter der Parole „Kein Urlaub in Griechenland solange ND regiert“ das Image des Regimes zu beschmutzen und seine Handlungsfähigkeit einzuschränken. Letztendlich wird diese Regierung ihre soziale Legitimation verlieren und daran sollten wir uns beteiligen.

- [1] <https://www.spiegel.de/ausland/griechenlands-weg-in-die-autokratie-angriffe-auf-rechtsstaat-und-pressefreiheit-kommentar-a-8f496a40-3d56-4cb7-9e6b-f0ab19c955c1>
- [2] https://en.wikipedia.org/wiki/Makis_Voridis
- [3] https://en.wikipedia.org/wiki/Adonis_Georgiadis
- [4] https://en.wikipedia.org/wiki/Thanos_Plevris
- [5] <https://www.spiegel.de/international/europe/death-in-the-aegean-eu-border-officials-accused-of-throwing-refugees-into-the-sea-a-19ba0711-eedb-4c10-82da-ca12f5e01936>
- [6] <https://www.spiegel.de/international/europe/greece-torture-allegations-against-greek-border-guards-a-f5d95ba0-ed45-4cd0-8d50-cf09440f2160>
- [7] <https://www.spiegel.de/international/europe/systematic-abuses-at-eu-external-border-greek-police-coerce-refugees-to-commit-illegal-pushbacks-a-32988662-06c8-420d-a2c9-fde426bef1b1>
- [8] <https://www.wsws.org/de/articles/2022/09/25/poli-s25.html>
- [9] <https://de.indymedia.org/node/224882>
- [10] <https://corporatewatch.org/athens-greece-interview-on-the-battle-for-strefi-hill/>
- [11] <https://www.heise.de/tp/features/Griechenlands-Abhoerskandal-immer-umfangreicher-und-skurrieler-7206581.html>
- [12] <https://www.heise.de/tp/features/Abhoerskandal-in-Griechenland-Eine-Mauer-des-Schweigens-7258794.html>
- [13] <https://www.thepinknews.com/2022/07/20/zak-kostopoulos-activist-greece-death/>
- [14] <https://www.ekathimerini.com/news/1188094/actor-accused-of-rape-is-granted-conditional-release/>
- [15] <https://www.ekathimerini.com/news/1188966/lignadis-12-year-sentence-for-rape-suspended-pending-appeal/>
- [16] <https://www.youtube.com/watch?v=9kW1fonTIQo>
- [17] <https://www.keptalkinggreece.com/2021/11/26/roma-girl-olga-crashed-factory-door/>
- [18] <http://www.errc.org/news/young-romani-girl-shot-dead-in-greece-where-is-the-public-outrage-why-is-the-international-media-silent>
- [19] <https://www.youtube.com/watch?v=SIDBGSp9RdM>
- [20] <https://hellas.postsen.com/news/191266/Mitsotakis-A-600-euro-bonus-in-December-for-Hellenic-Police-and-Coast-Guard-employees.html>
- [21] <https://www.aljazeera.com/news/2022/1/20/greeces-receives-game-changer-rafale-aircraft-from-france>
- [22] <https://riseup4rojava.org/tourism/#1556147561010-10e80978-0cf5> [23] <https://www.highheelsandabackpack.com/exarchia-athens/>
- [24] <https://greekcitytimes.com/2022/12/07/deal-with-11-airlines-to-increase-flights/> (von <https://billigfluegeathen.blackblogs.org/>)

The Flood

Große Teile von **Bangladesch** liegen nur knapp über dem Meeresspiegel. Die neuesten Prognosen des IPCC sagen für das Ende dieses Jahrhunderts einen Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 77 cm voraus. Und das bereits bei einer mittlerweile kaum noch erreichbaren globalen Erwärmung von „nur“ 1,5 °C.

Die Vereinten Nationen schätzen, dass jeder Zentimeter Meeresspiegelanstieg zu 1.000.000 Klimaflüchtenden führen wird.

